

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Original-Mittheilungen außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gemischte Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 13, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonnabend, den 22. September 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Kulturdienst.

„Sonne Wachen — frohe Feste;“ nach eifriger Arbeit sind heute die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft zur Rheinfahrt geladen. Manches Proletariat, den seine Genossen nach Mainz entfalteten, steht bewundernd zum erstenmal den wunderbaren deutschen Strom mit den märchenumwobenen, geschichtreichen Uferstätten. Vom Niederwald aber blüht das Denkmal hernieder, das nicht nur die deutsche Einigung darstellt, sondern eine Erinnerung des deutsch-französischen Krieges bedeutet; doch das Denkmal löst in unsren Genossen kein leibhaftig chauvinistisches Gefühl. Sie freuen sich der Herrlichkeit der Landschaft und wenn sie eines Feinds denken, so nicht des „Erbschicks“ jenseits der Landesgrenze, sondern des „inneren Feinds“, des schwarzen Regiments der Geistesknechtschaft, das den schönen deutschen Strom verfinstert und von dort Finsternis über das ganze Land ausbreitet.

Die Arbeit ist getan. Eine mühselige Arbeitswoche im Dienst der Partei liegt hinter uns. Und rückblickend dürfen wir sagen: Unsere Vertreter haben ihre Pflichten trefflich erfüllt.

Eine Partei, in der die Säfte des Lebens spritzen und die der Drang weltenerneuernder Thaten treibt, stellt sich stets neue Aufgaben. Sie kennt kein mattes Ruhen. Wirken und Kämpfen ist ihr Wesen.

In Mainz wurde das Mühselig der Partei gebessert und der Aufmarsch zu neuen Kämpfen ausgeführt.

Es wurde zunächst die ständige Regelung der Parteigeschäfte getroffen: Rechenschaftsberichte der Parteileitung, der Reichstagsfraktion und Neuwahlen. Da zeigte sich allenthalben vollständiges Einverständnis der Massen mit den für die leitenden Posten ertorenen Vertretern. Auch Verdrießlichkeiten des vorhergehenden Jahres erscheinen beseitigt und die Wahl der Parteileitung war eine völlig einmütige.

Es wurde die Organisationsfrage glücklich gelöst und Auers urwüchsiger, reicher Humor wärzte den Ernst der Verhandlung. Es wurde verhärtet die straffe Centralisation, die nur durch Schwere und ein wichtiges Prinzip unserer Partei verlebende Vereinträchtigung unserer weiblichen Mitstreiter zu erlauben war. Die Anstellung der Parteicadres wurde dem neuen Stand der Gesehgebung angepaßt und wir dürfen erwarten, daß die vorgenommenen Änderungen und Verbesserungen sich wertvoll für die weitere Parteientwicklung erweisen werden.

Sodann behandelte der Parteitag zwei bedeutsamste Fragen der aktuellen Politik.

Monate hindurch geht ein toller Kampf durch das Land. Nun erhob sich die Partei der Arbeiter wider den Wahn, der unter dem klingenden Namen der Weltpolitik das Volk zu betören trachtet. Es war ein würdiger, mächtiger, weithin schaffender Protest, in dem reibliche Arbeit sich gegen Spekulantenbegier, in dem sociale Politik sich gegen Rechtspolitik, in dem die Kultur sich gegen die Barbarei aufrichtete. In wichtiger Rede hatte Singer die Gefahren und die Abscheulichkeiten der weltpolitischen Pläne zusammengefaßt und kein leibhaftig Widerspruch antwortete ihm aus der Mitte des Parteitag, nur jubelnde Zustimmung, nur schneidende Verurteilung der Eroberungspolitik, mag sie von Deutschland oder von England oder andern dem Kapitalismus frohndenden Staaten ausgehen.

Inmitten allgemeiner Verwirrung der Begriffe hat der Parteitag Klarheit geschaffen. Inmitten grauenhafter Verberbnis hat er den Kulturgedanken leuchten lassen. Die größte Partei Deutschlands hat laut und unzweideutig schroffste Abgabe erteilt jeglicher Weltmachtspolitik und auch in dieser neuesten, verderblichen Phase militaristischer Entwicklung sich zur Weltfriedenspolitik bekannt.

Die klare und große Stellungnahme unserer Partei mag im Augenblick die weltpolitische Situation nicht ändern. Doch wir sind reich belohnt, wenn es uns gelingt, aus der schmutzigen Flut, die alles zu überschwemmen droht, das Ideal der Menschlichkeit und der Kultur emporzuretten. Die Geister sind gerufen, die Gewissen sind erweckt.

Und zugleich hat unsere Partei Verwahrung eingelegt gegen die Richtung der Reichsverfassung, die den ersten und einzigen Erfolg der Weltpolitik bedeutet. Was bisher nur Zeitungen forderten, das hat jetzt eine Partei gefordert, in Rücksicht auf die schon nach Caprius Wort die Regierung jede ihrer Maßnahmen betrachtet: die sofortige Einberufung des in seinen verfassungsmäßigen Rechten verletzten Reichstags.

Mit dem Parteitag haben dreißig Mitglieder der socialdemokratischen Reichstagsfraktion dieses Verlangen ausgesprochen und damit der Regierung die letzte klägliche Ausrede genommen, daß aus der Mitte des Reichstags selbst keine Forderung auf Einberufung des Parlaments behufs Behandlung der Chinafrage laut geworden sei.

Zu einer sehr sachlichen Erörterung führte das Problem der Verkehrs- und Handelspolitik. Calver, der den Bericht erstattete, hat mit voraussetzungsreicher Sorgfalt die Frage untersucht und gelangte zu Vorschlägen, die von unserer bisherigen handelspolitischen Stellungnahme abwichen. Im „Vorwärts“ hatte bereits vor dem Parteitag einer unserer Mitarbeiter Anschauungen von der Art der Calver'schen, wie uns dünkt, zutreffend zurückgewiesen. Auch auf dem Parteitag begegnete Calver vielfachem Widerspruch. Wir meinen, der Parteitag hat bezüglich dieser Dinge durch seine Resolution völlige Klarheit geschaffen. Wohl mögen die Einzelheiten des Problems nach den Calver'schen Anregungen noch weiterer gründlicher Erörterung bedürfen, aber die Richtlinie unserer Politik ist deutlich vorgezeichnet: Gegen Zollwucher jeder Art!

Endlich ist die Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen ihrer Lösung entgegengeführt worden. Nochmals gab es ein heißes Streiten. Die Genossen, denen die Wahlbeteiligung unter dem Dreiklassenwahlssystem und der etwaige Abschluß von Wahlkompromissen mit anderen Parteien parteigefährdend erschien, boten, wie es ihre Pflicht forderte, nochmals alle ihre Gründe auf, um die Partei von dem Wege abzuführen, den sie in dieser Frage seit mehreren Jahren betritt. Aber die andre Anschauung, welche Gefahren für die Reinheit der Partei nicht befürchtet, vielmehr erhebliche Förderung der Partei und der preußisch-deutschen Zustände von unsrem Eintreten in diesen Kampf erwartet, behielt die Oberhand.

Der Parteitag hat gesprochen. Die Fehde unter uns ist zu Ende. Es hieße die in der Minorität gebliebenen Genossen beleidigen, wenn jemand die Nichtigkeit der Schlusssätze Debel's bezweifeln wollte, daß nun „kein Genosse in Preußen, sei es wer es sei, auch nur Miene macht, hinter der Front zurückzubleiben, daß wenn die Kanfare zur Schlacht erklingt, Mann für Mann ins Feld rückt.“ Jetzt giebt es nur noch den einen Kampf: gegen die Unterdrückungsherrschaft des preußischen Junkertums!

Wird dereinst diese Schlacht geschlagen sein, dann wird die Partei sich zu fragen haben, ob ihre Taktik richtig war.

So hat der Parteitag sein Programm in tüchtiger Arbeit bewältigt. Die Thätigkeit aller unserer Parteitage und so auch des Mainzer Parteitag ist wirkliche Durcharbeitung der gestellten Fragen. Nicht wie in andren Parteien entschied das Kommando einzelner Führer. Die reichen Kräfte, die im deutschen Proletariat sich regen, drängen zum Licht und wirken weitestend zum Wohl der Partei.

Das ist vielleicht das schlimmste Symptom des Niedergangs der bürgerlichen Parteien, daß keine Erneuerung von unten heraus stattfindet, kein freies Emporkommen neuer Kräfte möglich ist. Als das Centrum in Bonn jüngst Heerschau hielt, da bildete die Masse nur Stofflage; keine irgendwie nennenswerte Diskussion. Präsentiert das Gewehr! — Herr Lieber ist da. Und wagt irgend jemand eine selbständige Meinung, so befragt sich der Centrumsführer über den groben Kräfteverlust, der in die feinen Spinnweben seiner schlauen Politik tritt.

Nicht so in unserer Partei. Das lebenspendende Element der Partei ist die selbständige Anteilnahme und die Kritik der Genossen. Auch in Mainz ist manch scharfes Wort geflogen und gegnerischer Unverstand glaubt durch Aneinanderreihung einzelner gepigter Wendungen unsere Partei charakterisieren zu dürfen. In Wirklichkeit ist diese freie Kritik ein hohes Gut der Partei, denn sie ist die Gewähr des Lebens, des Fortschritts. Da andre Parteien verknöchern, regen sich eifervoll die Geisteskräfte der Arbeiterklasse. Und so ist auch in Mainz mit der Kritik zugleich viel wertvolle Anregung aus den Reihen des Parteitag gegeben worden. Bedeutsame Fragen wie die Kohlennot und die Wohnungsnot — um von manchem andren hier abzusehen — sind zu weiterer intensiver Bearbeitung aufgeworfen und zur Verhandlung dem Parteitag des nächsten Jahres vorgelesen worden.

So ist denn der Mainzer Delegierten der Dank der Arbeiterschaft sicher, in deren Dienst sie am Kulturwerk des Socialismus gearbeitet haben. Der Parteitag hat die deutsche Socialdemokratie in alter Nüchternheit, in ewig junger Entwicklungsfähigkeit und Kampfesfreudigkeit gezeigt.

Nach gesponnenem Kriegsrat — frisch auf zu neuem Kampf, zu neuem Sieg!

China.

Antworten auf die Wilow-Rote sind noch immer nicht bekannt. Wenn die auswärtigen Mächte die Auslieferungspolitik des Grafen Wilow für durchführbar und ausstichsvoll hielten, hätten sie ihm längst wenigstens die Zulage ihrer Bereitwilligkeit gemacht, ihre Gedanken zu befragen. Die Verzögerung der Antworten beweist, wenn es eines Beweises noch bedurfte, daß die deutsche Forderung andren Mächten mindestens geeignet erscheint, die Herstellung geregelter Beziehungen zu China überaus zu verzögern.

Nur aus Washington kommen Nachrichten über die Aufnahme des Wilow'schen Vorschlages, Nachrichten, denen jedoch der amtliche Charakter mangelt. Reuters Bureau telegraphiert:

Washington, 21. September. Präsident Mac Kinley, Attorney-General Briggs und General Corbin berieten gestern Abend die Antwort auf den deutschen Vorschlag. Wie es heißt, ist die Redaktion der Antwort noch nicht festgesetzt. Endgültiges ist, weil es möglich ist, daß das Kabinett dem Wortlaut der Antwort abändern kann, noch nicht beschlossen. Man glaubt, die amerikanische Antwort werde die Form eines Rundschreibens an die Mächte erhalten, welches, ohne den deutschen Vorschlag bedingungslos anzunehmen oder zu verwerfen, den Zweck verfolgt, den amerikanischen Anschauungen die Unterstützung der Mächte zu sichern.

Eine Kabelmeldung der „Paris Roubelles“ will näheres über die Haltung der Vereinigten Staaten und andrer Mächte wissen:

Washington, 21. September. Die Vereinigten Staaten erkennen in ihrer Antwort auf den deutschen Vorschlag an, daß eine Bestrafung der Schuldigen nicht mehr als billig sei, sie weigern sich aber, aus dieser Forderung eine unerlässliche Friedensbedingung zu machen. Nach den von den verschiedenen Kabinetten eingelaufenen Mitteilungen werden wahrscheinlich Rußland und Frankreich sich den Vereinigten Staaten anschließen. Bezüglich Japans steht dies heute schon absolut fest. Die Vereinigten Staaten glauben, daß China unter keinen Umständen auf diese Forderungen eingehen werde und daß infolgedessen die Friedensverhandlungen abgebrochen werden müßten und ein weiterer Feldzug nötig werden würde. Auch würde die Annahme der deutschen Vorschläge eine beständige Occupation Chinas notwendig machen.

Es wird abzuwarten sein, wie weit diese Mitteilungen richtig sind. Sicherlich wäre die darin angebeutete Haltung der Vereinigten Staaten ebenso klug wie die deutsche Haltung unklug ist.

Der chinesische Gesandte in Washington bemüht sich eifrig, die dortige Regierung zur Einleitung von Friedensverhandlungen zu bewegen. Es wird hierüber gemeldet:

Der chinesische Gesandte Wu-tung-fang überreichte heute auf dem Staatsdepartement ein Telegramm der Vicelönige der südlichen Provinzen, in welchem die Regierung der Vereinigten Staaten ersucht wird, ihre Beamten in China anzuweisen, in die Friedensverhandlungen einzutreten. Indem der Gesandte sich diesem Ersuchen anschließt, beabsichtigt er, die Vereinigten Staaten zu bestimmen, ihrerseits die Initiative zu den Verhandlungen zu ergreifen in der Hoffnung, daß die andren Mächte dann das gleiche thun werden. Die Vicelönige von Wutshang und Kausung erklären, daß sie bereit seien, sich für freibleibe Zustände und Sicherheit der Ausländer zu verbürgen, wenn keine Truppen der Verbündeten weiter gelandet werden.

Während Amerika eine zurückhaltende Stellung einnimmt, ist zu befürchten, daß Deutschland noch über Peking hinaus kriegerische Unternehmungen plant. Aus Shanghai wird einem Berliner Blatt gemeldet:

Ein kaiserliches Edikt, datiert Taihuensu, 8. September, proklamiert Sianfu als neue Hauptstadt Chinas; der kaiserliche Hof würde sich sofort dahin begeben, da Sianfu der Machtphäre der auswärtigen Mächte entrückt sei. Der Gouverneur von Schensi erhielt den Befehl, die Regierungsgedäude daselbst in stand zu setzen. Der Erlass besagt den Mangel an Geldmitteln und fordert von den Vicelönigen Zuschüsse. Die militärischen Autoritäten sind einstimmig der Ansicht, daß die jüngsten Ermordungen von Missionaren in Schensi und in der Mandchurei gebieterisch die sofortige Entsendung einer Strafexpedition dahin erfordern. Der deutsche Gesandte Dr. Munow von Schwarzenstein untertüt diese Ansicht sehr nachdrücklich.

Wenn man sich auf derartige Pläne einläßt, dann ist der chinesische Krieg ohne Ende. Ein Erfolg in gedachter Art kann natürlich aus Strafexpeditionen nimmermehr herauspringen. Und die Kosten dieser Chinapolitik müßten sich ins Unermeßliche steigern. Schon soll nach einer Meldung der „Abein. Westl. Jg.“

eine zweite China-Ausleihe

in kurzer Zeit bevorstehen. Da die in Amerika zu 4 Proz. geborgten 80 Millionen nicht weit reichen werden, soll noch bis zum Schluß dieses Jahres eine abermalige Ausgabe von 100 bis 120 Millionen Mark erfolgen, aber nicht in der Vereinigten Staaten, sondern in Deutschland selbst. Die Verhandlungen hierüber mit deutschen Banken sollen bereits eingeleitet sein, doch würde in Deutschland nicht der vierprozentige Zinsfuß gewählt werden, sondern ein 3/4prozentiger.

Von Li-Hung-Tschang.

Washington, 20. September. Ein Telegramm Admiral's Remey's aus Taku vom 19. September lautet: Ich habe bei Li-Hung-Tschang amtlich einen Besuch gemacht. Er ist am 18. September auf einem Kaufschiffe eingetroffen und wird unterverzüglich nach Peking weiterreisen. Er dankt den Vereinigten Staaten für die Aufmerksamkeit, die ihm erwiesen wurde.

Tongku, 21. September. Li-Hung-Tschang ist heute hier eingetroffen und ohne besondere Ehrenbezeugungen empfangen worden. Nur die russischen und japanischen Offiziere stakketen ihm Besuche ab. Später hatte Li-Hung-Tschang eine längere Unterredung mit dem Admiral Alexejew an Bord eines russischen Kriegsschiffes. Der Vicelönig war von einer russischen Wache und von 7 Leuten seines Gefolgs begleitet. Letztere waren nicht bewaffnet. Li-Hung-Tschang reist in einem Sonderzuge nach Tientjin weiter.

Operationen um Peking.

London, 21. September. Das „Reutersche Bureau“ meldet aus Peking vom 15. September:

Eine aus Engländern und Amerikanern bestehende Truppe von 1800 Mann mit 4 Geschützen unter dem Kommando des Generals Wilson geht nach San-haitien ab, um das dortige Arsenal zu nehmen und die daselbst befindlichen Lagerbanden auseinanderzutreiben. Die Engländer in dieser Truppe zählen 500 Mann und sind verschiedenen Regimentern entnommen, die Amerikaner sind in Stärke von drei Bataillonen vertreten. Der deutsche Truppenführer ist von den andren Generalen ersucht worden, eine Truppe nach Westen zu entsenden, die dort die Boxer vertreiben und normale Verhältnisse schaffen soll. Die Franzosen und Japaner operieren im Nordosten.

London, 21. September. Unter dem 18. d. M. berichtet das „Reutersche Bureau“ aus Peking: Deutsche Mannschaften gehen morgen von hier ab, um zusammen mit Wilsons Kolonne gegen Pei-ta-tschu vorzugehen; die Deutschen werden den Ort von Osten her, die Kolonne Wilson von Westen her angreifen.

Im Süden.

Paris, 21. September. Ein Telegramm des französischen Konsuls in Kanton vom 20. d. M. meldet: In der Unterpräfektur Suintai, in der Nähe von Kanton, sind Aufstrebungen ausgebrochen. Mehrere Ortschaften sind zerstört; die Missionen konnten sich in Sicherheit bringen. Da der Vicelönig nicht im stande ist, die Ruhe wiederherzustellen, verlangen die Konsuln Truppen. Das Kanonenboot „Avalanche“ wird die Truppen begleiten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. September.

Sammelpolitik.

Die „Berliner Neueste Nachrichten“ blasen zum Sammeln aller nationalen Elemente gegen die Umsturzpartei. Die Socialdemokratie habe, wie aus den Verhandlungen über „Weltpolitik“ hervorgehe, die Absicht, in allen deutschen Gaue Deutschlands eine Agitation zu entfalten, von der sie sich sehr viel für die „Erstfütterung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung verpricht“. Die gefährliche Wirkung der gehässigen Entstellungen auf kritische Gemüter dürfe man nicht unterschätzen.

Wäre der Reichstag im Juli versammelt und damals, wie nicht zu bezweifeln war, aller Welt klar gestellt worden, daß die Chinapolitik der Regierung eine feste parlamentarische Mehrheit hinter sich hat, so würde dadurch der Socialdemokratie die Verhinderung der Wahlen immerhin wesentlich erschwert worden sein; jetzt hat sie leider ein nur zu freies Spiel.

Hier begegnen sich die „Reketen“ ganz mit unsrer Aufbaumung; wir sind sofort für die Einberufung des Reichstags eingetreten und lange Zeit waren wir die beinahe Einzigen, welche die Mitwirkung des Parlaments in der Chinafrage verlangten. Es freut uns, daß das Krupp-Organ sich nun doch noch zu unsrer Ansicht bekehrt hat. Jedoch dürfte das Blatt sich in der Annahme täuschen, daß die Regierung in der Chinapolitik eine feste parlamentarische Mehrheit hinter sich habe, weder damals, noch jetzt.

Das Blatt klagt über die politische Gleichgültigkeit des Bürgertums: Wer nicht selbst an den ostasiatischen Dingen in irgend einer Weise beteiligt sei, verfolge die Sache mit großer Gemütsruhe; in der öffentlichen Diskussion der auswärtigen Angelegenheiten führe fleinliche Körperlichkeit das große Wort.

Und auf dem Gebiete der inneren Politik befanden sich die Parteien mit einer Verbissenheit, als hätten sie nicht die leiseste Ahnung davon, daß im Handumdrehen eine Situation eintreten kann, die gebieterisch die Zurückdrängung aller inneren Gegensätze fordern würde. Fürwahr, erbauliche Aussichten für eine wirksame Vereitelung der socialdemokratischen Wähler!

Was den Vorwurf der Gleichgültigkeit gegen diejenigen Kreise anlangt, welche an den ostasiatischen Dingen nicht in irgend einer Weise beteiligt sind, so finden wir denselben ungerecht. Es ist doch ganz natürlich, daß die Lieferanten aller Art, die Kanonens-, Gewehr-, Eisenplatten-Fabrikanten, die Großhändler, welche aus den Kriegsvorbereitungen Millionen ziehen, für die Entwicklung der Dinge das meiste Interesse haben. Außer diesen haben das meiste Interesse und zwar das gegenseitige — die große Masse der Proletariat, welche die Güter- und die Verbrauchssteuer für den ganzen Chinasammal aufzubringen haben.

Auf das Centrum will sich das Blatt in dem Kampfe gegen die Socialdemokratie nicht verlassen, dessen „versteckte Reichsfeindschaft“ sei am Ende noch gefährlicher als die offene der Socialdemokratie.

Umformt werden sollten unter den heutigen Verhältnissen die ehemaligen Kartellparteien sich verpflichtet halten, die sie trennenden Momente zurückzubringen und die Notwendigkeit ihres geschlossenen Zusammenstehens für die nationale Politik zu betonen. Sie sind nicht mehr, wie einstmal in der Lage, der Regierung eine feste Reichstagsmehrheit zu bieten; aber auch das Ausland weiß, daß, wenn nicht nur geglaubt, sondern annehmen wird, diese Parteien recht eigentlich dasjenige repräsentieren, was die Kraft eines Staats ausmacht.

Und vor allem, die ehemaligen Kartellparteien sind ihrem Wesen und ihrer Tradition nach in erster Linie geeignet und berufen, in erster Zeit den nationalen Sinn in der Bevölkerung wachzurufen, die nationale Loyalität zu fähren. Aber auch diese Parteien sind, in ihrer Totalität genommen, von einer vollen Würdigung der heutigen Lage so weit entfernt, daß sie noch immer fortfahren, ihren oft recht fleinlichen Streitigkeiten mit einem Eifer obzuliegen, als ob es für das Deutsche Reich und Preußen andre Sorgen überhaupt nicht geben könnte. Wir mögen uns kein Schiedsrichteramt an, enthalten uns auch der Anführung von Beispielen. Wozu zuletzt gegenseitige Reklamationen? Es ist eben immerhalb wie außerhalb der Mauern gesündigt worden. Wir haben diesen national-liberal-konservativen Krieg während der letzten Jahre oft als ein nationales Unglück beklagt; niemals aber war ein Augenblick, wo es notwendiger gewesen wäre, sich wieder auf die gemeinsame Aufgabe zu besinnen, als jetzt. Man sage nicht, in der parlamentarischen Entscheidung über nationale Fragen sei das Zusammengehen der alten Kartellparteien unter allen Umständen sicher! Wichtigere als die Abstimmung im Reichstage ist die werbende Arbeit der Kartellparteien im Volke. Diese aber wird wenig erfolgreich sein, wenn konservative und Nationalliberale sich gegenseitig mit tödlichem Haß verfolgen. Wann werden sie sich wieder ganz ihrer höheren Pflichten erinnern? Dem Fürsten Bismarck ist es einstens gelungen, sie auf den rechten Weg zu führen. Wenn es heute so betrübend anders ist, so ist auch die Regierung nicht ohne Schuld daran.

Also die Miquel'sche Sammelpolitik. Aus der ganzen Jeremiade geht aber hervor, daß das Krupp-Organ selbst nur wenig Vertrauen zu der Sammlung hat.

Vom Eisen- und Kohlenmarkt.

Aus allen Teilen der deutschen Eisenindustrie kommen jetzt die Nachrichten über die fortschreitende Abwärtigung der Konjunktur. In der Börse haben diese Nachrichten verursacht, daß die Hüttenaktien neue betrübliche Kursrückgänge zu verzeichnen haben. Der Verein für Bergbau und Hüttenfabrikation, den die Börse im April noch auf 280 notierte, steht jetzt auf 176, die Louisa-Hütte, im April 283, notiert jetzt 193 und die Oberhessische Eisenwerke, im April auf 187, stehen jetzt auf 126 u. s. w. Es nicht den Werken nichts, daß sie auf die hohen Abschlässe mit ihrem Kundenkreise in der Eisenindustrie verweisen; man weiß, daß die Spezifikationen fehlen und was nützen alle hohen Abschlässe, die im Vertrauen auf die Fortdauer der guten Konjunktur auf dem Weltmarkt gemacht worden sind, wenn der Umschlag der Konjunktur die Fabrikanten vor die Unmöglichkeit stellt, die abgeschlossenen Rohmaterialmengen abzunehmen. In solcher Situation löst es bedeutenden Werken bereits große Mühe, ihren Betrieb völlig aufrecht zu erhalten. Teilweise ist dies nur möglich, durch Preisnachlässe bei den schon kontraktlich abgeschlossenen Lieferungen. Es haben seitens der Werke Preisnachlässe bis zu 30 Pro. Tomme Kohleisen stattgefunden, so daß also die guten Preise, auf Grund deren vor einem Vierteljahr noch die Hüttenaktien toll hinaufgetrieben wurden, nur noch auf dem Papier bestehen. Der fallende Kurs der Hüttenaktien deutet nun an, daß die Börse für die nächste Zeit einen weiteren Preisrückgang in der Eisenindustrie erwartet und tatsächlich haben sich auch bereits die Händler zusammengethan, um auf die Werke drücken zu können.

Der Preisrückgang des Rohmaterials in der Eisenindustrie ist der sicherste Gradmesser für die allgemeine Verschlechterung der Marktlage. Die Werke würden mit allen Mitteln den Preis gehalten haben, wenn nicht die Industrie nur trostlose Aussichten hätte. Die Absatzbedingungen greifen immer weiter um sich und man kann als sicher voraussetzen, daß der kommende Winter für die deutsche Arbeiterklasse, die jetzt die tolle Ueberproduktion des Unternehmertums während der Jahre der Prosperität zu hüben bekommt, wieder Arbeitslosigkeit in großem Umfange bringen wird.

Auch der Kohlenmarkt hat seine feste Haltung verloren. Im Augenblick klammert sich das deutsche Ausdehntum mit all seinen Hoffnungen an die Wirkungen des amerikanischen Kohlengräber-Streiks. Die Gefahr der Massenimport amerikanischer Kohle, die trotz aller Ablehnungen unmittelbar bevorstand, scheint ihm nun in die Ferne gerückt. Auf wie lange, muß die Zukunft lehren. Auch die Grabenproben, die das Volk und die Industrie in der schamlosesten Weise ausgeplündert haben, werden, wie es scheint, bald den Rückgang der Konjunktur zu spüren bekommen.

Reichstags-Erwahlungen. Zu den erledigten Reichstagsmandaten in Berlin VI, Brandenburg und Wangelben kommt jetzt ein weiteres in dem Kreise Meserich-Doms. Die Socialdemokraten kommen in dem letztgenannten dunkeln Winkel gar nicht in Frage, es sind die Polen und die Konservativen, welche dort um die Palme der Volksverdummung ringen. Das Mandat ist bisher ununterbrochen im Besitze der Reichspartei gewesen; immer bedrohlicher aber

sind die Stimmen der Polen, die dort gemeinsam mit dem Centrum vorgegangen sind, gewachsen. Im Jahre 1893 standen noch 9250 konservativ gegen 7647 polnische; 1894 bereits 9200 konservativ gegen 8703 polnische und 1895 9451 gegen 8817 polnische Stimmen. Bei den Wahlen 1898 brachten es die Polen nur auf 7444 gegen 8933 Stimmen, die der nunmehr verstorbenen v. Dahlenbomski erhielt; socialdemokratische Stimmen wurden im ganzen Kreise 49 abgegeben.

Der zukünftige Reichskanzler. Bis vor kurzem soll es bürgerlichen Blättern zufolge als sicher gegolten haben, daß dem Onkel Elothwig der Fürst Hohenzollern-Langenburg als Reichskanzler folgen, daß den Fürsten Hohenzollern-Langenburg der Schwager des Kaisers, Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe, in der Statthalterchaft der Reichslande ablösen werde. Jetzt soll diese Ansicht teilweise geändert worden sein. Zwar behält es dabei sein Bewenden, daß Fürst Hohenzollern-Langenburg der vierte deutsche Reichskanzler werden soll, aber zu seinem Nachfolger in Straßburg ist nicht mehr Prinz Adolf, sondern Generalfeldmarschall Graf Waldersee in Aussicht genommen. Dessen Rückkehr nach China den Zeitpunkt des großen Amtswechsels bestimmen wird. Prinz Adolf, der Gemahl der Prinzessin Victoria von Preußen, wird gleichwohl nicht länger ohne höhere Aufgabe bleiben. Ihm ist die Regentenschaft von Braunschweig angedacht. Dessen Prinz Albrecht von Preußen würde geworden. Vielleicht hat man geglaubt und glaubt hier und da wohl noch, daß es ratsamer wäre, in Braunschweig eine Art Regentenschaftsdynastie zu schaffen, indem man dem Prinzen Albrecht dessen ältesten Sohn, Prinzen Friedrich Heinrich, folgen ließ. Doch Prinz Adolf ist einmal von seinem kaiserlichen Schwager als „Muster-Regent“ bezeichnet worden, — es geht, als er auf Grund des Schiedspruchs Königs Albrechts von Sachsen die Regentenschaft dem Grafen Ernst zu Lippe-Detmold abtreten mußte, — und so mag man am Ende dem Lande Braunschweig diesen Regenten gönnen. — Dagegen glauben wir annehmen zu dürfen, daß man dem Grafen Waldersee viel höhere Aufgaben, etwa die eines Statthalters von Deutsch-China, zugewiesen werden würden.

Schiller als Anarchist. Das Deutsche Adelsblatt* kommt in seiner letzten Ausgabe auf das Paulinische Wort zu sprechen: „Jedermann sei unterthan der Obrigkeit“, und fährt dann wörtlich fort:

„Aber freilich, das hat der Apostel Paulus geschrieben in einer Zeit, die weit hinter uns liegt, und der war eben auch ein Kind seiner Zeit“. Heute kann das nicht mehr gelten, wir sind „fortgeschritten“. Nord ist unter Umständen nicht mehr Nord, sondern eine Hellsicht. Verherrlichte doch schon Schiller vor hundert Jahren, wie man jetzt mit Vorliebe festzustellen verdirrt. In zwei Dichtungen politische Meinungsäußerungen, in „Wilhelm Tell“ und in der „Wilhelmshöhe“. In jenseit, Anarchismus ist eben potenzierte Socialdemokratie, Socialdemokratie ist potenzierte Demokratie und Demokratie ist potenzierte Liberalismus — und Schiller war liberal nach heutigen Begriffen.“

Warum hat hier das Adelsblatt* den Ring geschlossen? Vielleicht hätte sich die Wurzel des Anarchismus doch noch weiter verfolgen lassen — etwa bis auf die Propheten und Moses selbst? —

Unsre Kulturaufgaben leiden nicht. Aus der Provinz Posen wird der „Verl. Ztg.“ geschrieben: In dem Städtchen Kamin im Kreise Wollstein ist in Folge polizeilicher Verfügung die katholische Schule geschlossen worden, weil das Gebäude dem Einsturze nahe ist. Im Frühjahr fiel ein Teil der Decke ein und jetzt haben sich die Wände des Schulzimmers, die während der großen Ferien abgestreift werden mußten, einzeln aus den Wänden herausgelöst. Die Umfassungsmanern senken sich, und so mühten die 120 Kinder, welche mit ihrem Lehrer in den beiden letzten Jahren in ständiger Todesangst schwebten, den Schulpaß zu räumen. Schon vor vielen Monaten erstattete die nächste vorgelegte Behörde rechtzeitig Meldung. Verschiedene Sachverständige haben auch die Bauunsicherheit des Schulgebäudes bestätigt, aber von einem neuen Schulhause ist nichts zu hören und zu sehen.

Wenn es gilt die „Kultur“ nach China zu tragen, haben wir immer heillos viel Geld — wenn auch von dem Reichstag dafür keines bewilligt ist — die Verichte über derartige Schulpaßfälle im Osten sind und bleiben aber an der Tagesordnung.

Für die Krankenversicherung der Hausindustriellen treten am 1. Oktober einige neue Bestimmungen in Kraft, die auf die Verhältnisse in der Konfektionsbranche zugeschnitten sind. Die Hausindustriellen sind bekanntlich nicht ohne weiteres gegen Krankheit versichert, wohl aber kann eine Gemeinde für ihren Bezirk diese Personen für versicherungspflichtig erklären. Vom 1. Oktober an kann auch der Bundesrat nach seinem Ermessen Hausindustrielle bestimmter Gewerbe oder in bestimmten Bezirken für versicherungspflichtig erklären.

Sodann ist die Möglichkeit geschaffen worden, dort, wo das Dazwischenstehen von Zwischenunternehmern (Schwärmern u. s.) die Frage nach dem Arbeitgeber zweifelhaft macht oder die Einziehung der Beiträge gefährdet, Abhilfe zu schaffen. Es kann durch das Kassenstatut bestimmt werden, daß in solchen Fällen der Auftraggeber des Zwischennehmers (der Konfektionär) als Arbeitgeber im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes zu gelten hat. Dieser hat dann die Kassenbeiträge für die Hausindustriellen und für deren Gehilfen und Lehrlinge einzuzahlen und muß das Arbeitgeberdrittel aus seinen Mitteln tragen.

Menschenleben wiegen leicht in den Augen mancher Unternehmer. Ist doch für verunglückte Arbeiter immer leicht Erfolg zu schaffen. Wie leichtfertig gerade im Bergbau häufig mit dem Leben der Arbeiter umgegangen wird, das zeigen die alle Augenblick vorkommenden Verunglückungen, von denen sich viele durch vorbeugende Maßregeln des Arbeiterschutzes vermeiden ließen.

Jetzt hat sich wieder das Oberbergamt Dortmund veranlaßt gesehen, nach sorgfältiger Untersuchung einer Anzahl im Betriebe befindlicher Schächte mehreren Rechen aufzutragen, auf bestimmte bezeichneten Schächten den Betrieb einzustellen und innerhalb dieser Frist für einen der Sicherheit des Betriebes mehr entsprechenden Schacht zu sorgen. Es handelt sich um alte Holzschächte, welche dem Druck des Gebirges nicht lange mehr stand halten können, zu deren Beseitigung die reichen Gesellschaften aber erst durch die Behörden gezwungen werden müssen.

Karlruhe, 20. September. (Fig. Bericht.) Der so plötzlich eingetretene Ministerwechsel hat weit über die rot-gelben Grenzpfähle hinaus überrascht und Aufsehen erregt. Die nationalliberale Presse widmet dem scheidenden Minister nur Todeshymnen. Das ist begreiflich, wenn man berücksichtigt, was Minister Eisenlohr für die nationalliberale Partei gethan hat. Wenn nun auch der Nachfolger Eisenlohrs aus der letzten Schule hervorgegangen ist, so darf man doch ohne weiteres annehmen, daß er sich für die nationalliberale Partei nicht in dem Maße engagieren wird, wie dies sein Vorgänger gethan hat.

Er wird sich ferner eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der nationalliberalen Partei auferlegen. Dazu hat er um so mehr Ursache, als auf diese Partei hauptsächlich sein Verlaß mehr ist. Lieh doch selbst Minister Eisenlohr durch seinen journalistischen Handlanger Kay in der „Südd. Reichs-Anzeiger“ erklären, daß er nur deshalb zurückgetreten sei, weil er sich der Ueberzeugung nicht verschließen konnte, daß er auf dem nächsten Landtage einer geschlossenen oppositionellen Mehrheit gegenüberstehen würde, ohne einer zielbewußt zuverlässigen Unterstützung durch die liberale Minorität sicher zu sein.

Die Regierung rechnet demnach bei der kommenden Landtagswahl mit weiteren Mandatsverlusten der nationalliberalen Partei und mit einer Zweidrittel-Majorität der Opposition.

Für die nationalliberale Partei ist der Rücktritt Eisenlohrs um so schmerzlicher, als auch ihr langjähriger Führer Fieser, ein

Junius Eisenlohr, von der politischen Thätigkeit sich zurückzieht und ein Erbgut für denselben bisher noch nicht gefunden werden konnte. Der Nationalliberalismus steht auch in Baden, wo er am längsten sich zu halten und eine einflussreiche Rolle zu spielen vermochte, an dem Rande des Bankrotts. Man kann es nur zu gut verstehen, wenn sich kein hervorragender Mann finden will, der Lust hat, das Erbe Fiesers anzutreten. Die einst mächtige Partei ist sich in der wichtigsten Frage, welche das badische Volk derzeit beschäftigt, — der Verfassungsfrage — uneinig.

Ein Blatt um das andre verläßt die bisherige Führung der Partei und plädiert für das lautlose direkte Landtagswahlrecht. Nur das führende Organ, das übrigens nur noch ein Scheinorgan fristet, hält an dem alten verbotenen Standpunkt fest. Um so verwunderlicher erscheint es, wenn dieses Blatt — die „Badische Landeszeitung“ — den Versuch macht, den neuen Präsidenten des Ministeriums des Innern für die nationalliberale Partei zu reklamieren und ihn auffordert, allen rückschrittlichen und radikalen Bestrebungen einen Damm entgegenzusetzen. Herr Dr. Schenkel müßte sehr unglücklich sein, wenn er diesen Vorstoß auch nur die geringste Beachtung schenken würde.

In der Verteilung des neuen Ministers ist sich die gesamte Oppositionspresse einig. Man bringt dem Herrn nur sehr wenig Vertrauen entgegen. Er hat sich auf dem letzten Landtag als Mitglied der Ersten Kammer wiederholt als ein Reaktionsär von reinem Wasser erwiesen und unter anderem den Versuch gemacht, an den Rechten der Zweiten Kammer zu rütteln. Dazu ist er ein Kulturkämpfer, was ihn beim Centrum äußerst unangenehm macht. Sollte der neue Minister bezüglich der Verfassungsfrage sich auf den Standpunkt seines Vorgängers festlegen, so dürfte er in seiner jetzigen Stellung nur sehr kurze Zeit verweilen. Ein badischer Minister des Innern, der in der Verfassungsfrage den Wünschen der Opposition nicht entgegenkommt, kann sich unmöglich lange halten.

In sozialer Beziehung bringt man Herrn Dr. Schenkel mehr Vertrauen entgegen. In gewissen Kreisen nimmt man an, daß mit dem Eintritt Schenkels in das Ministerium ein unverkälte reaktionäres Regiment seinen Anfang nimmt. Wie dem auch sein mag, die Socialdemokratie hat nicht die geringste Ursache, der Zukunft mit Wangen entgegenzusehen. Im Gegenteil! Wird den Wünschen des Volks Rechnung getragen und das direkte Wahlrecht eingeführt, so haben wir nur Nutzen; wird es nicht eingeführt, so haben wir keinen Schaden, aber ein Agitationsmittel von großer Wirkungskraft. Sollte der neue Minister in der Verfassungsfrage den Standpunkt seines Vorgängers teilen, so werden wir ihn den Krieg erklären und denselben eben so entschieden führen, wie bisher auch.

Aus der antisemitischen Schule. Wie das „Königer Tagblatt“ meldet, sind auf dem jüdischen Friedhof in Gerolde zehn Denkmäler völlig zerstört worden, sogar eine Kinderleiche wurde bloßgelegt. Jugendliche Vandalen wurden als Täter zur Anzeige gebracht.

Der Umbau des Plenarsitzungsraums im Abgeordnetenhause schreitet rüstig vorwärts. Als Bauzeit waren sechs Monate in Aussicht genommen. Die Vervollständigung hofft aber in kürzester Zeit, etwa Ende November, den Umbau beendet zu haben. Der Zweck des Umbaus ist die Verbesserung der Akustik des Saals.

Die mittliche „Germania“. Im stromen Elb-Bothringen haben kürzlich, so schreibt die postoffizielle „Deutsch. Verl. Ztg.“, die neuen Briefmarken im Sinne der lex Feinze Anstöß erregt. Nam da eine bildere Frau vom Lande in Saarbürg in einen Laden, dessen Besitzer auch Briefmarken verkaufte, und verlangte drei Zehnspfennig-Marken. Als ihr diese eingehändigt wurden, sagte sie und erklärte, sie nicht nehmen zu können. „Jesus Gott!“, sagt sie, „die darf ich nicht mitbringen“, und deutete dabei ganz erschrocken auf die äppige Germaniafigur. Als ihr begreiflich gemacht wird, daß es keine andern Marken gebe, beharrt sie democh auf ihrer Weigerung und sagt: „Ich kann die nicht nehmen, denn sie sind für eine — Kloster-Schwester“.

Ausland.

Vor den Wahlen in England.

London, den 18. September.

Obwohl die gesetzliche Lebensdauer des gegenwärtigen Parlaments noch bis Mitte 1902 währt, ist seine traditionelle Lebensdauer so ziemlich erschöpft. Es ist alte Sitte, kein Parlament die gesetzliche sieben Jahre zu Ende sitzen zu lassen. Während aber fast die ganze Regierungspresse auf Auflösung drängt, protestieren die liberalen und radikalen Blätter heftig dagegen, daß man jetzt das Land vor eine Neuwahl stellt. Es würde eine „Babi-Wahl“ werden, die die Frage würde alle andern Fragen in den Hintergrund drängen. Außerdem aber würden die Wahlen jetzt auf Grund der alten Wahllisten vom Januar stattfinden und damit eine große Anzahl Wähler, die seitdem die Wohnung gewechselt — die große Masse von Arbeiter — faktisch ihres Wahlrechts verlustig gehen. Die einfachsten Regeln politischen Anstands gebieten es, mit der Wahl bis zum Januar zu warten, wo die neuen, im Juli aufgenommenen Wahllisten in Kraft treten.

Beiden Einwänden kann man ihre Berechtigung nicht bestreiten, obgleich es nicht wahrscheinlich ist, daß eine Wahl im Januar ein wesentlich anderes Resultat ergeben würde als eine im nächsten Monat vorgenommene. Die Fragefrage aber die mit ihr verbundenen Fragen werden im Januar noch ebenso im Vordergrund des Interesses stehen wie heute, und was die Wähler aus den Arbeiterklassen anbetrifft, so stimmt ein ziemlich ebenso großer Prozentatz von ihnen konservativ-unionistisch wie liberal-radikal. Ein Bild auf die Abstimmungsresultate in den Industriezentren stellt dies außer Zweifel.

Zudem glauben die Liberalen, bei der derzeitigen Verfahrenheit im Saoko der Partei sei Zeit gewonnen, alles gewonnen. Und für ihr Verlangen, den Wahltermin hinauszuschieben, finden sie bei gewissen, sehr einflussreichen Personen lebhaftes Verständnis. Ob es wahr ist, wie ihre Presse behauptet, daß Chamberlain auf Auflösung dränge, Lord Salisbury aber sich dagegen sträube, kann dahingestellt bleiben. Der Schreiber dieses hält die Lesart, daß Chamberlain die schwarze, Salisbury aber die weiße Seele des gegenwärtigen Kabinetts sei, für eine, in den Bedürfnissen des Parteikampfs und persönlichen Antipathien turmelnde Fiktion. Wahr ist nur, daß von beiden Chamberlain der bei weitem energiereichere Politiker ist. Aber für die Festlegung des Wahltermins ist die Zustimmung noch einer andern Persönlichkeit als die des gealterten Premier erforderlich, nämlich die der Königin. Und verschiedene Anzeichen weisen darauf hin, daß bei ihr und nicht bei Lord Salisbury der Hauptwiderstand gegen eine Ueberführung der Neuwahl liegt.

Nicht daß Victoria eine besondere Freundin der Liberalen wäre. Sie dürfte der Partei vielleicht die starke Antipathie entgegenbringen, die sie gegen Gladstone empfand, denn die war zum großen Teil persönlicher Natur, aber lieben thut sie sie auch nicht. Sie hält es nur für eine fundamentalbedingung des britischen Verfassungslebens, daß der Regierungspartei eine starke regierungsfähige Opposition gegenübersteht. Als nach der Einnahme von Pretoria zuerst die Frage der Ausschreibung von Neuwahlen aufgeworfen wurde, soll, wie man sich in intimen Kreisen erzählt, die Königin die Idee mit der Bemerkung scharf abgewiesen haben: „Ich will nicht, daß die Opposition erdrückt wird.“ Damals wäre in der That die liberale Partei bei der Wahl in einer Weise an die Wand gedrückt worden, wie es hier noch nicht erlebt worden ist.

Heute ist diese Gefahr weniger groß, aber sie ist noch nicht verschwunden. Wohl sind auch viele, in der Sabotage-Frage mit der jetzigen Regierung gehende Wähler, genau wie die Königin, von der Notwendigkeit und Nützlichkeit einer starken Opposition überzeugt — die englischen Konservativen wissen sehr gut, daß eine Zermalung der liberalen Partei kein lonerierendes Ereignis wäre. Aber keiner möchte es darauf ankommen lassen, daß diese Partei unter dem Einfluß irgend eines politischen Zwischenfalls das Fest in die Hand be-

same. Bei der Wahl selbst würden sie in jedem konkreten Fall gegen die Liberalen stimmen. Denn ihre Furcht ist, daß die Liberalen — die einen aus Doktrinarismus und die anderen aus Schwäche — in der einen oder anderen Weise das in Südafrika Erreungene wieder preisgeben könnten.

Diese Furcht bei dem Teil der Wähler zu zerstören, die zwischen beiden Parteien unsicher hin- und her schwanken, ist u. a. der Zweck einer Rede gewesen, die Asquith am Sonnabend in Ladbroke, Grafschaft Hise (Schottland) vor einer Delegation seiner Wähler gehalten hat. Asquith war im letzten liberalen Kabinett Sekretär des Innern und hat sich allerhand Verdienste erworben, zugleich aber auch durch einen gewissen Rechtsformalismus — er ist von Beruf Journalist — vielfach angegriffen. Doch wird seine Tätigkeit von seinen Gegnern auf der Rechten und Linken willig anerkannt, und ein von ihm ausgearbeitetes und zur Annahme gebrachtes Abteilgesetz — das Gesetz von 1895 — hat ihm ein einstimmiges Dankesvotum des Gewerkschafts-Kongresses eingetragen. Als Sozialpolitiker radikal, gehört er dem imperialistischen Flügel seiner Partei an und gilt als der wärmste Verehrer Lord Roberts, dem er zu Anfang der Woche einen Besuch abgestattet hat, wobei sicher politischer Rat gepflogen wurde.

Mr. Asquith nun hat in seiner Rede, nach dem üblichen Gepfändel gegen Chamberlain, mit großer Empfindlichkeit festgestellt, daß er die Annexion der beiden Boerenrepubliken für unwiderrücklich halte und daß dieses seines Wissens die Ansicht der großen Mehrheit der Liberalen Partei sei. Seine Partei im Staat könne oder wolle das nun einmal Geschehene wieder umgekehrt machen. Eine Erklärung der Boerenstaaten zu Schutzstaaten auf Grund von schriftlichen Verträgen, die ihnen wieder eine willkürliche Unabhängigkeit nach der Rechtsstellung von Teilen des Reichs verschaffen, sei nach seiner Ansicht von allen denkbaren Versuchen der Lösung des südafrikanischen Problems derjenige, der ein Maximum von Weidungen gewisser Art mit einem Minimum von Dauerhaftigkeit in Aussicht stelle. Die Einverleibung der Boerenstaaten in das Gebiet der britischen Flagge sei indes nur der erste, leichte Schritt, dem der viel schwerere der Verschönerung der sich dort gegenüberstehenden Rassen und der Erreichung des Grundsteins bürgerlicher und politischer Gleichberechtigung zu folgen habe.

Die Asquithsche Rede ist von der radikalen und liberalen Presse mit lebhaftem Beifall aufgenommen worden. Von Blättern, wie „Daily News“, „Daily Chronicle“ und ihren gesinnungsbewandten Kollegen in der Provinz war dies vorausgesehen, aber selbst diejenigen radikalen Blätter, welche sich die Verteidigung der Boeren zur Aufgabe gemacht haben, haben mit nur geringen Vorbehalten zugestimmt. „Morning Leader“ und „Star“ räumen ein, daß die Annexion nicht mehr umgekehrt gemacht werden könne.

Es wird also nur der äußerste linke Flügel der Radikalen neben den Sozialisten in der kommenden Wahl die Annexion der Boerenstaaten grundsätzlich bekämpfen. Wenn unter dem Einfluß all der Opfer des Kriegs, sowie der vielen Festgriffe und Versäumnisse der Militärverwaltung die Jingo Stimmung wesentlich nachgelassen hat, so auf der anderen Seite die Heftigkeit der Parteinehmer für die Boeren. Es macht sich eine gewisse Enttäuschung bemerkbar, zu der heute der „Standard“ mit dem Brief eines Korrespondenten beiträgt, der, unter Berufung auf das Zeugnis zweier Geistlichen der Dissenterkirche, höchst wegwerfende Bemerkungen Michael Davitts über die Boeren mitteilt. Der radikal-demokratische Jüngling, der voller Enthusiasmus die Boerenarmee aufgeführt hatte, soll sich auf seiner vor einigen Monaten vollzogenen Rückkehr enttäuscht und erbittert über die Poltronerie der großen Mehrheit der Boeren geäußert haben.

Uebrigens sei hierbei bemerkt, daß, wenn einige Londoner Blätter den alten Präsidenten Kruger ob seiner Flucht in geschmackloser Weise verhöhnt haben, dies von dem Gros der hiesigen Presse nicht gesagt werden kann. Die Engländer haben ihre großen Fehler, aber die Verhöhnung eines geschlagenen Feindes liegt nicht in ihrer Art. Das verbietet ihnen schon ihr Sportgeist. Krüger ist ihnen der Repräsentant des verstorbenen Reaktionsgeistes unter den Boeren und insofern halten sie ihn für den Krieg verantwortlich, aber seiner patriotischen Bestimmung lassen sie alle Ehre widerfahren. In einem der besuchtesten Operettentheater Londons wird jetzt allabendlich ein Vers gesungen und mit stürmischen Beifall bekräftigt, der den Boerengeneral de Wet als Kämpfer verherrlicht. Ich glaube nicht, daß das anderwärts möglich wäre. Der Krieg hat so viel Schlimmes gezeitigt, daß es nicht nötig ist, seine Wirkungen noch zu steigern und die Völker noch mehr gegeneinander zu verhetzen als es ohnehin durch ihn der Fall ist. Jede Nation hat ihre rühmlichen Erfolge. Aber so wenig die alldemokratische Presse Deutschlands der Ausdruck der Gesinnung aller Deutschen ist, so wenig ist die Londoner jingoistische Sensationspresse der Ausdruck der Gesinnung des englischen Volks — auch nicht seiner imperialistischen Sektionen. —

Frankreich.

Nationalistische Maferei. Der „Voss. Stg.“ wird aus Paris berichtet: „Die Haupter der Regierung, Loubet, Waldeck-Rousseau, André, Fallières, sind mit dem Heer in persönliche Verbindung gekommen, das Heer hat ihnen Ehre erwiesen, sie haben ihm ihre wohlwollenden Bestimmungen ausgedrückt. Das ist etwas, was die Nationalisten nicht verwunden können, und sie zu Wutausbrüchen reizt. „Mölines Republik“ ruft: „Das Heer ist inmitten der allgemeinen Verwesung gesund geblieben, es hat allen Verwundungen, Gerabekungen, Verhöhnungsversuchen widerstanden, dieses herrliche Heer ist das Frankreich selbst, das morgen bereit ist, den Rang in der Welt wiederzufordern, den eine nichtswürdige Zufallsposition es hat verlieren lassen. Die Vaterlandsliebe und die ausländischen Feinde hatten ein ungeheures Unternehmen veranfaßt, um das Heer zu spalten, Mißtrauen und Zuchtlosigkeit auszulösen. Es hat sich eine Regierung gefunden, die diese Absichten begünstigte. Man hat einen General zum Kriegsminister gemacht, der einer kosmopolitischen Sekte angehört und ihren Hauptern und Befehlen gehorcht. Aber unser Heer bleibt unerschütterlich. Selbst die Regierung hat es seiner Pflicht nicht abwendig machen können. Es ist an dem Präsidenten der Republik und den Ministern vorbeigezogen, ohne sich um sie zu kümmern. Es dient keiner Regierung, sondern Frankreich. Morgen werden wir die Bürgermeister sätten sehen, aber die Gabelarbeit im Tuileriengarten wird uns die Heerschaar von Amilly nicht vergessen lassen. Das wahre Frankreich war dort!“ „Gaulois“ teilt: „Loubet gannert den Nationalisten den Militarismus ab, wie sein Ministerium ihnen das Bürgermeister-Gastmahl abgegannt hat. Der hat das Heer an der Gurgel gepackt und dem Grobmeister der Freimaurerei unter die Fäße geworfen. Er mag heute seine Ansprachen im Maccaronistell verdickeligen, die Soldaten wird er nicht betrügen, sie fühlen, daß dieser Knirps von einem Rechtsanwalt für das Heer nichts übrig haben kann.“

Italien.

Der Friedensvertrag zwischen Italien und Aethiopien ist nunmehr unterzeichnet worden. Der König Menelik verzichtete auf das Gebiet nördlich vom Mareb gegen Bezahlung von drei Millionen Lire seitens Italiens; er erkennt den Mareb-Fluß als rechtsgültige Grenze an. —

Amerika.

Die Kämpfe auf den Philippinen scheinen wieder zu beginnen. Mac Arthur telegraphierte aus Manila vom 19. d. M., daß eine amerikanische Streitmacht 800 Aufständische in der Stellung bei Mabilac angegriffen hat. Nach einem großen Kampfe hätten sich die Amerikaner zurückgezogen, aber auch die Aufständischen hätten ihre Stellung am folgenden Tage geräumt. Die Verluste der Amerikaner betragen 24 Tote oder an den Wunden Verstorbene; die Aufständischen hätten 10 Tote und 21 Verwundete verloren. —

Afrika.

Vom Transvaal-Kriegsschauplatz liegen nur wenige Nachrichten vor, was nach Lage der Sache nur zu erklärlich ist. Die Boeren sind in die Berge zurückgedrängt, und ihre Zahl ist äußerst zusammengeschmolzen. Die noch kämpfenden Boeren stehen gegen-

wärtig auf Hügeln, die sich in der Richtung auf Komatipoort erstrecken, mit zwei Kanonen und 10 Mitrailleur in der Stärke von 3000 Mann unter den Generälen Bienen und Ghege. Aus Pretoria wird berichtet, es sei anzunehmen, daß die Boeren, während sie ihre „langen Toms“ und alle den Engländern abgenommenen Geschütze zerstört haben, ihre leichteren Geschütze behalten haben. Die Truppe von 700 Mann, die auf portugiesisches Gebiet übergetreten ist, besteht hauptsächlich aus fremden Kämpfern, die sich ohne Zweifel unter portugiesischen Schutz stellen möchten. Alles deutet darauf hin, daß der offizielle Krieg bald beendet sein wird; wenn aber Schall Bürger als stellvertretender Präsident nicht die Verantwortung für die Kapitulation übernehmen will, so ist aller Grund anzunehmen, daß der Guerillakrieg noch mehrere Monate fort-dauert. Trifft die offizielle Kapitulation ein, so können die Engländer die Guerillakämpfer als Räuber behandeln; andernfalls aber müssen sie diese als rechtmäßige Kriegspartei behandeln.

Die Vorkstellungen der europäischen Mächte bei der englischen Regierung wegen der Androhung einer großen Zahl ihrer Staatsangehörigen scheint die Veranlassung folgender Depesche Lord Roberts gewesen zu sein: Am 14. Juli mittags kamen die Konsuln von Deutschland, Frankreich, Schweden und Amerika, von deren Staatsangehörigen einige verhaftet worden waren, zu dem Kommissar der Staatspolizei. Jedem Konsul wurde der Teilbestand in den betreffenden Fällen übergeben und die Konsuln gaben ihrer völligen Zustimmung zu den gethanen Schritten Ausdruck und versprochen jegliche Unterstützung. Zwischen 400 und 500 Verhaftungen wurden vorgenommen, 75 Personen jedoch wieder entlassen, da die Konsuln sich für sie verbürgten. Ich befehle die Deportierung aller derjenigen verhafteten Fremden, für deren Verhalten die Konsuln keine Bürgschaft leisten wollten, und der Angestellten der Niederländischen Eisenbahngesellschaft. Es wurden sehr wenige Ausländer aus Südafrika deportiert. Ich werde eine vollständige Liste derselben senden, sobald dieselbe fertiggestellt ist.

Witterweise bereitet man sich in England vor, den Bezwingen der Boeren bei seiner Landung mit allen Ehren zu empfangen. Lord Roberts wird bei seiner Ankunft in Portmouth ein Ehren-degen überreicht werden. Die Regierung erlaubte ihm, unter der Vorbedingung nach England zurück zu kehren, daß die augenblickliche Lage dies gestattet.

Gegen Chamberlain veröffentlicht der „Morning Leader“ einen neuen Angriff. Das Blatt behauptet, daß eine Birminghamer Firma, Hoskins u. Sons, sich selbst als Marinelieferanten bezeichnet und daß fast alle Aktien der Gesellschaft sich in den Händen der nächsten Verwandten des Kolonialsekretärs befinden. Nach der veröffentlichten Liste gehören von den 7298 5 Pf.-Aktien 2000 der Gemahlin des Kolonialsekretärs. Einer seiner Söhne besitzt 4000, der andere 600, eine der Töchter 100 und die andere 200. 400 gehören dem Manager der Firma und 85 verschiedenen kleinen Leuten zusammen. Dazu kommt, daß einer der Söhne des Ministers nicht nur Mitglied des Parlaments, sondern einer der Civil-Lords der Admiralität ist und daß die Verbindung der Familie Chamberlain erst seit dem Jahre 1897 her datiert. Dazu bemerkt die „Westminster Gazette“, daß es wirklich schwer sei, die Geschichte zu glauben. Es scheint aber, daß die Tatsachen keinen Zweifel zuliegen. Das Blatt fährt dann fort: „Es ist klar, daß Mr. Austen Chamberlain, der jüngere Sohn des Ministers, nicht zugleich Sekretär der Admiralität sein und zu einer Firma gehören sollte, die für die Admiralität liefert. Daß das doch der Fall ist und daß diese Verbindung noch dazu während seiner Amtszeit begann, zeigt nur zu deutlich, wie lag derartige Sachen von der gegenwärtigen Regierung behandelt werden.“

Die Proklamation, in welcher die Regierung der Südafrikanischen Republik den Boeren die Abreise des Präsidenten mitteilt, lautet dem „Daily Telegraph“ zufolge: „Da das hohe Alter Seiner Ehrenwürden des Präsidenten demselben es unmöglich macht, den Kommandos zu folgen und da der Exekutiv-Rat davon überzeugt ist, daß die früheren Verdienste Sr. Ehrenwürden noch im Interesse des Landes und der Nation benutzt werden können, so hat er beschloffen, Sr. Ehrenwürden einen Urlaub von sechs Monaten zu einem Besuch Europas zu gewähren, um dort ihre Sache zu fördern und ich, Schall Bürger, will dem Gesetz entsprechend seine Stelle einnehmen. (Sg. Bürger, Vizepräsident. J. W. Reiz, Staatssekretär. Regierungsbureau Respruit, 10. September.“

Präsident Krüger ist nunmehr fest entschlossen, Afrika zu verlassen. Er hat das Anerbieten Hollands, auf einem holländischen Kriegsschiff nach Europa zu kommen, angenommen. —

Partei-Nachrichten.

Zur Alkoholfrage. Wir werden um Aufnahme des Nachstehenden gebeten: Nach Ablehnung des Kölner Antrags, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitag zu setzen, vereinigten sich in Mainz eine Anzahl von Genossen und Genossinnen, um sich über die weitere Behandlung der Frage schlüssig zu werden. Man war allgemein der Anschauung, daß die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs von Seiten der Partei nicht überlassen werden dürfe und daß man dafür sorgen müsse, daß der Parteitag zu der Frage Stellung nehme. Nur Genossin Braun-Altenberg war der Meinung, daß die Partei als solche sich mit der Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs nicht zu beschäftigen habe. Er beantragte, dafür zu sorgen, daß in der Presse und den Vereinen auf die Schädlichkeit des Alkoholmissbrauchs hingewiesen, aber von dem Bestreben, die Frage auf dem Parteitag zu behandeln abgesehen werde. Der erste Abtag des Antrags wurde genehmigt, der zweite abgelehnt. Dagegen wurde der Antrag Braun-Altenberg angenommen, daß der Parteitag, der Parteitag solle sich mit der Alkoholfrage beschäftigen, das nächste Jahr wiederholt und bis zum nächsten Parteitag lebhaft dafür agitiert werden solle. Genossin Ulrich-Stuttgart erklärte sich bereit, die Presse und die Redner mit Material zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs zu versehen und auf alle Anfragen betreffs der Alkoholfrage Auskunft zu geben. Die Adresse des Genossen Ulrich ist Stuttgart, Reinsburgstraße 43.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Wegen verspäteter Aufnahme einer Verurteilung ist der verantwortliche Redakteur der „Rheinisch-Westf. Arbeiter-Zeitung“, Genosse Bredenbeck in Dortmund, von der dortigen Strafkammer als Verurteilungsinstant zu 10 M. Geldstrafe verurteilt worden. Vom Schöffengericht war er zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden. Bredenbeck hatte die Verurteilung anfangs gar nicht bringen wollen, weil sie nicht den pressgesetzlichen Vorschriften entsprach. Schließlich hatte er sie aber aus Loyalität nach fünf Tagen doch noch gebracht.

Das Gericht erkannte in der Urteilsbegründung an, daß die Verurteilung nicht in allen Punkten dem Pressgesetz entsprechen habe. Um so unerklärlicher ist deshalb die Bestrafung. Es kann einem Redakteur nicht zugemutet werden, eine über den Rahmen der gesetzlichen Vorschriften hinausgehende Verurteilung aufzunehmen und ebensowenig kann ihm zugemutet werden, durch Änderungen an einer Verurteilung die Uebereinstimmung mit dem Gesetze herbeizuführen.

— Konfiziert wurde die Nr. 217 der „Schwäbischen Tagwacht“ in einem Artikel, der sich mit dem persönlichen Regiment im Reich und mit der Einheitspolitik beschäftigt, soll eine Majestätsbeleidigung enthalten sein.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Buchbinder.

Die Berliner Lohnkommission hat gestern ein Circular an die Prinzipale verfaßt, in dem um Erhöhung der zu niedrigen Lohn-

positionen ersucht wird. Es ist im Interesse des gesamten Buchgewerks zu wünschen, daß auf dieser Grundlage ein befriedigender Vergleich zu Stande kommt.

Es mag in Leipzig und Stuttgart, den beiden Städten, in denen die Buchindustrie den Hauptzweig bildet, möglich sein, an niedrigeren Preisen festzuhalten. In Berlin aber, wo in so vielen Industrien weibliche Arbeitskräfte verlangt werden und oft auch bessere Bezahlung erlangen, ist ein höherer Lohn gerechtfertigt. Es wäre zu wünschen, daß die Fabrikanten durch Jugeländnisse nach der Richtung hin die Differenzen auch in Berlin beseitigen.

In der verlorenen Zeit, in der die „Vossische“ die Arbeiterbewegung unterzubringen pflegt, ist zu lesen, daß Bergmann und Dietrich-Stuttgart sich gegen die Vereinbarungen gewendet hätten. Das ist ein Irrtum. Die hiesigen Leiter der Bewegung haben sich in dieser Versammlung prinzipiell jeder Beeinflussung der Entscheidung enthalten. Dagegen ist der Verbandsvorsitzende seinen Verpflichtungen entsprechend für die Vereinbarungen eingetreten.

Der Ausstand der Berliner Glaser. Die 200 im Ausstand befindlichen Glaser waren Freitagvormittag versammelt, um den Bericht über den Stand der Lohnbewegung entgegenzunehmen. Da schon mehrere schriftliche Bewilligungen eingegangen sind, und die Konjunktur eine gute ist, so sieht zu erwarten, daß der Ausstand durch Anerkennung der Forderungen in kürzester Zeit beendet werden wird. Von einer Unterfertigung wurde in der ersten Woche abgesehen und wurden die jüngeren Kollegen aufgefordert, Berlin möglichst zu verlassen.

Die hiesigen Bauhandwerker wurden gebeten, die noch arbeitenden Glaser auf die Lohnbewegung aufmerksam zu machen. Die Arbeitsberechtigungskarten sind grau mit rotem Schild. (Siehe Inserat.)

Zur Lohnbewegung der Glaser. Auf dem Bau Tisch, Leipzigerstraße, werden Glaserarbeiten von den Tischlern und Schloßern ausgeführt. Die Glaser erwarten, daß die Solidarität der Bauhandwerker dahin geht, derartige Arbeiten im Interesse der Lohnbewegung abzuweisen. Die Streikkommission.

Beim Rixdorfer Gewerkschaftskartell gingen folgende Verträge ein:

Für die Tabakarbeiter in Finsterwalde: vom Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Rixdorf 50.—, Centralverband der Zimmerer, Zahlstelle Rixdorf 20.—, Wöhe Nr. 268 9,25, 259 6,55, 261 7,55, 262 9,10, 263 3.—, 264 4,20, 265 3,60, 266 9,20, 268 1,70, 269 11.—, 270 4,60, 271 3.—, 272 8,45, 273 3,10, 274 5,20, 275 12,25, 276 5,30, 277 8,80, 279 9,40, 280 6,45, 281 27,10, 283 3,80.

Für die Buchener Tischler: Tischlerei Kämling, Berlin, Pagelsbergstraße 62 (Hierprojente) 15.—.

Weitere Beiträge nimmt entgegen Aug. Kierich, Rixdorf, Steinmeyerstr. 85.

Deutsches Reich.

Der Hamburger Friedensschluß. den wir gestern meldeten, scheint sich nicht ohne Weiteres realisieren zu lassen. Man telegraphiert uns nämlich aus Hamburg: In Sachen der Bewegung der Werftarbeiter herrscht große Unklarheit, weil einander folgende Versammlungen Beschlüsse vorbegehender annullierten. Ob morgen die Arbeit aufgenommen, ist deshalb sehr fraglich, die endgültige Entscheidung steht aus.

Auf den Mainzer Lederwerken ist der Streik durch folgenden Vermittlungsvorschlag des Provinzialdirektors v. Gager n beigelegt: Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit ab 1. April 1901 eventuell schon früher; 10 prozentige Lohnerhöhung für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit; Erhaltung der Rechte der Arbeiter an die Pensionkasse; Auszahlung des rückständigen (nach der Arbeitsordnung verfallenen) Wochenlohns nach 14 Tagen und Wiederzahlung desselben in zwölf Raten (Hr. v. Gager n hofft es noch zu erreichen, daß dieser Wochenlohn in Gestalt einer Weihnachtsg Gratifikation zurückbezahlt werde); Wahl eines Arbeiterausschusses, zu dem auch die Arbeiterinnen wahlberechtigt seien; schließlich Wiedereinstellung sämtlicher im Streik getretenen Arbeiter.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, in den Krinshallen, Kommandantenstr. 20. 1. Vorlesung. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Gesellschaftliches Beisammensein. Um recht zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Soziale Rechtspflege.

Gerabekung der Unfallrente. Der Tischler Andro erhält infolge eines Betriebsunfalls eine Unfallrente, zuletzt von 20 Proz. Ihm fehlt an der linken Hand vom Ringfinger das Endglied und vom rechten Finger das Endglied und ein Teil des Mittelglieds. Im Jahre 1899 setzte die Norddeutsche Holz-Verwertungsgesellschaft auf Grund eines ärztlichen Gutachtens die Rente auf 10 Proz. herab. Das Schiedsgericht verurteilte sie dann jedoch zur Weitergewährung der 20 Prozent. Rummel legte die Genossenschaftskassensache ein und ihr Vertreter machte vor dem Reichs-Versicherungssankt geltend, daß entschieden eine wesentliche Besserung vorläge. Aus den Lohnnachweisungen wies er nach, daß A. bei seinem Arbeitgeber in den Jahren 1898 und 1899 mit die höchsten Verdienste erzielt habe. Der Kläger betonte demgegenüber folgendes. Der fragliche Betrieb sei einer der besten. Ohne die Mithilfe seines Kollegen Sch., mit dem er gemeinsam in Accord arbeitete, hätte er dort die Arbeit nicht leisten können, die verlangt werde. Sch. nehme ihm die schweren und gewöhnlichen Arbeiten ab; während er die feineren mache. Sch. sei in seiner Art eine tüchtige Kraft, so daß dieses Zusammenarbeiten vorteilhaft gewesen sei. Auch wäre in jener Zeit ein ausnahmweise guter Accord, dessen Ausführung 1/4 Jahr in Anspruch nahm, vorgekommen. Die hohen Verdienste seien also durchaus nicht auf eine Besserung seiner allgemeinen Erwerbsfähigkeit zurückzuführen, sondern die Folge besonderer Umstände. Wenn er allein arbeiten müßte, würde sich das sofort zeigen. — Das Reichs-Versicherungssankt hob aber democh die Vorentscheidung auf und stellte den Gerabekungsbescheid der Berufungsgesellschaft wieder her. Begründend wurde ausgeführt: Es käme in Betracht, daß die 20 Proz. dem Verletzten bereits im Jahre 1892 zugesprochen worden seien, und zwar auf Grund eines Urteils, das 15 Proz. für angemessen erklärte. Seitdem seien Jahre vergangen und die verurteilte Hand habe sich an die Arbeit „gewöhnt“. Schon aus dieser Erwägung heraus wäre eine wesentliche Besserung anzunehmen, ganz abgesehen davon, daß nach dem Gutachten des Sanitätsrats Bruffatis vom Jahr 1899 die Entfernungen der eingeschlagenen Finger nicht mehr so groß seien wie früher und das Schwingen der Hand vollständig aufgehört habe. Jeht Prozent seien jetzt angemessen. Die Lohnbezüge sprächen auch gegen eine höhere Beschränkung der Erwerbsfähigkeit. Und wie die Verhandlung ergeben habe, sei gerade Kläger als besonders qualifizierter Arbeiter im Stande, mit andern nicht so tüchtigen, aber kräftigeren Leuten zusammen zu arbeiten und so die mangelnde rechte Kraft wieder zu ersetzen.

Geriichts-Beitrag.

Strafbare Geselligkeit. In der Wohnung des Zimmermanns Kandelbacher in einem Orte bei Gumbinnen hatten sich eines Abends 12 Männer zwanglos unterhalten. Die Polizeibehörde witterte eine sozialdemokratische, also eine politische Versammlung und die Staatsanwaltschaft griff diesen Gedanken auf. Es zeigte einige Anklagen wegen Vergehens gegen die Bestimmungen des Vereinsgesetzes, die die Anmeldung solcher Versammlungen, welche auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wollen, vorschreiben und die bekannten Strafvorschriften enthalten. Kandelbacher wurde haftbar gemacht, weil er in seiner

Wohnstube den Platz für die angeblühte Versammlung hergegeben habe. Er bestreite dagegen ganz entschieden, daß eine Versammlung bei ihm gewesen sei. Er habe lediglich einige Bekannte zur Feier des Geburtstags seiner Frau eingeladen gehabt und gestattet, daß diese ihrerseits einen guten Freund mitbrächten. Als etwa 12 Personen zusammenkamen, sei ihm das selber zuviel gewesen und er habe gesagt: Kinder, hier ist aber keine Versammlung. Die Leute hätten sich dann gruppenweise unterhalten. Besonders wären Jugenderinnerungen ausgetauscht und auch Witze erzählt worden. Verschiedene der Gäste des Beschludigten wurden als Zeugen vernommen. Sie bekundeten im wesentlichen über das Zusammensein und die Unterhaltung nichts anderes, als was K. behauptet hatte. Festgestellt wurde nur noch, daß einige sozialdemokratische Zeitungen — „Feldpost“ und „Tribüne“ — sowie ein konservatives Blatt auf dem Tisch lagen. — Man sollte ohne weiteres bei diesem Ergebnis der Weisungsaufnahme auf eine Freisprechung schließen können. Das Landgericht zu Jüterbog verurteilte jedoch den Angekludigten zu einer Geldstrafe. Aus der merkwürdigen Urteilsbegründung sei folgendes hervorgehoben: Die Anklage K. sei offenbar nur gethan, um eventuell als Entlastungsmoment benutzt zu werden, und diesem Zweck habe augenscheinlich auch die Auslegung eines konservativen Blattes neben sozialdemokratischen Schriften dienen sollen. Unerheblich sei, ob eine Organisation und eine Leitung vorhanden gewesen wäre oder nicht, denn eine Versammlung liege schon vor, wenn eine Mehrzahl von Personen zu einem bestimmten Zwecke an einem bestimmten Orte zusammenkomme. — Der Angeklagte legte Revision ein. Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht forderte die Verurteilung des Angeklagten, obwohl er sich gezwungen sah, selber zu erklären, daß er weit davon entfernt sei, das landgerichtliche Urteil mit seinen tatsächlichen Feststellungen als das Muster eines Urteils anzusehen. Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf denn auch die Revision mit der Begründung, die tatsächliche Feststellung und das Urteil des Landgerichts liegen keinen Rechtsirrthum erkennen.

Versammlungen.

Mit der Kohlensteuerung beschäftigte sich am Donnerstag eine Versammlung des Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden. Der Referent, Redacteur Böschl, führte aus: Der gegenwärtige Kohlenmangel habe seine Ursache in übermäßigem Export und nicht genügender Förderung deutscher Kohle. An den hohen Kohlenpreisen tragen deshalb die Grubenbesitzer einen Teil der Schuld, weil sie so unparitätisch sind, einheimische Kohle zu exportieren, während die inländischen Gewerbetreibenden unter dem Kohlenmangel leiden. Die Hauptschuld an dem gegenwärtigen Kohlenmangel tragen aber die Kohlen-Großhändler, denn sie haben den Kohlenmangel zu einer ganz ungerechtfertigten Steigerung der Preise benutzt. Mit dem Kohlenmangel werde es aber bald ein Ende haben, denn den Grubenbesitzern ständen jetzt Arbeiter genug zur Verfügung, sie könnten deshalb die Förderung erhöhen, und sie wären thöricht, wenn sie es nicht thun würden. Mit der erhöhten Kohlenförderung würden auch die Preise wieder sinken. Der gegenwärtige hohe Preisstand erkläre sich auch zum Teil aus der „Kohlenangst“ der Konsumenten, die, als die Preissteigerung einsetzte, auch fürcht vor weiteren Preissteigerungen ihren Bedarf an Kohle schon im Voraus zu decken suchten. Diese Angst werde durch eine Notiz im Handels- und Gewerbeblatt, „Frank. Hg.“ bestätigt, welche sagt, daß die Nachfrage nach Kohle zur Zeit größer sei als der Bedarf. — Als Abwehrmittel gegen den Kohlenmangel empfahl der Referent folgendes: Die Regierung müsse veranlaßt werden, Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, dem Kohlenmangel zu steuern. Die Einführung des Kohlenzolltarifs für ausländische Kohle genüge nicht, es müsse, wenn nicht ein Verbot, so doch eine erhebliche Beschränkung der Ausfuhr einheimischer Kohle greifen. Ferner müsse der Kohlenhandel möglichst ausgeschaltet werden, indem sich Vereinigungen von Verkäufern — aber nicht Genossenschaften — zum gemeinsamen direkten Bezug von Kohlen bilden, und die staatlichen Gruben veranlaßt werden, in erster Linie mit solchen Vereinigungen und auch mit Kleinhändlern ebenso günstige Lieferungsverträge abzuschließen wie mit den Großhändlern. Ferner sei im Princip die Verstaatlichung der Kohlen-Bergwerke anzustreben. Nach einer längeren Diskussion wurde eine Resolution angenommen, die sich mit den Ausführungen des Referenten deckt.

Dann wurde noch zwei anderen Resolutionen zugestimmt. Die eine protestiert gegen das Verhalten des Magistrats in der Gasfrage und fordert die Einführung eines einheitlichen Gaspreises von 10 Pf. — Die dritte Resolution verlangt von der Stadtverwaltung, daß sie dafür Sorge trage, daß in erster Linie die Berliner Bürger von den Gasanstalten Coals in kleineren Mengen beziehen können.

Der sozialdemokratische Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Donnerstagabend eine Versammlung ab, in welcher der Parteigenosse Robert Schmidt über „Politische Tagesfragen“ sprach. Der Referent führte ungefähr aus: Im Vordergrund aller politischen Tagesfragen siehe jetzt die Frage der China- und der Kolonialpolitik. Besonders seit dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers mache sich ein überaus starkes Streben bemerkbar, gerichtet liegende Kolonialgebiete, die nicht den geringsten Wert hätten, weil sie unter Breitenstrichen liegen, die sie zu europäischer Besiedelung ungeeignet machen, unter deutschen Einfluß zu bringen. Der Redner, der den innigen Zusammenhang der maritimen Rüstungen mit den kolonialen Erwerbungen betonte, wies letztere wieder neue Rüstungen erforderlich machen, sagte weiter, die Kolonialpolitik dürfe man nicht ausschließlich als aus persönlichen Einflüssen hervorgegangen ansehen, sondern als eine Erscheinung der kapitalistischen Entwicklung. Die Bourgeoisie ist bestrebt, für ihre überschüssigen Kapitalien nutzbringende Anlagen zu suchen. Redner geißelte die Freigabe der bürgerlichen Parteien und der liberalen Presse, die nicht den Mut findet, diese Abenteuerpolitik und gegen die Art der Kriegsführung Protest zu erheben. Zum Schluß kam Redner dann auf die Kohlensteuerungen, Preissteigerungen, auf die abklingende Konjunktur und auf die Bestrafung ländlicher Arbeiter wegen Kontraktbruch zu sprechen. Von einer Diskussion über den Vortrag wurde abgesehen. Unter Vereinsangelegenheiten wurde bekannt gegeben, daß am 10. November im Schweizer-Garten das Stiftungsfest und, da es nicht früher möglich ist, am 27. Januar n. J. ein Besuch der Urania stattfinden.

Eine sehr ausgedehnte, teilweise sehr erregte Diskussion entspann sich über die Angelegenheit Lange, des früheren Vertrauensmanns des V. Kreises. Lange wird beschuldigt, mit einem Beamten der politischen Polizei einen Verkehr gepflegt zu haben, der als sehr compromittierend angesehen wird. Die einen wollten das nur als eine Dummheit und als Fahrlässigkeit angesehen wissen, die Mehrheit aber war der Meinung, daß Lange von bösen Absichten geleitet worden ist. Der Vorstand, unter Einziehung der aus öffentlichen Kreisen hervorgegangenen Personen, hatte vorgeschlagen, Lange für unfähig zu erklären, fernerhin öffentlichen Kreisen im Wahlkreis zu befehlen. Es wurde aber aus der Mitte der Versammlung ein Antrag eingebracht, und gegen eine geringe Widerheit angenommen, welcher den Ausschluß L.'s beschließt. Der angenommene Antrag lautet:

„Ich stelle den Antrag, den Genossen Karl Lange auf Grund der Vorkommnisse wegen Spitzelerei aus dem sozialdemokratischen Wahlkreis des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises auszuschließen.“

Die Stuccateure hielten am 17. d. M. eine Mitglieder-Versammlung ab, in der Paul Pawlowitsch über: Das Proletariat und die bürgerliche Presse sprach. Im Gewerkschaftlichen wurde über Potsdamer Arbeitsangelegenheiten debattiert und der Lohnkommission der Auftrag gegeben, die vorgebrachten Fälle zu untersuchen.

Die in Stoff-, Schirm- und Cellulosewaren-Fabriken beschäftigten Arbeiter nahmen in einer Versammlung, die am

19. d. M. tagte, den Bericht der Agitationskommission entgegen. Kunde bemerkte, daß während der Thätigkeit der jetzigen Agitationskommission und seiner Thätigkeit als Vertrauensmann weniger öffentlich gearbeitet, dagegen die ganze Kraft auf die Kleinarbeit der Werkstattstiftungen gelegt worden sei, wodurch auch sehr gute Erfolge erzielt wurden. In der Zeit der Thätigkeit haben 81 Werkstattstiftungen stattgefunden, bei Antritt des Amtes seien 150 Kollegen im Verband der Stodarbeiter gewesen, jetzt nach einem Jahr aber über 400. Mehrere Werkstattstiftungen sind durch Unterhandlung mit dem Unternehmertum zur Zufriedenheit der Kollegen beigelegt, zum 1. Mai hatten die Arbeiter, 80 an der Zahl, wegen Feiern ausgeparkt, worauf die Arbeiter mit der Forderung des Minimallohns, 25 Proz. Aufschlag für Ueberstunden und Freigabe des 1. Mai als Feiertag antworteten und durch Unterhandlung auch durchsahen. Gelder hätte der Vertrauensmann weiter nicht zur Verfügung gehabt als 58,98 Mark von Teller-Versammlungen und 30 Mark vom Vorstand des Stodarbeiter-Verbands; diese Summe sei aber im Lauf des Jahres aufgebraucht; im großen und ganzen könne man mit dem verflochtenen Jahr zufrieden sein, es wäre zwar noch sehr viel zu thun, aber mit Unterstützung der Kollegen und durch Einigkeit in ihren Reihen würde man im Stande sein, aus dem Verband einen Machtfaktor zu machen, mit dem das Unternehmertum zu rechnen habe. In der Diskussion drückten die Kollegen ihre Zufriedenheit mit der Arbeit des Vertrauensmanns aus und regten die Wahl von vier Bezirksführern an, um dadurch den Vertrauensmann etwas zu entlasten, auch in der Geldfrage sollte eine Regelung geschaffen werden. Daraufhin wurde folgender Antrag einstimmig angenommen. Die Versammlung beschließt, betreffs Regelung der Agitation folgendes: Die Agitationskommission besteht aus 4 Bezirksführern sowie dem Vertrauensmann. Aus dem Streikfonds werden zur Deckung der Agitationskosten 10 Proz. der laufenden Einnahmen dem Vertrauensmann überwiesen.

Zum Vertrauensmann wurde Kunde wiedergewählt, zu Bezirksführern Jörn, Wäber, Giffel und Eichelberger. Den Bericht über die Lohnstatistik gab Jörn. Redner beklagte sich, daß nicht alle Kollegen sich an der Aufnahme beteiligten, sondern durch nichtige Gründe davon fernblieben. Das Resultat der Erhebung sei folgendes: Fragebogen seien 859 ausgegeben, beantwortet 257. Danach sind annähernd 240—250 gewerkschaftlich und 40—50 politisch organisiert. Ein Teil der Kollegen arbeite in Lohn, der größte Teil in Accord. Der Stundenlohn schwankte zwischen 40 und 50 Pf. Durchschnitts- Wochenverdienst sei 23,50 M. Im Accord würden Löhne von 21, 24, 27 M. verdient; einige hätten 30, 34 und 36 M. die Woche. Die familiären Verhältnisse lassen viel zu wünschen übrig. Besonders das Aussehen und Äußere sind in schlechtem Zustande. In einer Fabrik hatten sich die Kollegen ein Seil an der Drehtisch befestigt, um bei Feuersgefahr sich durchs Fenster retten zu können, indem der Gang nach der Thür zu eng sei, Cellulose in der Werkstatt lagere und kein Wassereimer zum Löschen vorhanden sei. Nach Aufnahme der Statistik habe man Eimer angeschafft. Die Wohnungsverhältnisse seien zum größten Teil schlecht, indem die Arbeiter sich durch Kobermieten durchschlagen müßten. Nach einer kurzen Diskussion über den Bericht schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Appell an die Anwesenden, für die Organisation eifrig zu wirken.

Die Wollschuhmacher tagten am 19. d. M. in dem Lokal von Hohrecht. Nach einem mit Beifall aufgenommenen Vortrag des Kollegen Weber über die Schäden der Hausindustrie erging sich die Versammlung in einer längeren lebhaften Diskussion über die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Wollschuhmacher. In der Wollschuhfabrik von Kordbeimer wurde in jüngster Zeit abermals veräußert, Lohnreduktionen durchzuführen. Diefelben scheiterten jedoch an dem festen Auftreten der Arbeiter. Von allen Diskussionen redner wurde anerkannt, daß die Abstellung der gegenwärtigen Verhältnisse und eine den jetzigen Verhältnissen entsprechende allgemeine Lohnforderung nur durch eine starke Organisation erreicht werden kann. Erfolgreichere hat die Organisation unter den Wollschuhmachern gute Fortschritte gemacht und sieht zu erwarten, daß in absehbarer Zeit dieselbe den ihr gebührenden Platz einnehmen dürfte.

In einer Versammlung der Bergolder sprach am 17. September Herr Prof. Paul J. über das Thema: „Der Nord im Dienste der Wissenschaft“. (Giviseltion an Menschen und Tieren.) Dem interessanten Vortrag folgte eine kurze Diskussion, worauf zur Besprechung der Vereinsangelegenheiten übergegangen wurde. Der Antrag Langner auf Einführung eines Lokalausschlags wurde bis auf eine geeignete Zeit vertagt. Das Sommerfest ergab einen Ueberschuß von 75,25 M.

Die Kürschner nahmen in einer Versammlung am 17. d. M. einen Bericht über die Thätigkeit der Gewerbegerichtsbeisitzer entgegen. Sodann erklärte sich die Versammlung mit der Verlegung des internationalen Bureaus nach Hamburg einverstanden.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Strawattenbranche hielten am 19. d. M. eine gutbesuchte Mitglieder-Versammlung ab. Frau Dr. Wehl referierte über das Thema: Proletariat und Kinder. Dem interessanten Vortrag folgte eine kurze, der Vortragenden zustimmende Diskussion. Unter Vereinsangelegenheiten wurde lebhaft über die Saumlässigkeit der Mitglieder und die Beitragsrückzahlung diskutiert. Alle Mitglieder, welche ihre Wohnung verändern, werden gebeten, dies dem Schriftführer H. Gue, Löwest. 11, anzuzeigen. Nach Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung an alle Anwesenden, für die nahe bevorstehenden öffentlichen Versammlungen rege zu agitieren.

Im Verband der Graveure und Eiseleure sprach am 18. September Herr W. A. über die sozialpolitische Gesetzgebung. Redner erklärte besonders eingehend die neuen Bestimmungen des Unfall- und des Alters- und Invalidengesetzes. Der Vorsitzende machte bekannt, daß das Mitglied Rudolf Hahn, Eiseleur, laut Vorstandsbefehl aus dem Verband ausgeschlossen ist.

Der Holzarbeiterverband hielt am 19. September eine Vertrauensmänner-Versammlung im Gewerkschaftshause ab. Kunde referierte über den Juningstag in Bielefeld. Redner gab einen Rückblick über die Fragen, welche die Juningmeister auf den früheren Verbandstagen beraten haben. Wäber gelang es den Herren nie, ihre Beschlüsse richtig durchzuführen, weil der Individualismus zu groß war. Jetzt ist ihnen die Regierung mit dem neuen Juninggesetz zu Hilfe gekommen. Die Tischler-Junungen glauben, nunmehr sei der Zeitpunkt gekommen, wo sie einen großen Arbeiter-Verband ins Leben rufen können. Redner schildert ausführlich die Vorerwartungen, welche die Meister im verflochtenen Jahre gepflogen haben und geht dann des näheren auf die Bedeutung der Unternehmerr-Organisationen ein. Zum Schluß beleuchtete Redner noch die Debatten der Juningmeister über die Krankenlaffen, die Lehrlingsausbildung und die erwünschten Einfuhrzölle für ausländische Tischlerarbeiten. Im Berichteten giebt Wäber einen Bericht über den Streik der Baudreher, der erfolgreich zu Ende geführt wurde. Nach berichtet über Werkstattstreiks und Differenzen. Zu erwähnen sind davon der Streik der Kordmacher bei der Firma Schmidt in der Dreddenersstraße und die Hobeigeldfrage der Bausticker, welche endgültig erledigt werden konnte. Die Preisabelle ist gedruckt worden und wird auf dem Arbeitsnachweis an die Kollegen der Baubranche abgegeben.

Berichtigung. In dem Versammlungsbericht des Verbands der Tapezierer (Fikale Nord) in gestriger Nummer haben sich einige Unrichtigkeiten eingeschlichen.

I. muß es heißen: Bei Ferd. Voigt u. Pfaff ist der 60 Pf.-Stundenlohn bewilligt, jedoch finden noch Unterhandlungen betreffs der einzelnen Accordpreise statt.

II. Bei anderen Firmen wie Spinn u. Renke, Gerson u. — muß es heißen: Spinn u. Renke, Gergeler u. und nicht Gerson.

Brief. Am 14. d. M. fand hier eine Mitglieder-Versammlung des Volksbildungs-Vereins statt, in welcher der Genosse

Bach über: Die Voraussetzungen des Socialismus referierte. In der Diskussion wiesen die Genossen S. A. und G. u. H. auf das Konsumgenossenschaftswesen hin, und ist letzterer der Meinung, daß die Arbeiterschaft sich schon heute teilweise mit dem Konsumgenossenschaftswesen vertraut mache. Einmal, um sich praktisch zu betätigen; zweitens, um dem Betrug der Zwischenhändler einen Damm zu setzen. Nur als Mittelmittel soll es kein Arbeiter betrachten.

Rixdorf. In der Versammlung des Vereins „Vorwärts“ sprach Genosse Paul Jahn über „Humanität und Gewaltpolitik“. Redner schilderte in interessanter Weise, wie schon im Altertum die größten Gewaltthaten unter dem Banner der Humanität ausgeführt wurden. Er erinnerte z. B. an die Verbreitung des Christentums, das, nachdem es zur Macht gelangt war, die größten Gewaltthaten — Sklaventum, Herzensverrennungsgroßesse usw. — beging. Er kam dann auf die gegenwärtige Gewaltpolitik zu sprechen, die von den sogenannten Kulturvölkern in China getrieben wird, und bemerkte dabei: „Die Kultur“, die der Kronprinz von Siam auf der Pariser Weltausstellung sehr treffend charakterisierte, indem er sagte: „Die Abendländer geben dem Volke nur die Kultur und Freiheit, bei fleißiger Arbeit verzehngen zu dürfen.“ kam nur durch Verwirklichung der sozialdemokratischen Ideen aus der Welt geschafft werden.“

Schmargendorf. In der Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins sprach Genosse Wille über Arbeiter-Erziehung. In großen Zügen gab der Vortragende ein Bild der Entwicklung des Handwerks zur kapitalistischen Produktionsweise und schilderte die Verhältnisse der Arbeiter zur Verbesserung und zum Schutz ihrer Lage. Zur Verteilung gelangte sodann die Broschüre: „Welpolitik“ von Liebnicht.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 23. Septbr., vorm. 8 1/2 Uhr, im oberen Saal des „Englischen Gartens“, Alexanderstr. 270: Versammlung „Freireligiöse Vorträge“. — Um 10 1/2 Uhr vorm. ebendasselbst: Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Wehrle: „Hundert Jahre Zeitgeist“. — Wäber, Damen und Herren, sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. H. 19, Hamburg, Fikale Berlin 5). Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 22. September cr., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Schiller, Rosenfelderstr. 57. — Fikale Charlottenburg. Am Sonntag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Leder, Bismarckstr. 74: Mitglieder-Versammlung. — Fikale Rixdorf. Am Sonntag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Preßler, Fietzenstr. 89: Versammlung. Tischlerverein. Heute abends 8 1/2 Uhr, Melatorstraße 15: Versammlung.

Resultat der Berliner Gewerbegerichts-Wahlen.

In den 16 Wahlbezirken, in denen heute die Wähler der Arbeiter zu wählen waren, ging überall die sozialdemokratische Liste durch.

Socialdemokratische Arbeitgeber wurden gewählt im 31., 43. und 46. Wahlbezirk, während im 37. und 40. Wahlbezirk die freiwirtschaftliche Liste siegte und im 31. Bezirk eine Stichwahl stattfanden hat.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

China. Wien, 21. September. (W. T. B.) Das Geschwaderkommando für Ostasien telegraphiert: Linienschiffskapitän Schusterlich mit einem Stabesoffizier von Tientsin und der Flaggenwache von Taku, zusammen ein Offizier, drei Seeladetten und 15 Mann, nahmen mit deutschen und russischen Truppen am 20. September das Südfort von Peking ein. Gleichzeitig mit der deutschen Flotte wurde auf dem eroberten Fort über dem Hauptthor unsere Flagge gehißt. Später eroberten die Russen zwei Geschütze und eine Minenzünderkation. Das zur Verstärkung nachrückende Detachement stieß nach Ueberholung des ersten deutschen ostasiatischen Regiments auf vier Fußmännern. Auf Seiten der Ostreicher wurde ein Seeladett getötet, ein Linienschiff-Führer und ein Seeladett leicht verwundet, 12 Mann verwundet, davon die meisten schwer.

Washington, 21. September. (Telegramm des Reuterschen Bureaus.) General Chaffee telegraphiert aus Peking von vorgelegt: Die Expedition Wilson ist hierher zurückgekehrt, nachdem sie ohne alle Verluste ihren Zweck vollkommen erreicht hat. Die Eskadron Horjichs, welche 40 Meilen weit nach Nordosten vorgedrungen war, um chinesische Christen zu befreien, ist mit 14 derselben hierher zurückgekehrt. Das Land in der Umgebung Peking's wird täglich friedlicher, soweit unsere Expeditionen das beurteilen können. Der Kommissar Rodhill ist hier eingetroffen.

Washington, 21. September. (Telegramm des Reuterschen Bureaus.) An amtlicher Stelle wird erklärt, daß der russische Vorschlag betreffend die Zurückziehung der internationalen Truppen aus Peking noch immer so bestehe, wie er zuerst gemacht sei.

Washington, 21. September. (W. T. B.) Nach der heutigen Kabinettsitzung verläutete an amtlicher Stelle, die Regierung sei in der chinesischen Frage zu einer Entscheidung gelangt, welche veröffentlicht werden würde, sobald sie den Mächten mitgeteilt sei. Es ist bekannt, daß drei Noten entworfen worden sind, welche sich mit dem deutschen und mit dem russischen Vorschlag befassen und die Forderung der Chinesen betreffen, daß dem amerikanischen Gesandten Conger die Vollmacht gegeben werde, mit dem Prinzen Tsiang zu verhandeln.

Tokio, 21. September. (W. T. B.) Ein von heute vormittag 9 1/4 Uhr datiertes Telegramm aus Taku besagt: Die Forts von Peking wurden gestern von den kombinierten deutschen, russischen und französischen Truppenabteilungen genommen.

Tsing-hai wurde von den Alliierten genommen, doch sind die Weger entwickelt. Die ganze Stadt Tulu wurde niedergebrannt. — Peking-Tsing ist am 20. September per Bahn in Tientsin angekommen und wird in 5 Tagen nach Peking weiterreisen.

Hongkong, 21. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Meldungen aus Kanton zufolge sind im Samschul-Gebiet Ausschreitungen gegen die Christen vorgekommen. Die katholischen Kapellen wurden niedergebrannt, die chinesischen Christen niedergemetzelt, auch einige Priester sollen verwundet worden sein. Das französische Kanonenboot „Avalanche“ ging nach dem Schauplatz der Ausschreitungen ab. Es wird weiter gemeldet, daß acht Piraten-Dschunken dazu bestimmt wurden, im Delta von Kanton die christlichen Dörfer zu zerstören und die Christen niederzumetzeln. Die Stadt Kanton bleibt ruhig.

Sofia, 21. September. (W. T. B.) Die Demission des Handelsministers Katschowitz ist angenommen. An seiner Stelle ist der Vicepräsident der Sobranie, Adolof Titoroff, ein Anhänger Radoslawows, zum Handelsminister ernannt worden.

London, 21. September. (W. T. B.) Eine Depesche des Feldmarschalls Roberts meldet: General Volo-Carew fand in Kapuziniden neunzehn Lokomotiven, von denen elf beschädigt, acht durch Feuer zerstört waren. 114 Eisenbahnwagen, welche teilweise mit Nahrungsmitteln, Wehl und Kaffee beladen waren, waren zerstört. Der Wagnkörper war stark beschädigt, konnte aber schnell ausgebessert werden. Nachdem es nunmehr gelungen ist, ein Zusammenziehen des Feindes am Doornberg zu verhindern, giebt es auch im Süden des Oranje-Freistaats keinen organisierten Widerstand mehr.

New York, 21. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein aus Havana hier eingegangenes Telegramm besagt, die Mehrheit der am Sonntag auf Kuba gewählten Abgeordneten zum konstitutionellen Kongress bestehe aus Gegnern Amerikas und revolutionären Elementen.

Rio de Janeiro, 21. September. Die Feist, innerhalb welcher noch Waren mit Eisenketten in portugiesischer Sprache in Brasilien eingeführt werden dürfen, ist durch Defekt des Finanzministers bis zum 30. November d. J. verlängert worden.

Sozialdemokratischer Parteitag in Mainz.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag - Nachmittags - Sitzung.

Beginn 3 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Diskussion über die Beteiligung an den Landtagswahlen wird fortgesetzt. Der Antrag Quard ist zurückgezogen. An seiner Stelle ist ein neues Amendement Quard zur Resolution Bebel eingegangen, wonach die Worte „es sei denn“ bis „des betreffenden Wahlkreises“ gestrichen werden und im ersten Absatz hinter „bei den nächsten Wahlen“ die Worte „mit eigenen Wahlmännern“ eingefügt werden sollen.

Haase-Adnigsberg:

Wer grundsätzlich den Bebel'schen Standpunkt teilt, ist gut daran, seine Resolution nicht Islandburg anzunehmen, sondern mit dem eben eingebrachten Amendement. Aus den Ausführungen Singers scheint mir in der That das Bedenkenwert zu sein, daß wir die Stärke unserer Partei nicht feststellen können, wenn wir nicht zunächst vollkommen selbständig in die Wahlbeteiligung eintreten. Dazu kommt, daß wir in den rückständigen Gegenden die jungen Genossen und noch zu erziehenden Leute verwirren würden. Die Resolution Bebel kann deshalb nicht angenommen werden, weil sie eine Ausnahme statuiert von der Wahlbeteiligungspflicht und eine Hinterlist den Gegnern und lauen Freunden der Wahlbeteiligung öffnet, durch die sie, da man es ihnen so leicht macht, schlüssig werden. Bebel meinte, wir müßten dafür sorgen, daß endlich diese Frage endgültig erledigt wird. Nehmen wir aber diese Resolution mit dem von ihm gerühmten Zusatz an, dann greife ich keinen Augenblick daran, daß sofort beim nächsten Wahlkampf die Streitigkeiten und Klagen losgehen werden. Gegen die Wahlbeteiligung selbst sind irgend erhebliche Argumente nicht vorgebracht worden (Sehr wahr!), und wir würden eine kapitale Dummheit begehen, wenn wir uns nicht beteiligen wollten. (Lebhafte Zustimmung.) Was soll uns abhalten? In den Großstädten kann jeder Arbeiter seiner sozialdemokratischen Gewinnung offen Ausdruck geben. Auf die abhängigen Schichten, die Staatsarbeiter, können wir natürlich nicht rechnen. Aber auch so verfügen wir nach über große Schichten selbst auf dem Lande. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß wir auf dem Lande keine Erfolge erzielen können. Auf unserer letzten Provinzialkonferenz waren 30 Landarbeiter als Delegierte anwesend, sie alle sind für die Wahlbeteiligung eingetreten, obwohl wir ihnen die Schwierigkeiten des Systems auseinandergesetzt haben. (Hört! Hört!) Bei dem ländlichen Arbeitermangel können die Landarbeiter ruhig offen sozialdemokratisch wählen, ohne sich der Gefahr auszusetzen, aufs Pfahle gerufen zu werden und wenn sie entlassen werden, so pflügen sie darauf, denn sie finden im nächsten Dorf neue Arbeit. (Widerpruch.) Die Landleute sehnen den Augenblick herbei, wo sie ihren Unterdrückern ihre Meinung ausdrücken können. Die indirekte Wahl hilft uns geradezu, denn es ist schwer, auf dem Lande die Massen in Bewegung zu bringen für einen Bebel, einen Singer oder einen andern Parlamentarier, der den Landarbeitern nicht bekannt ist. Aber einem Bekannten aus dem eignen Wahlbezirk geben sie leicht ihre Stimme.

Übernehmlich ist der Vorteil, den wir auf dem Lande erreichen dadurch, daß wir solche Wahlmänner in den einzelnen Wahlbezirken haben, die die sichersten Stützen für unsere Agitation und Organisation sind. (Widerpruch.) Wir haben praktische Erfahrungen, wir haben Verbindungen auf dem Lande angeknüpft. Niemals wird es uns gelingen, auf dem Lande etwas zu erreichen, wenn wir so die Mittel der Agitation und Propaganda aus der Hand geben. Ich gebe mich keinen Illusionen hin, ich weiß sehr wohl, daß einer oder der andere unserer Wahlmänner unter den Drohungen oder Versprechungen seines Herrn nachher umfallen wird. Sie alle, die Sie Wahlgegner sind, stehen damit im Widerspruch zu Ihren sonstigen Auffassungen. Sie überschätzen den Wert eines Mandats, denn selbst wenn wir kein Mandat bekommen, ist die Wahlbeteiligung doch wichtig, weil wir durch die Agitation Gelegenheit bekommen, unsere Ideen in weitere Kreise zu tragen. Wir schaffen dadurch neue Verbindungen mit den Landarbeitern zum Vorteil unserer Organisation. Wir beteiligen uns zunächst auf Grund unseres Programms ganz principienreue mit eigenen Wahlmännern an der Wahl, und dann wenn es zur Wahl der Abgeordneten kommt, können wir ruhig mit einem zuverlässigen Freisinnigen ein Bündnis abschließen. (Zuruf: Wie ist es nicht!) Wie können die erfahrenen Politiker so etwas sagen? Ich kenne die Freisinnigen auch und weiß, daß an ihrem Gros nichts daran ist, aber daran ist doch nicht zu zweifeln, daß es auch unter den Freisinnigen Männer mit Rückgrat gibt, und daß wir vor allem durch unsere Beteiligung dahin wirken können, daß solche rückgratfesten Männer auch von den Freisinnigen aufgestellt werden. Wir würden Verwirrung schaffen in den Reihen unserer zurückgebliebenen Arbeiter, wenn wir nicht den selbständigen Charakter der Wahl bewahren würden; er wird gewahrt durch das Amendement Quard. Ich sehe keinen Grund gegen die Beteiligung ein. Unsere Landarbeiter haben durchaus ein Verständnis für das, wozu die Berliner noch nicht gekommen sind, nämlich daß die Wahlmänner eventuell auch einen Freisinnigen unterstützen können. (Lebhafte Beifall und Widerspruch.)

Schrader-Bramsche:

Bebel hat mit seiner Resolution versucht, sowohl die Freunde wie die Gegner der Wahlbeteiligung zu befriedigen. Das letztere wird ihm nicht gelingen. Jetzt scheint es so, als ob es sich nur um die preussischen und sächsischen Landtagswahlen handelte. Die bayerischen Vorgänge aber, aus Anlaß deren man von Kubandl usw. sprach, haben Anlaß dazu gegeben, daß diese Frage auf die Tagesordnung dieses Parteitags gesetzt wurde. Die Frage muß für ganz Deutschland gelöst werden und nicht nur für Preußen und Sachsen. Man geht über die Frage der Bündnisse viel zu leicht hinweg. Die Art, wie hier in den Socialistischen Monatsheften die Frage behandelt, stimmt doch schlecht mit den Dingen, die uns in dem heute verteilten Flugblatt erzählt werden. Die Landarbeiter des Genossen Haase scheinen sich ja in einem wahren Dorado zu befinden, anderwärts ist es anders. Die Bebel'schen Einträge machen seine Resolution nicht schmackhafter, ich kann sie nur mit dem Amendement Ledebour annehmen.

Jubel-Verlin:

Wenn Sie heute Bebel gehört haben, und ihn mit dem Bebel von Hamburg, ja noch von Stuttgart vergleichen, wenn Sie seine heutige elegische Stimmung gesehen haben, dann haben Sie gemerkt, wie wenig Freude er selbst an seinem eignen Werke hatte. (Oh!) Hat er doch, nur ja einmal bloß zu versuchen, nur ja zu experimentieren, dann würde es — so habe ich es herausgefunden gehört — für immer begraben sein. (Weiterkeit.) Dem Genossen Haase hat ja schon der Vordredner genantwortet, wenn das alles, was Haase gesagt hat, so stimmt, o du herrliches Oh- und Weispreußen! Wie stark müßtest du heute schon bei der geheimen Stimmabgabe im deutschen Reichstag vertreten sein, wo die Landarbeiterchaft Nam für Nam, Schwarz für Schwarz an die Wahlurne treten kann, offen die Stimme abgeben kann, o du glückliches Dorado, in das uns Haase heute hineingelockt hat! (Weiterkeit.) Genosse Haase, auch ich vertrete einen sehr großen Wahlkreis, aber wir haben die Erfahrung erst vor ganz wenig Tagen gemacht, daß wir am nächsten Tag für Tag sammeln müssen bei unter unangelegten Agitation auf den großen Göttern, bei den großen Wägen, wie man uns da unser Flugblättermaterial abnahm, wie vorsichtig man da vorgehen mußte. Von diesem Schlag hier ist es sehr leicht zu sprechen; aber wenn die Erfolge geholt

werden sollen, wenn man uns zwingt, in die Landtagswahlen einzutreten, dann wird es anders ausfallen. Gewiß, dem Zwang wird man sich als Parteigenosse fügen, aber ob man uns mit diesem Zwang auch die Lieberzeugung einimpfen kann, das steht auf einem andern Blatte. Wie steht es denn in Teltow-Beeskow? Wenn wir von den Wahlmännern, die für den Freisinnigen eintreten, die sozialdemokratischen abzuweichen, ändern wir dadurch irgendwie das Wahlergebnis? Was können wir durch Beteiligung erreichen, wenn in Köpenick, wo sehr viele Wahlmänner nicht zur Wahl gingen, weil bei der Ausdehnung des Kreises teilweise zwei Tage verloren gegangen waren, die Konservativen Ring und Heßlich bei einer absoluten Mehrheit von 885 Stimmen 1078 bekommen haben? Haben Sie Dresden vergessen, wo mit der ganzen Machtentfaltung die sozialdemokratischen Wahlmänner an der Wahlurne gebracht wurden und die Freisinnigen eine Entscheidung abgaben? In Dresden standen auf der Freisinnigen Liste eine Reihe wackelhafter konservativer Namen und nur der Wackelhaftigkeit eines Vertrauensmanns ist es zu danken, daß unsere Genossen nicht dem konservativen Großen Molke ihre Stimme gaben. Es ist eigentlich eine Selbstabflachtung, die wir an uns vornehmen. (Weiterkeit.)

Man mutet uns etwas Herrliches zu: den Freisinnigen in unserem Kreise bekämpfen wir bei den Reichstagswahlen auf das Schärfste in Flugblättern und Versammlungen und wenige Monate später bei den Landtagswahlen sollen wir in Flugblättern und Versammlungen demselben Freisinnigen sagen: Du bist ja der Beste der Welt! Wenn Sie auf diese Weise Erfolge für die Sozialdemokratie erzielen wollen, so muß man dafür sich bestens bedenken.

Sie werden uns höchst wahrscheinlich zwingen, mitmachen zu müssen; nach der ersten vorläufigen Landtagswahl wird Ihnen die Quittung dafür gegeben werden. (Bravo!)

Geudrich-Karlruhe:

Eine Enttäuschung muß ich Ihnen von vornherein bereiten. Ueber die Stimmzettel des Genossen Jubel verfüge ich nicht. (Weiterkeit.) Schon in Hannover hatte sich über die Sünden der Bayern ein gründliches Unwetter zusammengezogen, das aber nicht losgedrungen ist. Ueber unsre Häupter, aber uns Wadensers kommt nun der ganze Segen. (Weiterkeit.) Das ist nur gerecht, denn wir sind es gewesen, die zuerst in die verbotene Frucht, in die Frucht des Kompromisses gebissen haben. Die Bayern sind also nur die Epigonen. (Zum Tisch der Bayern: Aber die besseren! Weiterkeit.) Gewiß, sie haben mehr herausgeschlagen. Da die Sache nun einmal so ist, so nehmen wir alles auf uns. Es ist eine eigenartige Erscheinung, daß der Jupiter tonans, der dieses Unwetter entfesselt hat, selbst auf die Bank der Sünden gehört, daß gerade er ein Kind der Sünde ist. (Weiterkeit.) nicht etwa aus einer morganatischen Ehe, (Weiterkeit.) sondern aus einem Konfubinat. (Erneute Weiterkeit.) Aber erst nach drei Jahren hat dies Säubere zu sprechen begonnen (Weiterkeit.) und weint nun über seinen Vater, den Socialismus und seine Mutter, die Demokratie. Auch ich glaube, daß rein sachliche Motive Geud geleitet haben, hätte er dann nur wenigstens die Güte gehabt, uns ein Exemplar seines Flugblatts, das seit 8 Tagen gedruckt ist, zuzuschicken, dann hätten wir unser Material mitbringen können. Es handelt sich um dreierlei in dem Flugblatt: 1. die angebliche Doppelnummer des „Volkstreuend“, der am gleichen Tage die Demokratie in Karlsruhe empfohlen und in Offenburg bekämpft haben soll; 2. die Behauptung, daß ich vor einem Jahre in Durlach gewählt worden bin auf Grund eines demokratischen - sozialdemokratischen Kompromisses und 3. die Behauptung, daß der „Volkstreuend“ dabei eine andere Taktil befolgt habe, als vor drei Jahren. Alle drei Behauptungen sind schwere Irrtümer. Ich glaube auch, daß Geud nur sachliche Gründe hatte, als er die Sache vorbrachte; schon deshalb, weil er selbst vor drei Jahren der Leiter des Blatts und der Wahl war, bei der die Sache spielte. Mit der Doppelnummer des „Volkstreuend“ steht die Sache so, daß durch einen in letzter Stunde, während die Karlsruhe'sche Auflage schon in der Maschine war, in Offenburg erfolgten schweren Angriff der Freisinn - Demokraten eine Abwechslung notwendig wurde, die dann allein in die Offenburger Auflage kommen konnte. So hat es Geud selbst im Landtag der Wahrheit gemäß dargestellt, wie Dreesbach bezeugen kann. Wüßlich auf-tretende alte Verhältnisse haben also die Doppelnummer veranlaßt. Die Thatfache, daß wir bei der verschiedenen Schicksalsstellung in Offenburg und Karlsruhe mit unterschiedener Hochachtung des Princip's kämpften, wurde auch vor drei Jahren in der „Neuen Zeit“ attemmäßig festgestellt. (Redner verläßt die Stelle.) Ich habe in meinen Artikeln auf den principielle Unterschied zwischen Demokratie und Sozialdemokratie hingewiesen, was den Karlsruhe'schen Genossen damals sehr unangenehm war, aber mir kam es eben auf principielle Realität an. Das ist die Nummer 1 der Behauptungen. . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Barthender Singer: Die Fortsetzung bitte später. (Große Weiterkeit.)

Frundrich: Dann will ich schließen: „Doch Brutus ist ein ehrenwerter Mann. Das sind sie alle, alle ehrenwert.“

Frau Thier-Verlin V: Die Ausführungen von Geud sind ein schlagender Beweis gegen die Beteiligung, kein Redner war im Stande, uns von der Möglichkeit der Beteiligung zu überzeugen. Haase irrte sich, wenn er glaubt, daß auf dem Lande keine Wahrgeregungen erfolgen. Das wird trotz allen Arbeitermangels geschehen. Ich hätte gewünscht, Haase hätte uns mal einen Liberalen, der Rückgrat besitzt, auf den Tisch des Hauses niedergelegt (Weiterkeit.) er wäre als ein Wunder in Deutschland betrachtet worden. Wohin kommen wir bei dem Vorschlag der Wahlmänner? Wir müßten denn Landtagswahl-Agitatoren und Reichstagswahl-Agitatoren schaffen, die heute gegen, morgen für die Freisinnigen reden. Auer sagt in den „Soe. Monatsheften“, es kommt hauptsächlich auf Verlin an, mit Verlin werde die Bewegung unübersteiglich; aber warum nimmt man denn keine Rücksicht auf die Stimmung der Verliner und ihrer Nachbarkreise? Wögen Sie beschließen, was Sie wollen (Oh!), wir halten an dem Vermächtnis des Altens fest, wir sind gegen jeden Kompromiß, gegen jedes Wahlbündnis.

Kiesel-Verlin VI.

Die Ausführungen von Geud sind ein schlagender Beweis gegen die Möglichkeit der Wahl. Wenn bereits ein süddeutscher Genosse warmend seine Stimme erheben muß, so können Sie es uns Norddeutschen wahrhaftig nicht verdienen, daß wir gegen die Wahlbeteiligung in Preußen mit allem Ernst unserer Lieberzeugung Stellung nehmen. Weist hat ja heute schon ausgeführt, wie die Parteigenossen seines Kreises über Kompromisse denken. Dasselbe gilt auch für die Genossen von Verlin und der ganzen Mark-Brandenburg; überall liegt uns da der Freisinn so im Magen, daß wir ihn beinahe nicht mehr verdauen können. (Oh!) Ja wohl. Wir wollen den alten Drei nicht wieder aufwärmen, wir haben keine Veranlassung, uns auf ein derartiges Experimentiergebiet zu begeben. Wir haben vielmehr alle Veranlassung, unsere Genossen zu zeigen, daß wir mit solchen Elementen nicht zu thun haben wollen. Wenn Sie mir nicht glauben wollen, wie sehr die Verliner gegen die Wahlbeteiligung sind, so fragen Sie mal Pfankuch. Als er einmal bei uns im 6. Wahlkreis sprach und nebenbei auch die Notwendigkeit der Wahlbeteiligung betonte, da haben ihm die Genossen durch lautes Murren die Antwort erteilt: Verlin ist auch gar nicht in der Lage, in allen Bezirken die nötigen Wahlmänner aufstellen zu können, in diesen Bezirken finden wir nicht einen einzigen Wahlmann. Man darf auch nicht ohne weiteres sagen, daß wir uns mit Notwendigkeit an den Wahlen zu beteiligen haben. Nun hat Haase uns Verlinern Kenntnis der Verhältnisse vorgebracht, Jubel hat ihm bereits erklärt, daß wir in Verlin auch Landagitatorien treiben müssen. Wie können wir den Landarbeitern heute die Wahl eines Socialdemokraten, morgen die eines Freisinnigen empfehlen! Die Landleute von Haase, die

nach Verlin gekommen sind, haben uns im Gegensatz zu ihm die dortigen Verhältnisse als die allermissgerabelsten dargestellt, ich wundere mich wirklich, daß Haase aus Ostelbien ein Dorado zu machen sucht. Stimmen Sie dem Amendement Hoffmann zu!

Dr. Quard-Frankfurt a. M.:

Meiner Meinung nach hätte die Debatte durch einen Bericht eingeleitet werden sollen über die Ergebnisse in den Kreisen, in denen bereits bei den letzten Wahlen eine Beteiligung stattgefunden hat; dann wären eine ganze Reihe von Behauptungen, die aufgestellt sind, einfach unmöglich gewesen. Ich will Ihnen die Erfahrungen aus dem Frankfurter Kreise schildern. Die Absicht, die konservativ-nationalliberalen Vertreter herauszuwerfen und durch Freisinnige, darunter sogar einen bürgerlichen Demokrat zu ersetzen, brachte unsere Genossen sofort zur Arme. Die Beteiligung ging so vor sich, daß wir, die wir uns doch in Bezug auf die Organisation nicht entfernt mit Verlin messen können, ohne weiteres alle unsere Wahlmänner aufstellen konnten, so sogar in einzelnen Bezirken, wo die bürgerliche Demokratie glänzte, Wahlmänner aufbringen zu können. Wir können also ruhig mit eignen Wahlmännern die Sache in die Hand nehmen. Die Abstimmung ist nach der von uns gegebenen Parole vor sich gegangen; Wahrgeregungen sind nicht erfolgt, und bezüglich des platten Landes kann ich die Darstellung Haases durchaus bestätigen. Wir haben im Umkreise von Frankfurt vor zwei Jahren das Dreiklassen-Wahlrecht für eine Reihe von Wahlkreisen nach preussischem Muster bekommen, und haben bei offener Abstimmung in einer ganzen Reihe von Gemeinden unsere sozialdemokratischen Kandidaten durchgebracht; es ist also bereits bestätigt, daß das geist. Unre-erwartungen sind erfüllt; namentlich der bürgerliche Demokrat ist so wader im Abgeordnetenhaus aufgetreten, hat als einziger Bürgerlicher eine ganze Reihe von Rischständen auf Grund unsrer Materials aufgedeckt, hat so scharf in der Eisenbahn, Gefängnis - Deamentfrage usw. Stellung genommen, wie es seit Bestehen des preussischen Abgeordnetenhauses kaum je vorgekommen ist, und zwar mit Erfolg. Daher denken wir Frankfurter nicht daran, jemals von der Beteiligung Abstand zu nehmen; wir werden uns jetzt erst recht beteiligen, und zwar mit lauter ausgesprochen sozialdemokratischen Wahlmännern, und was in Frankfurt möglich ist, wird auch wohl in einer ganzen Reihe anderer Kreise möglich sein.

Wenn immer das Liebkeitsche Verwirrungsargument vorgebracht wird, so ist das ein Armutsgenuss für unsre Wählerschaft, das sie nicht verdient hat. Unsre Wählerschaft weiß ganz gut zu unterscheiden, weshalb sie bei der Reichstagswahl für einen Socialdemokraten und bei der Landtagswahl für einen Freisinnigen, für das kleinere Uebel stimmt, genau so wie bei den Reichstagswahlen, und damit fällt jeder Grund gegen die Beteiligung fort.

Wenn Jubel gemeint hat, die Wahlmänner brauchen Zeit — das klingt recht revolutionär! (Weiterkeit und Beifall.) Wir wollen Revolution machen, haben aber keine Zeit! (Lebhafte Weiterkeit und Beifall.) Wer ist radikalster: Der sich draußen bei der Thür stellt und mit den Häuten droht, aber nicht den Mut hat, an der Thür zu rütteln, oder der, der auf das bloße Protestieren verzichtet und an der Thür rüttelt so lange, bis er sich Einlaß verschafft hat, mit allen Mitteln. (Beifall.) Ich habe dieser Tage mit einem ausländischen Socialdemokraten gesprochen, der sagte: Wir Socialdemokraten sind eine ausgesprochen principienreue Partei; aber wir mögen, wo wir mögen können. (Große Weiterkeit und Beifall.)

Grenz-Weipzig:

Wir haben uns stets auf den Standpunkt gestellt, daß Reichsrecht vor Landrecht geht, der Parteitag vor die Landeskonferenz. Das hat die unschönen Sachen in Sachsen veranlaßt und es ist sehr die Frage, wer die Schuld daran hat. Der Auffassung von Quard, daß wir andern ebenso gut mit der Beteiligung fahren werden, wie die Frankfurter, stehen doch die Erfahrungen mit dem Flugblatt Geud's gegenüber, wobei die Partei eine weit größere Schädigung erleidet als auf der andern Seite günstigenfalls Gewinn. Aber die Frage ist auch die, ob wir uns beteiligen können. Versprechungen werden von den Freisinnigen bei der Wahl leicht gemacht. Geändert haben sich die bürgerlichen Parteien allerdings in den letzten Jahren, aber mit ihrer Politik, im Effekt sind sie uns gegenüber ebenso miserabel wie früher. Die andern Parteien sind nicht besser als die Junker. Wie hat der Freisinnige Dr. Hirsch sich gegenüber dem Strophenbakteriell benommen? Wir haben von den bürgerlichen Parteien nichts zu erschaffen. Sie wollen uns, wie Pfankuch treffend sagte, nach Blomberg'schem Muster einfach totschlagen. In Sachsen verdanken wir den Freisinnigen mit das Dreiklassen-Wahlrecht. Und mit dieser Gesellschaft sollen wir uns koalieren? Wir haben zwei Probewahlen hinter uns, die sind danach ausgefallen.

Kiemann-Chemnitz:

Insoweit, die sind danach ausgefallen, weil sie uns die Leipziger und Weidauer verhungt haben. (Weiterkeit und Beifall.) Ich bin für die Resolution Bebel nur dann, wenn die Wahlen so eng sind, daß kein Grenz, kein Hipski, kein Schöenland und kein Goldstein durchdringt. (Große Weiterkeit.) Kompromisse wollen wir machen, sagt man uns nach. Ist ja gar nicht wahr! Ich selbst soll das Kompromiß damals gemacht haben! Ich habe da hinter schwedischen Gardinen gesehen, wie kann man denn da Kompromisse machen! (Große Weiterkeit.) Bei den Reichstagswahlen fordern Sie doch auf, dem Dr. Hirsch als dem kleineren Uebel die Stimme zu geben, trotz des Strophenbakteriell - Streiks; also warum denn nicht auch bei den Landtagswahlen. Direkt zur Rebellion wird ja schon bei uns in Sachsen ausgefordert. Da schreibt Goldstein im „Sächs. Volksblatt“: „Näme es in Mainz zu einem Mehrheitsbeschluß für die Beteiligung, so ist allerdings die Minorität befreit.“ — Sehr logisch! (Weiterkeit.), ob sich diese dagegen so fügen und nicht etwa durch Lässigkeit und Unterlassung, wie auch direkt durch Auf-lehnung hindert — das ist eine andre Frage.“ Das ist schon längst in Frage gestellt, wenn die Landeskonferenz die Beteiligung beschließt und zwei, drei Wahlkreise sich einfach nicht fügen. (Zuruf: Ledebour.) Ledebour kann gut von Sachsen reden! Ein Mann, der kaum hundert Wogen in Sachsen war! Wir haben in Sachsen 20 Jahre lang das Wählen gelernt, das versteht der Ledebour nicht; auch das Wählen will gelernt sein (Weiterkeit.). Wir haben ihn hingelegt, in Dresden; da liegt er nun! In Verlin wird er vielleicht wieder aufstehen; na, wir wollen das Beste hoffen! (Große Weiterkeit.) Desmal aber wird man mit den Rebellen abfahren; wer nicht für uns ist, der wird hochgenommen in diesem Fall!

Brund-Weislau:

Bekanntlich haben die Weislauer nach dem verunglückten Hambur-ger Beschluß, als niemand wußte, was zu thun war, die Initiative ergriffen und sich selbständig an den Wahlen beteiligt, und ich darf wohl im Namen fast aller Weislauer Genossen sagen, daß wir das niemals bereut haben. Wir unterscheiden uns in dieser Beziehung von den Genossen des Wahlkreises von Weist, die, wie Weist sagt, durch die Beteiligung nur Arbeit, Mühe und Zeit zu verlieren fürchten. Nun, wir Weislauer haben den Versuch gemacht, wir haben keine Arbeit, Mühe und Zeit verloren. Das Urteil von Weist und besonders das von Jubel ist in keiner Weise durch Sachkenntnis getrübt. Jubel hat, um einen ganz milden Ausdruck zu gebrauchen, nur pure Unrichtigkeiten zu Tage gefördert. Wir sind auch damals nicht mit einem ungeheuren Aufwand in die Wahl getreten, im Gegenteil, die Zeit war kurz, viele Genossen wollten, weil sie Gegner der Beteiligung sind, sich nicht als Wahlmänner aufstellen lassen, andre konnten nicht kandidieren, weil sie nicht preussische Staatsangehörige sind. Aber trotzdem haben wir überraschende Erfolge erzielt, und wir wissen jetzt, daß die Schwierigkeiten wohl groß aber nicht unüberwindlich sind. Ich bin sogar der

Meinung, daß wir vielleicht aus eigener Kraft hier und da einen Abgeordneten durchzubringen könnten, nicht in Breslau, wohl aber in anderen Orten. In Linden z. B. ist tatsächlich die absolute Mehrheit für den Arbeiterkandidaten erzielt, und wenn nicht einige ländliche Bezirke dabei gewesen wäre, so wäre in der That Linden der erste Kreis gewesen, der einen sozialdemokratischen Vertreter in das preussische Abgeordnetenhaus entsandt hätte. (Widerspruch.) Nun behauptet Jubel, die Freisinnigen hätten unsere Wahlmänner ihre Auslagen ersetzt. Das haben auch die Konserverativen behauptet, und ich las mich veranlaßt, vor Gericht auf meinen Eid zu erklären, daß das unwahr ist. Ich erlaube Jubel, in seinen Behauptungen etwas vorfichtiger zu sein. Man sprach weiter von den sozialdemokratischen Wahlmännern als von den Hilfstruppen des Freisinn, nun, in Breslau forderten wir, als es sich herausstellte, daß wir das Bündnis an der Wage bilden, von den Freisinnigen die Ueberlassung eines der drei Mandate. Die Freisinnigen erklärten sich auch dazu bereit, aber die Sache hing nicht von ihnen ab, sondern von 40 nationalliberalen Wahlmännern, die unter keinen Umständen darin willigen wollten. In Anbetracht der politischen Situation — die lex Rade war eben mit 4 Stimmen Mehrheit abgelehnt, und es kam darauf an, eine reaktionäre Mehrheit zu verhindern — stimmten wir für die Freisinnigen. Wir konnten ja nicht wissen, ob wir nicht sonst eine reaktionäre Mehrheit erhalten würden, und diese Verantwortung konnten wir nicht auf uns nehmen. Wir waren uns unserer Pflicht bewußt, die Wahl dreier Konserverativen zu verhindern, die vielleicht gewagt hätten, uns in Preußen vereinsgeglüht zu knebeln. (Sehr richtig.) Wir haben also nur unsere Pflicht der Partei gegenüber erfüllt, sind aber nicht als käufliche Hilfstruppen des Freisinn aufmarschiert. Obwohl ein Teil unserer Wahlmänner zunächst gegen die bedingungslose Unterstützung der Freisinnigen war, stimmten sie nachher doch geschlossen dafür, und dies selbstlose und disziplinierte Auftreten hat unseren Gegnern bis weit in die Reihen der Konserverativen hinein imponiert und uns moralische Erfolge verschafft. Wir sind und bleiben Anhänger der Wahlbeteiligung, und wenn es nötig ist auch Freunde eines Kompromisses mit den Freisinnigen zwecks Erzielung eigener Mandate. So schwer wird doch die Last eines mit bürgerlicher Hilfe erlangten Mandats nicht zu tragen sein. Unser Genosse Hug ist ja auch als erster Sozialdemokrat in den oldenburgischen Landtag mit Hilfe bürgerlicher Wahlmänner eingezogen, und es ist ihm ganz gut bekommen. Was das Amendement Ledebour betrifft, so würde die nächste praktische Folge seiner Annahme der Sieg der drei Konserverativen bei der demnächst stattfindenden Nachwahl in Breslau sein, denn wir Breslauer haben keine Lust mehr, einen Posten aufrecht zu erhalten, der hoffnungslos ist, wenn Sie es uns unmöglich machen, auch einmal sozialdemokratische Abgeordnete zu bekommen. Die Verbesserung, die Bebel seiner Resolution gegeben hat, findet nicht meinen Beifall. Die Klausel wird den Wahlgegnern einen erwünschten Vorwand geben, die Situation wieder genau so zu gestalten, wie bisher (Sehr richtig), denn wer kann mit Sicherheit sagen, daß Maßregelungen nicht vorkommen? (Die Redezeit des Redners ist abgelaufen.)

Ad. Hoffmann - Berlin IV:

Bebel sagte, seine Resolution biete Gewähr, daß Bündnisse, die die Partei kompromittieren könnten, nicht abgeschlossen werden, da ja der Parteivorstand darüber zu bestimmen habe. Gewiß, von dem Parteivorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung ist nichts zu befürchten, aber wenn wir einmal auf der abschüssigen Bahn angelangt sind, kann auch der Parteivorstand uns nicht mehr halten. Auffallend ist nur, daß der Parteivorstand nur über Wahlbündnisse in Preußen entscheiden soll; warum nicht auch über die in Sachsen, der Pfalz und Bayern? Haben denn die Bayern nicht auch schon manche Dummheit begangen? (Zuruf: Nein!) Auch unsere Meinung haben die Bayern schon manche Dummheit begangen. Haase würde sagen, Kapitaldummheit. In der Pfalz ist ein Kompromiß abgeschlossen, ohne daß die Parteigenossen gefragt wurden. Im ersten pfälzischen Kreis hat man sogar gemeinsame Wahlmänner für Centrum und Sozialdemokratie aufgestellt auf das Versprechen hin, zwei Mandate zu bekommen. In Speyer hat man in einem Viertel, wo wir die größte Wählerzahl haben, zu Gunsten des Centrums verzichtet, weil 20 Centrumsleute nicht sozialdemokratisch wählen wollten; im zweiten pfälzischen Kreis hat man sechs Wochen vorher bei den Freisinnigen angefragt, ob sie gewillt seien, ein Kompromiß zu schließen, was aber abgelehnt ist, weil man uns da nicht nötig hatte. Das hat in der Pfalz große Mißstimmung hervorgerufen, aber die Geister des Centrums, die man tief, wird man nicht los. (Ehrhardt: Wo hast du denn das her? Heiterkeit.) Das ist ja Lebensfrage, die Hauptsache ist, daß ihr es widerlegt; es ist Euch wohl unangenehm, daß ich es habe? (Heiterkeit.) Es ist ja gar kein Wunder, daß sich jetzt in der Partei so viel Anhänger der indirekten Wahl finden, nachdem der Parteitag gestern in seinem eignen Organisationsstatut die indirekte Wahl festgelegt hat. (Widerspruch.) Na, was ist es denn weiter? Die Controlanten sind die Wahlmänner, und die Genossen, die sie in den Vorstand wählen, sind dort Mitglieder zweiter Klasse. (Who!) Um mit Haase zu reden, hoffe ich ja, daß der Parteitag diese kapitalen Dummheit nur einmal machen wird. Merkwürdig ist es, daß am weitendsten diejenigen Kreise für Wahlbeteiligung eintreten, die bei der Reichstagswahl keine Erfolge haben. (Widerspruch, Zuruf: Frankfurt!) Nun, die Frankfurter werden ja auch noch den Reinsfall erleben.

Haase verländert uns die Wundermär von den Freisinnigen, die noch Maßrat haben. Die Volkshat hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Die Freisinnigen sind für die Sozialdemokraten nicht zu haben, mit ganz vereinzelten Ausnahmen, aber die Ausnahme bestätigt nur die Regel. Ich erinnere nur an die Wahl von Jestrat. Die Freisinnigen wählen den Teufel, wenn er nur kein Sozialdemokrat ist. (Heiterkeit.) Haase sagt, die Landarbeiter bekommen leicht wieder Arbeit. Nun, warum müssen denn die Reichstagswähler auf dem Lande den Namen des konserverativen Kandidaten auf dem Stimmzettel austreichen und den des Sozialdemokraten darunter setzen? Die Leute haben solche Angst, daß sie nicht mal einen sozialdemokratischen Stimmzettel zusammengefaßt abzugeben wagen. Und die sollen öffentlich wählen? Bei den Berliner Stadtverordneten-Wahlen haben wir den Freisinn kennen gelernt. Da haben selbst freisinnige Juden für den Antisemiten Ulrich gegen den Sozialdemokraten Glode gestimmt. Bebel hat eine Reihe von Wahlkreisen aufgezählt, wo wir die rofigsten Ausichten haben, aber um in Berlin die dritte Klasse zu bekommen, müssen wir erst die Minister zu Sozialdemokraten machen; die wählen auch in der dritten Klasse. Es ist schon darauf hingewiesen, daß wir nicht bei den Reichstagswahlen den Freisinnigen als Volksvertreter, bei den Landtagswahlen als Volksvertreter hinstellen können. Machen wir unsre Wahlen doch nicht besser als sie sind; ein großer Teil stimmt für uns, ohne sich sonst um Politik zu kümmern, und die werden eine solche Taktik nicht verstehen. Man thut am besten daran, eine Sammlung verschiedener Reden für alle Wahlgelegheiten für die Sozialdemokratie herauszugeben, damit die Redner orientiert sind. Meist bedauert die Redacture, die unter diesen Umständen schreiben sollen. Noch mehr bedauere ich den Redner, der unter diesen Umständen reden muß. Verschleht der Parteitag die Beteiligung, u. s. dann werden wir sie ja mitmachen müssen (Heiterkeit) — ja, darin sind wir konsequent, wir folgen uns. (Bravo!) Macht ihr es nur ebenso! Aber man wird sich dann als Redner sagen müssen, du erzählst hier den Wählern etwas, weil es die hoffnungslos-volle Majorität des Parteitags vorgegeschrieben hat, aber glauben hast Du selbst nicht daran. (Widerspruch.) Wo bleibt da die Begeisterung der Massen? Wir werden schon zufrieden sein, wenn wir die Leute finden, die bei der Landtagswahl mitarbeiten. Ich glaube noch das kaum. Den Antrag 72 bitte ich anzunehmen, er ist so gemeint, daß wir nicht gemeinsame Kandidaten aufstellen dürfen; wer aber glaubt, unser Antrag hätte die Bedeutung, überhaupt das Stimmrecht für Gegner zu verbieten, den erinnere ich daran, daß wir das ja auch bei der Reichstagswahl thun. Nur wollen wir kein Bündnis, keinen Kuhhandel mit Gegnern eingehen. Wir beantragen, über die Resolution Bebel und über diesen Antrag namentlich abzustimmen, damit

wir später erststellen können, wer die Kapitaldummheit begangen hat, wir oder die Illusionäre der Firma Haase u. Comp. (Große Heiterkeit.)

Baudert-Apolda:

Mein Freund Hoffmann hat die Situation so schwarz gemalt, daß es mir schwer fallen wird, es etwas rofiger zu gestalten. Wir in Thüringen haben verschiedene Wahlsysteme, aber der Antrag Hoffmann soll auch für uns ebenso gelten, wie für das Dreiklassen-Wahlsystem, und dagegen muß ich mich wenden. Wir waren gezwungen, Abmachungen mit bürgerlichen Parteien zu treffen, wenn wir nicht überall die Erzeaktionäre in den Landtag schicken wollten. Wir haben einfach einen Akt der Klugheit, der Notwendigkeit begangen, als wir mit den Freisinnigen abmachten, daß sie in den Kreisen, wo wir stärker sind, uns das Feld räumen sollten, wir ihnen dafür in den Kreisen, wo sie zahlreicher Anhänger haben, unsere Stimmen geben. Man malt die Verwirrung uns schwarz hin. Vergißt man denn ganz, daß die Sozialdemokraten erzieherisch wirken? Wo bekommen wir denn unsere Genossen her, die früher der bürgerlichen Gesellschaft angehörten? Die Leute, die uns die Stimme geben, bringen wir so allmählich zu uns herüber. Unsere Wähler, die Masse der Wähler ist heute bereits soweit aufgefärrt, daß sie wohl unterscheiden können zwischen Reichstags- und Landtagswahlen. Ich bitte Sie, der Resolution Bebel zuzustimmen in der Form des Amendements Quard.

Stadthagen - Berlin:

Es ist nicht meine Absicht, die Wahlbeteiligungsfrage aufzurollen. Das ist überhaupt nicht die entscheidende Frage, sondern es wird sich darum handeln, ob der Parteitag entgegen seinen bisherigen Gepflogenheiten in der That einen Beschluß fassen will, der mindestens gegen eine große Minderheit ausfallen würde. Ich halte es für außerordentlich falsch, eine Pflicht auszusprechen, die nicht erfüllt werden kann. Man wird sich dem Beschluß förmlich fügen, aber thatsächlich kann und wird man ihn in den betreffenden Wahlkreisen nicht ausführen; darüber dürfen wir uns nicht dem geringsten Zweifel hingeben. (Zuruf: Also Mogelei) Nein, der Beschluß kann von der großen Masse der Arbeiter nicht ausgeführt werden und wird es nicht. (Zuruf: Hoffmann sagt es!) Ich sage es entgegen Hoffmann. Ich bitte, den Antrag anzunehmen, daß die Entscheidung über die Wahlbeteiligung den einzelnen Wahlkreisen überlassen wird. Wenn man auf solchen Umwegen Freisinnigen in das Abgeordnetenhaus bringen will — ich weiß nicht, ob die Wahlbeteiligung nicht auch für das Herrenhaus gelten soll (Rufe: Au! Fürs Herrenhaus wird ja nicht gewählt!) — warum man da nicht lieber, wo man glaubt, verlässliche Freisinnige zu haben, den Parteigenossen deren Wahl empfiehlt. Denn, was nützt es, wenn wirklich ein Sozialdemokrat als Agitator im Abgeordnetenhaus sitzt! Das Abgeordnetenhaus hat eine so schlechte Klusik (Rufe: Au!), außerdem sind dort die Fenster so dicht, daß man auch nicht zum Fenster hinausprechen kann. (Au!) Wir vor den Thoren Berlins brauchen nicht die Landtagswahlbeteiligung, um zu agitieren.

Ullensbaum-Eberfeld:

Die Eberfeld-Barmer Genossen haben sich bei der letzten Landtagswahl durchaus selbständig beteiligt durch Aufstellung eigener Wahlmänner. Der Erfolg war beim erstenmal noch klein, 200 Wahlmänner unter 1100. Wir wußten aber von vornherein, daß nicht mehr zu erwarten war. Aber wir legen Wert auf praktische Agitation. Wir sind die stärkste Partei und müssen diese Stellung bei allen öffentlichen Aktionen ausnützen. Die Sache war durchaus nicht so schlimm, wie sie hier von verschiedenen Seiten hingestellt worden ist. Unter den Genossen ist keine Verwirrung entstanden. Mit größter Lust und Freudigkeit sind die Genossen zur Wahl gegangen. Es war ein Vergnügen, wie sie in einzelnen Bezirken ihre Stimme geschlossen abgaben. Und unsere Wahlmänner gaben hinter Kommerzienräten und Millionären freudig und laut ihre Stimme für Walkenbuh ab. (Bravo.) Zwar nicht in Eberfeld, wohl aber in den Nachbarkreisen können wir direkten Einfluß auf die Wahlen ausüben. In Hagen-Schwelm, dem städtischen Wahlkreis, sind zwei Abgeordnete zu wählen; wenn dort die Genossen sich an der Wahl beteiligen, so geben sie unbedingt den Ausschlag. Bei den letzten Wahlen sind die Vertreter der Großindustriellen, Lehmann und Vermer, gewählt. Bei früheren Wahlen stimmten unsere Leute für den Freisinnigen, das letzte Mal haben sie sich nicht beteiligt. Wenn wir jetzt selbstständig auftreten, warum sollen wir da nicht verlangen, daß wir die wir den Ausschlag geben, auch ein Mandat erhalten? Ich nenne das nicht ein Kompromiß, sondern ein gutes Recht. An der Webelischen Resolution gefallt mir nicht der Zusatz von den Maßregelungen. Das ist ein Schredschuß, manche Wahlkreise werden sich dadurch bestimmen lassen, nicht zu wählen. Ich konstatiere, daß trotz der öffentlichen Stimmabgabe in keinem einzelnen Fall in Eberfeld eine Maßregelung erfolgt ist. Wenn einzelne Genossen sich jetzt so radikal gegen die Wahlbeteiligung erklären, wie Meist in Lennep-Nettmann, so thun sie dies vielfach nur aus Faulheit. (Oh! oh!) In einer Reihe von Kreisen, wo gar keine Agitation entfaltet wird, treten die Leute mit einem Mal radikal gegen die Beteiligung auf. Gewiß kostet die Beteiligung Opfer, aber das schadet nichts, sie nützt auch.

Hoffmann-Berlin IV:

und Genossen beantragen, in der Resolution Bebel, letzten Absatz erste Zeile die Worte „in Preußen“ zu streichen.

Gevehr-Eberfeld:

Die Berliner sind wieder mit alten Schindmähren von Behauptungen gekommen, so die, daß den Genossen nicht zugemutet werden könne, heute für den Freisinnigen und morgen gegen ihn zu stimmen. Das soll sie verwirren. Ach, seien Sie doch unbeforgt. Unsere Genossen sind keine Kinder. Das Amendement Quard verlangt die selbständige Aufstellung von Wahlmännern. Aber auf diesen Vorschlag sind die Berliner nicht eingegangen. Er ist ihnen wohl sehr un bequem. Dafür hat Stadthagen sogar gegen die Beteiligung geltend gemacht, daß der Saal des preussischen Abgeordnetenhauses eine sehr schlechte Klusik habe. Mit solchen Gründen sollte man uns doch verschonen. In Eberfeld haben wir das seltsame Schauspiel erlebt, daß wir, während wir bei den Reichstagswahlen keinen besonderen Anlaß hatten, die Freisinnigen zu bekämpfen, es bei den Landtagswahlen besonders scharf gethan haben. Die Verächtung der Berliner von der Verwässerung des Programms ist also durchaus unbegründet. Hoffmann hat bestritten, daß die Wähler sich mit Begeisterung an den Landtagswahlen beteiligen würden; die Berliner sollten doch ein klein bißchen auf uns hören, da wir praktische Erfahrungen haben. (Lachen.) Sie haben ja gar keine Erfahrungen. In Eberfeld ist mit großer Lust und Liebe gewählt worden, obgleich die Beteiligung nur mit drei Stimmen Mehrheit beschlossen worden war. Doch will ich nicht bestritten, daß vor zwei Jahren eine gewisse Zersplittertheit herrschte; auch das Wahlsystem ist verworren und mußte den Wählern erst klar gemacht werden, sonst hätten wir leicht über 300 Wahlmänner durchgeleitet. Das muß man erst alles lernen; bei den Reichstagswahlen haben wir ja auch gelernt. Die Urwähler haben das Bestreben, in ihrem Kreise den Wahlmann durchzubringen, das giebt allein schon eine gewisse Lust.

Die erste Resolution Bebel hat mir viel besser gefallen, als die zweite Form. Bebel hat wohl hierbei zu sehr auf die Stimmung der Berliner Rücksicht genommen. Wie wollen nicht gleich den Teufel an die Wand malen; mit der Maßregelung ist es nicht so schlimm. Kann sich ein Wahlkreis nicht beteiligen, nun, er wird ja nicht bestraft; es ist aber nicht nötig, Uebelkünstiges erst zu sagen. Das Amendement Quard kommt den Berlinern entgegen; wir wären ja die größten Esel, wenn wir nicht versuchen wollten, die Vorteile, die wir bei den Wahlmänner-Wahlen erreichen, auszunutzen. Ein Kompromiß ist das nach meiner Meinung überhaupt nicht. Zulezt ist noch beantragt worden, den Passus „für Preußen“ zu streichen. Geschwören Sie doch nicht einen neuen Kampf mit den

fäddentischen Genossen heraus; bis jetzt haben sie die Dinge erledigt und der Parteivorstand hat sich nicht darum gekümmert. Warum soll das mit einem Mal anders werden? Das kommt mir wie eine Quertreiberei vor.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, den Bebel begründet, wird von Aler mit dem Hinweis bekämpft, daß mögliche Klarheit und Einverständnis unter den Delegierten geschaffen werden müsse. Der Antrag wird abgelehnt.

Güller - Frankfurt a. M.:

Frau Ihrer hat von dem Vermächtnis Liebknechts gesprochen, das wir hochhalten müßten. Wenn Liebknecht sich einmal getraut hat, dann hier. Von ihm stammt das Wort: Wir müssen das schlagende Junkertum aus Deutschland hinausjagen. Unser ganze Beteiligung bei den Landtagswahlen läuft doch darauf hinaus, die politische Macht des Junkertums in Deutschland zu schwächen. Unsere politische Machtstellung zwingt uns zur Beteiligung, aber auch zu Wahlbündnissen, da wir allein nichts erreichen können. Viele scharren zurück vor dem Wort „Kompromiß“. Es giebt Kompromisse, die ihrem moralischen und materiellen Effekt nach reaktionär sind, es giebt aber auch Kompromisse, die revolutionär wirken. Haben nicht unsere Wähler durch ihren Kompromiß die Situation in Baden revolutioniert? Liebknecht meinte einmal: Die Sozialdemokratie ist in Deutschland der Eckstein, an dem sich die Reaktion den Kopf einrennen wird. Wie steht es aber bei den Landtagswahlen? Da stellt sich die Reaktion auf zum Kampf und wir bleiben zu Hause. Wo ist da der Eckstein? Singer befürchtet eine Schwächung unserer Kampfstellung aus der Beteiligung. Unsere Bewegung schöpft ihre Kraft aus der Thatfache der Ausbeutung des Arbeiters durch das Kapital. Diese Quelle wird durch die Wahlbeteiligung nicht unterbunden. Politische Aufgaben haben wir bei den Landtagswahlen zu lösen, sociale bei den Reichstagswahlen. Ich stimme für die Resolution Bebel, jedoch nur unter der Bedingung, daß in ihrem dritten Absatz die Worte eingeschaltet werden: „jedoch nur mit Zustimmung des Parteivorstands“. Redner stellt diesen Antrag.

Die Debatte wird hierauf abgebrochen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Meist-Lennep-Nettmann: Ullensbaum hat behauptet, es sei Faulheit, wenn die Wahlbeteiligung von einzelnen Kreisen abgelehnt werde. Ich weise diesen Vorwurf entschieden zurück; an anderer Stelle werde ich mich mit Ullensbaum auseinandersetzen. (Oh! Oh!) Der eine spricht von Faulheit, der andre von geistiger Inferiorität, wenn man sich nicht beteiligen will; so weit sind wir schon gekommen.

Haase-Königsberg: Hoffmann hat mir zwei Aeußerungen in den Mund gelegt, die ich nicht gethan habe. Erstens soll ich behauptet haben, Maßregelungen auf dem Lande schaden nichts. Das ist mir nicht eingefallen. Ich habe nur gesagt, daß die Wählerbesitzer es sich bei dem Mangel an Arbeitskräften dreimal überlegen würden, bevor sie Arbeiter wegen Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte maßregeln würden. Ein Teil der Arbeiter kann nicht so leicht gemahregelt werden, weil sie im Jahreskontrakt stehen; die freien Arbeiter aber bekommen bei dem Arbeitermangel leicht anderwärts Arbeit. Einige Maßregelungen werden erfolgen; aber ganz sind sie bei keinem Kampf zu vermeiden. Zweitens hat mir Hoffmann die Aeußerung untergelegt, die Verhältnisse der Landarbeiter seien glänzend, sie lebten in einem reinen Dorado. Es ist mir nicht eingefallen, so etwas zu behaupten. Ich habe im Gegenteil darauf hingewiesen, daß die Arbeitsbedingungen auf dem Lande durchaus traurige sind, ich habe aber gesagt, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit die Landarbeiter viel eher in der Lage sind, sich politisch zu bethätigen, als sonst.

Ledebour: Niemand hat es so dargelegt, als hätte ich gesagt, in Sachsen sei es gerade so wie wo anders in Bezug auf Kompromisse bei den Wahlen. Ich habe gerade das Gegenteil gesagt, nämlich, daß in Sachsen allmählich die Möglichkeit eines Kompromisses völlig ausgeschlossen ist. Niemand hat weiter die Bemerkung daran geknüpft, daß ich in Sachsen hineingelegt sei. Demgegenüber konstatiere ich, daß ich in Sachsen durchaus noch festische und durchaus nicht nötig habe, wieder aufzutreten.

Singer: Unter persönlicher Bemerkung versteht man nicht eine Anklage über eine Ansicht, die der eine oder andre über seinen Zustand in einem Lande hat (Heiterkeit).

Ledebour: Ich will mir konstatieren, daß ich in Dresden-Land mit starker Mehrheit zum Parteitag delegiert bin, als im vorigen Jahre.

Singer verländert das Ergebnis der vollzogenen Wahlen.

Stimmzettel wurden abgegeben 221, wovon bei den Controlanten sich 5 ungültige befanden. Es erhielten bei der Abstimmung über den Ort für den nächsten Parteitag Stimmen:

Lübeck 71, Dresden 59, Magdeburg 46, Bremen 16, Leipzig 14. Lübeck ist somit als Ort für den nächsten Parteitag gewählt. (Beifall.)

Für den Parteivorstand erhielten Stimmen:

Bebel 220, Singer 220, Vorsitzende; Auer 220 (Bravo!) Pfannluch 220, Schriftführer; Gerich 220, Kassierer; Rosa Luxemburg 1, Kagenstein 1, Dr. Schoenlant 1, Stadthagen 1, Adolf Hoffmann 1, ohne Angabe des Amtes.

Bebel, Singer, Auer, Pfannluch und Gerich sind somit gewählt. (Bravo!)

Bei den Wahlen der Controlanten erhielten:

Meister 204, Raden 184, Neuner 171, Brähne 169, Jettin 164, Ehrhardt 157, Könen 130, Kramert 96 und Dr. David 91 Stimmen. Diese neun Genossen sind zu Controlanten gewählt.

Außerdem wurden noch Stimmen abgegeben: für Meist 83, Scherm 83, Dubber 80, Kühn 74, Braun 72, Marx 58, Brühns 54, Hoffmann 27, Verthold 15, Grenz 3, Rohe 1, Luxemburg 1, Stubbe 1 und Pieg 1.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Sitzung vom Freitagvormittag.

Beginn 9 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Diskussion über die Taktik der Partei bei den Landtagswahlen wird fortgesetzt.

Stolle-Gesau:

Alle Beschlüsse auf allgemeinen und Landesparteitagen haben keinen befriedigenden Zustand geschaffen. Dem anarchischen Zustand muß endlich ein Ende gemacht und eine Direktive für die Genossen im ganzen Reich gegeben werden, an die sie sich streng zu halten haben. Seit wenigen Jahren verlegt die Reaktion — da es ihr nicht gelingt, im Reichstag die Volksrechte zu beseitigen — den Schwerpunkt ihrer Thätigkeit in den Landtag. Wir müssen auch da den Kampf aufnehmen, so schwer es uns auch gemacht wird. Wie kann Singer mit solcher apodiktischer Gewißheit behaupten, daß wir in Zukunft auch nicht einen einzigen Mann in den preussischen Landtag zu bringen im Stande sein werden. Hat man das früher nicht auch vom Reichstag und den andren Landtagen behauptet? Trotzdem haben wir den Kampf aufgenommen und nicht gerührt, bis uns der Sieg geworden ist. Und ist es nicht schon ein großer Erfolg, wenn es uns durch die dritte Wählerklasse gelingt, Oppositionskandidaten in den Landtag zu bringen und dadurch Gesetze wie das preussische Vereinsgesetz zu verhindern? Man malt uns die Folgen von Kompromissen vor, die Principientreue der Partei würde zu Grunde gehen. Nun, bei uns in Sachsen sind Kompromisse nach Lage der Verhältnisse ja unmöglich. Aber wo haben denn unsere bairischen, unsere bayerischen Genossen, die auf Grund von Kompromissen in die Landtage gewählt sind, nachher irgend gegen das Princip der Partei verstoßen? Der

unbergehlige Liebschicht tief uns zu: immer in der Offensive, niemals in der Defensiv! Beherrigen sie dies Wort! (Beifall.) es ist eine Schmach für die Partei, die die Führung der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt übernommen hat, vor dem Kampf zurückzukehren, weil er für aussichtslos gilt. Immer vorwärts, und wir werden zum Siege kommen! (Bravo.)

Dresbach - Mannheim:

In Halle haben wir eine Resolution gefaßt, wonach wir als politische Partei uns an allen Wahlen zu beteiligen haben. Das gilt natürlich auch für die preussischen Landtagswahlen. Und daran zu beteiligen, ist unsere verdammt Pflicht und Schuldigkeit, und es wäre ein Zeichen der Stagnation, wenn wir das nicht täten. Es wird immer gesagt, wir dürfen kein Kompromiß schließen, aber es kommt bei Kompromissen nur darauf an, wie weit man geht. Unsere ganze Tätigkeit im Reichstag beruht doch auf Kompromissen, und die Obstruktion gegen die lex Heinze, bei der Singer mit Richter Arm in Arm ging, war schließlich auch eine Art von Kompromiß. (Widerpruch.) Die Gegner fürchten nicht, daß ihre Wähler durch Wahlbündnisse korruptiert werden, nur wir haben diese Furcht, nur wir fürchten, daß unsere Farbe nicht echt ist, daß sie abfärbt. Ich hege diese Besorgnis nicht. Die Resolution Bebel würde ich ohne weiteres zur Annahme empfehlen, aber es scheint, als ob dieselbe so aufgefaßt wird, daß wir uns nun in allen Wahlen beteiligen müssen. Aber selbst an den Reichswahlen zum Reichstag beteiligen wir uns oft nicht, weil es sich nicht der Mühe lohnt. Vielleicht könnte man besser sagen: Der Parteitag empfiehlt den Genossen die Beteiligung. Dadurch werden unsere Genossen moralisch verpflichtet, sich überall da zu beteiligen, wo es möglich ist. Nur noch einige Worte zu dem hässlichen Krampf in Baden. Wir haben in Karlsruhe ein Kompromiß abgeschlossen, um dem badiischen Nationalliberalismus seine dominierende Stellung zu nehmen: das ist uns gelungen. Der Nationalliberalismus ist in Baden in der Auflösung begriffen, und zwar hauptsächlich durch die Tätigkeit der Sozialdemokraten. Den badiischen Nationalliberalismus überfällt nach und nach Wasser-mannscher Geist, und es ist jedenfalls ein Fortschritt, wenn anstatt der oben skizzierten Pausenereie wenigstens Nationalliberalismus a la Wasser-mann verzapft wird. Das Ministerium Eisenlohr, das Rückgrat der Reaktion, ist vor wenigen Tagen, hauptsächlich infolge der sozialdemokratischen Wählerfolge, gestürzt; wir können also mit den Erfolgen, die wir erreicht haben, zufrieden sein. Die Doppelausgabe des „Vollstreicher“ hat Sed als verantwortlicher Redakteur gezeichnet. (Hört! hört!) Damals hat er sie vertreten, heut braucht er sie als Angriffsobjekt gegen seine Parteigenossen. Zum mindesten hätte er sich über die Herausgabe des Flugblattes mit seinen Kollegen in Verbindung setzen müssen, er allein ist nicht berufen, die Reinheit des Princips zu wahren.

Scholz - Berlin II:

Wir werden bei den Landtagswahlen mit Berlin I zusammengezogen. Bei den letzten Landtagswahlen hätte sich der größte Teil der Genossen für die Beteiligung erklärt, wenn nur halbwegs Aussicht auf Erfolg gewesen wäre; aber wenn sie erfahren, daß bei uns in Berlin SW. Geheimräte in der dritten Abteilung wählen, dann können Sie es sich ungefähr vorstellen, wie schwer es uns werden würde, Wahlmänner in der zweiten Abteilung durchzubringen. Bei uns in Berlin kommen nur die Freisinnigen in Betracht. Wir kennen sie aus der Stadtverordneten-Versammlung gründlich, die Konversationen haben sich oft viel anständiger gezeigt als die Freisinnigen. Da ist es ganz ausgeschlossen, daß die thätigen Genossen mit Ueberzeugung, mit Lust und Liebe die Wahlarbeit verrichten. Die SED-Genossen werfen uns Berlinern immer vor, wir wollten in der Partei kommandieren. Nun, ich frage, was Sie sagen würden, wenn es in der Resolution hieße, der Parteitag hat die Kompromißkontrolle für Baden oder für Barmen, aber nicht für Preußen; da kommt der Gewehr-Eberfeld mit solchen Ausdrücken wie „Berliner Schindmähren“!

Singer: Er hat nicht gesagt, die Berliner seien Schindmähren (Heiterkeit), sondern: die Berliner reiten uns die Schindmähren, diese alten Gefährten vor.

Scholz: Mindestens ist der Ausdruck hier nicht am Platze. Wir können bei den Reichstags-Wahlen mit Stolz unsere Wahlkreise vorführen, denn es sind sozialdemokratische, kein Kompromiß-Näsch-masch, wir wollen die Partei auch weiter rein erhalten; nehmen Sie den Antrag Hoffmann an, um uns die Zustimmung zur Resolution zu ermöglichen.

Düwell - Essen:

Niemand sagte Ihnen gestern, wir müßten die Maschinen des Reges so dicht machen, daß kein Häslein heraus könne. Ich empfehle ihm, lieber das Reg maschenlos zu machen, aber einige Fische vorher herauszulassen. Ganz entschieden muß ich es ablehnen, daß allen Wahlkreisen die Wahlbeteiligung ausgeschrieben wird; bei uns in Essen, Dortmund, Duisburg, Mühlheim ist eine Beteiligung gar nicht möglich. Denn bei uns wird überhaupt nicht gewählt, sondern der Kandidat präsentiert. Auch die Centrumsarbeiter beteiligen sich nicht. Erzwingt man die Beteiligung, dann erzwingt man geradezu die Stimmabgabe für den Nationalliberalen und Freiservativen. (Ral na!) Kommen Sie einmal in unsern Wahlkreis, sehen Sie sich die Kruppische Arbeitsordnung an. Wer offen sozialdemokratisch wählen wollte, für den wäre in Essen und den Kruppischen Kolonien kein Platz mehr.

Forster - Solingen:

Rechnlich verhält es sich bei uns. Wir wählen mit Reimscheid drei Abgeordnete, die auch geradezu ernannt werden. Wir müssen die Beteiligung ablehnen; wo sollen wir Wahlmänner her bekommen? Die Resolution können wir ohne den Antrag Hoffmann nicht annehmen.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen.

Schardt (zur Geschäftsordnung): Hoffmann hat gestern, ohne einen Grund anzuführen, davon gesprochen, daß Korruption in der Pfalz vorgekommen sei. Ich bin es den Parteigenossen der Pfalz schuldig, zur Rechtfertigung folgendes zu erwidern: Hoffmann hat behauptet, daß in der Pfalz über die Köpfe der Genossen hinweg der Kaufhandel eingegangen sei. Das ist unrichtig; es geht in keiner Organisation demokratischer als in der Pfalz, und alles, was in der Pfalz geschah, geschah im Einverständnis mit den Genossen, die es anging. Hoffmann hat weiter eine Geschichte über einen angeblichen Vorfall im ersten pfälzischen Wahlkreis in Speyer erzählt, die ich im vorigen Jahr in Hannover schon widerlegt habe; dadurch, daß sie alt wird, wird sie nicht besser. Und wenn er von einem Trit erzählt, den uns die Freisinnigen verheißt hätten, so rate ich ihm, sich nicht von jedem einen Bloß ins Ohr setzen zu lassen.

Singer: Ich habe dem Parteitag einen Vorschlag zu machen. Sed hat in dem hier verteilten Flugblatt eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, von denen Friedrich, da seine Redezeit abläuft, nur eine besprechen konnte. Friedrich hat mich ersucht, auch die beiden anderen Punkte behandeln zu dürfen. Es erscheint mir ein Gebot der Gerechtigkeit zu sein, auch der anderen Seite die Möglichkeit der Besprechung zu geben. Ich unterbreite dem Parteitag den Vorschlag, Friedrich sprechen zu lassen unter der Bedingung, daß er nicht auf die allgemeine Diskussion zurückgreift. (L e d e o u r: Dann muß Sed aber auch sprechen.)

Sed: Ich beantrage, auch mir das Wort zur Verteidigung zu geben.

Singer: Ich hatte Sed schon vorgemerkt. Der Parteitag ist mit meinem Vorschlag einverstanden.

Es folgt nunmehr eine längere persönliche Auseinandersetzung zwischen Friedrich - Karlsruhe, Sed - Offenburg und Dreßbach - Mannheim über die anfänglich der badiischen Landtagswahlen erwachsenen Kompromiß-Streitigkeiten.

Wolf Hoffmann - Berlin IV erklärt persönlich: Ehrhardt hat mich der Unwahrheit bezichtigt. Er weiß, daß das, was ich hier vorgebracht habe, wahr ist; er hat mich nur deshalb der Unwahrheit bezichtigt, um zu erfahren, von wem ich das Material habe; es stammt von einem hier anwesenden Delegierten aus der Pfalz, der auch Kreisvertrauensmann ist.

Ehrhardt: Ich habe mich nur gegen die Sache gewandt und empfehle Hoffmann, das Protokoll des Hannoverischen Parteitags nachzulesen, dort habe ich das alles schon richtig gestellt. Damit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Das Schlusswort über die Beteiligung an den Landtagswahlen hat

Bebel:

Die Verhandlungen haben, wie es zu erwarten war, einen Verlauf genommen, daß für mich keine besondere Veranlassung besteht, mich noch auf eine längere Erörterung einzulassen. Es handelt sich für mich nur darum, eine Reihe von Bemerkungen, die gegen meine Behauptungen gemacht sind, zurückzuweisen und mich gegen mir unterstellte Behauptungen zu verwahren, die ich unter keinen Umständen gemacht habe. Singer und auch Ledebour haben meine Ausführungen dahin interpretiert, ich hätte mich großen Illusionen in Bezug auf den Erfolg, der bei den Landtagswahlen zu erwarten sei, hingegeben; Ledebour sprach sogar von Utopisterei, ich weiß nicht, wie die beiden Genossen zu einer solchen Auffassung meiner Worte kommen. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich mich über die Lage, die unsre Partei bei den Landtagswahlen einnehmen werde, durchaus keinen Illusionen hingabe, daß ich von vornherein der Ansicht bin, daß ein Erfolg aus eigenen Kräften nicht zu erwarten sei, wie das ja auch meine Resolution deutlich zeigt. Bei der Verteidigung des Berliner Antrags, keinerlei Kompromisse einzugehen, äußerte Singer: er verspreche sich auch von einer selbständigen Wahlbeteiligung nichts. Ja, warum stellt er dann den Antrag? Wozu will er dann den Parteitag nötigen, eine solche auszusprechen? Dann ist doch der einzige konsequente Standpunkt der, gegen alles zu stimmen. (Sehr richtig!) Er will sich auf einen politischen Kaufhandel nicht einlassen. Das ist freilich ein unangenehmes Wort, es stammt aus dem Agrarlande Bayern. (Heiterkeit.) Man spricht von Kompromissen mit einer gewissen Mißachtung. Aber was ist ein Kompromiß? Eine Vereinbarung mit einem andern, sich gegenseitig zu unterstützen, um etwas zu erreichen, was man mit eignen Kräften nicht erreichen kann. Nun liegen die Dinge in Preußen so, daß wir nicht um der schönen Augen der Fortschrittspartei oder der bürgerlichen Demokratie oder des linken Centrums zuliebe ihnen unsere Stimmen geben, sondern um in unserem eignen Parteiinteresse die Opposition im preussischen Landtage zu verstärken und Gesetze zu verhindern, die in erster Linie uns treffen und schädigen. Auf der anderen Seite verlangen wir, daß die Kräfte, die wir in die Waagschale werfen, die andere Seite auch verpflichten, uns zu unterstützen, so daß wir so gleichfalls Abgeordnete erhalten. Damit ist keinerlei Abmachung getroffen in Bezug auf die übrigen selbständigen Handlungen der Partei und unsre programmatische Tätigkeit usw. Wenn heute ein so großes Geschrei entsteht über die Möglichkeit, einmal mit einer bürgerlichen Partei zur Erreichung eines Vorteils, den man nicht allein erringen kann, zusammenzugehen, so will ich daran erinnern, daß im Jahre 1870 auf dem Stuttgarter Parteitag der Eisenacher Richtung auf Liebschütz und meinen Antrag einstimmig beschlossen worden ist, daß bei den bevorstehenden Reichstagswahlen, wo wir als Partei nicht einen Erfolg erzielen konnten, wir entweder für die Kandidaten der andern Arbeiterpartei, des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, einzutreten und, wo solche nicht in Frage kämen, diejenigen bürgerlichen Kandidaten zu unterstützen, die wenigstens in politischer Beziehung auf gleichem Boden mit uns ständen. Das ist damals von dem Kongress beschlossen worden, ohne daß ein Mensch daran gedacht hätte, daß durch solche Unterstützung radikaler bürgerlicher Kandidaten irgend welche Gefahren für die Partei entstehen könnten. Nun wird von einer ganzen Reihe von Rednern, wie schon früher, die Ansicht geltend gemacht, daß man ein derartiges Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien bei den Wahlen den Genossen, deutsch gesagt: infolge ihrer politischen Unbildung nicht zumuten könne, daß man die Wähler dadurch irre mache. Ich sage aber: wenn wir nach einem langen heftigen Reichstagswahlkampf, in dem unsre Kandidaten mit den bürgerlichen Oppositionskandidaten um den Erfolg gerungen haben, alsdann bei der engeren Wahl, weil wir ausgefallen sind, unsren Wählern, die noch von dem stattgehabten Kampf und den darin erhobenen Angriffen erhit sind, zumuten, acht Tage danach den bürgerlichen Kandidaten zu wählen, den wir für das kleinere Uebel ansehen, und dann die Erfahrung machen, daß es keine Partei giebt, die so diszipliniert ist (Beifall) und wir dann meinen, wir könnten das unsren Wählermassen nicht auch bei der Dreiklassenwahl zumuten, dann schämt man unsre Wähler viel zu niedrig ein. (Sehr richtig!) Sie sind viel klüger, als man hier gemeint hat. Nicht hat die Kennerung Hoffmanns im höchsten Grade überrascht: viele unsrer Wähler kimmerten sich nicht um Politik. Eine schwerere Beleidigung, eine größere Herabsetzung eines Teils der sozialdemokratischen Wähler konnte von einem sozialdemokratischen Redner nicht ausgesprochen werden. (Sehr richtig!) Ich lege gegen die Behauptung entschiedenste Verwahrung ein, denn ich behaupte, daß es bei keiner Wahl eine Wähler-schicht giebt, die allgemein politisch so durchgebildet ist, wie gerade die sozialdemokratische Arbeiterschaft. (Lebhaft Zustimmung.) Ich behaupte, daß die deutsche Arbeiterklasse an politischer Bildung das Bürgertum weit übertrifft. (Beifall.) Und weil das so ist und die Erfahrung gelehrt hat, daß solche Wähler sehr wohl zu unterstützen wissen, können wir uns auf sie auch bei den Landtagswahlen verlassen.

Vor allem allerdings kommt es auf die richtige Agitation und die richtige Taktik an; Vertuschungen dürfen in keiner Weise vorkommen. Auf der anderen Seite aber schadet es auch nichts, wenn wir uns mehr und mehr gewöhnen, beim Wahlkampf das Persönliche aus dem Spiele zu lassen und die Grundsätze und Principien in den Vordergrund zu rücken. Nun behaupte ich aber, daß wir gerade bei den Landtagswahlen mit einem Agitationsmaterial ins Feld rücken können, wie es kaum bei den Reichstagswahlen der Fall ist, es ist ein ganz neues Gebiet, das wir hier betreten; es sind eine ganze Reihe Fragen von der höchsten Wichtigkeit, die leider noch in den Landtagen der Einzelstaaten zur Erledigung kommen. Kommt es auf mich an, trete ich jederzeit für eine Erweiterung der Kompetenz des Reichs ein bis zu dem Punkte, wo sämtliche Kleinstaaten verschwinden, aber das große Gebiet der Steuer-gesetzgebung, der Gemeinde-, Agrar-, Berggesetzgebung, des Schul- und Bildungswesens, des Armen-, Widrigal- und Gesundheitswesens, des Eisenbahn-, Forst-, Berg-, Straßenbau-, Gefängniswesens, der Volkserziehung, Handhabung des Vereins- und Versammlungs-rechts, der Gewerbeinspektion, Gefindeförderung usw. — kurz die Kritik der gesamten Staatsverwaltung, also ein ungeheures Gebiet, eröffnet sich uns. Und wenn wir in die Wahlagitation eintreten und unsren Standpunkt zu den gesamten Materien darlegen, dann zwingen wir auch die bürgerlichen Parteien in viel höherem Maße, Farbe zu bekennen, als es bisher der Fall ist. Und vor allem werden wir es dahin bringen, daß den Centrums-wählern über die vollstündliche Haltung der Centrums-männer im Landtag die Augen geöffnet werden. Das halte ich für außerordentlich wichtig. Da sind in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Sünden der schwersten Art vorgekommen, und systematisch hat das an Zahl auch im Landtag so mächtige Centrum es ver-mieden, für die wichtigsten Volksrechte, vor allem das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht im Landtag einzutreten. Durch unser Eintreten in die Landtags-Wahlagitation werden wir den Massen die Feindseligkeit und Erbarmlichkeit des Wahlfalles, aber auch der bisherigen Landtage vor Augen führen können. Wir werden mit einer Diskreditierung des herrschenden Systems, der herrschenden Volks-vertretung endlich anfangen und gründlich damit anfräumen.

Auch eine weitere Kennerung Hoffmanns hat mich verwundert und steht mit den Tatsachen in Widerspruch. Er sagt: Diejenigen treten am eifrigsten für die Beteiligung an den Landtagswahlen ein, die bei den Reichstagswahlen nichts leisten können. Das heißt die Dinge auf den Kopf stellen. Ich erinnere daran, daß sich die meisten großen Städte Preußens, in denen wir bei den Reichstagswahlen gesiegt haben, für die Beteiligung an den Landtagswahlen erklärt haben: Barmen und Elberfeld, Breslau und Frankfurt a. M., Halle, Königsberg, Altona, Hannover, Minden u. s. w. Demgegenüber steht nur Berlin, Stettin, Köln. Nun stehen aber die Dinge so, daß nach

meiner Kenntnis die fortgesetzte Erörterung auch in Berliner Genossen-treffen das Resultat gehabt hat, daß die Sympathien für eine Wahl-beteiligung gewachsen sind (sehr richtig!) und ich mich ausdrücklich konstatieren, daß in dem Wahlkreis, den Jubel im Reichstag vertritt, aus-drücklich die Wahlbeteiligung beschlossen worden ist, wenn auch mit geringer Mehrheit. — Auch ein Zeichen dafür, daß man da mehr und mehr der Wahlbeteiligung zuneigt. Ich erinnere weiter daran, daß Magdeburg, das früher abseits gestanden hat, jetzt für Wahl-beteiligung eintritt usw. Dafür aber zu sorgen, daß überall der rechte Eifer für die Wahlbeteiligung in die Wählermassen kommt, das wird Sache des Agitationsmaterials sein, das wir ungewisselhaft bei einer solchen Agitation bringen werden, und ich wiederhole es, wir dürfen nicht vergeßen, daß gerade das Parteibekennenmüssen der bürgerlichen Parteien beim Kandidieren in einer Reihe von Fragen von außerordentlicher Wichtigkeit ist.

Das sind in der Hauptsache die Entgegnungen, die ich zu machen habe. Ich komme jetzt zu den gestellten Anträgen. Parteigenossen! Diejenigen von Euch, die geneigt sind, für das Amendement Hoff-mann u. Gen. zu stimmen, wollen sich vor Augen halten, daß wenn der Antrag die Mehrheit finden sollte, wir also dann genau auf den Standpunkt zurückgeführt werden, auf dem wir 1897 in Hamburg gestanden haben (sehr richtig!), daß wir auf einen toten Punkt an-kommen, daß nach dreijährigen Verhandlungen auf vier Parteitagen die Schlange sich selbst in den Schwanz beißt, und unsre ganzen Verhandlungen ausgehen wie das Hornberger Schieken. (Sehr wahr!) Den Antrag Berlin annehmen, heißt die Sache überhaupt tot machen. Und da sage ich, daß diejenigen, die für den Antrag stimmen wollen, viel besser die Sache überhaupt zum Fall bringen. — Weiter bemängelt es Ledebour, daß in der Resolution von „Wahl-treffen“, nicht von „Landtags-Wahl-treffen“ gesprochen wird. Ich bin allerdings der Meinung, daß da in der Resolution nur von Land-tagen gesprochen wird, auch nur Landtags-Wahlkreise gemeint sein können; aber wenn er glaubt, daß es zur Klarstellung notwendig ist, sein Amendement anzunehmen, so bin ich dazu bereit und ich hoffe, daß, wenn es angenommen wird, er der Resolution etwas geneigter ist. (Heiterkeit.) Das Amendement Quard richtet sich nicht principiell gegen meine Resolution, sondern will nur die Wahl-bedingungen umformen. Nach meinem Antrag ist es nicht aus-geschlossen, daß sozialdemokratische Wähler für liberale oder andre oppositionelle Wahlmänner eintreten können, wobei ich aber aus-drücklich bemerke, daß meine Absicht nicht dahin geht, daß das in umfangreichem Maße geschehen soll, im Gegenteil wünsche ich, daß überall, wo wir sozialdemokratische Wahlmänner durch-bringen können, diese auch anzustellen und zu wählen sind. Aber das möchte ich namentlich den Anhängern Quards zur Erwägung geben: Bei den eigenartigen Verhältnissen in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen könnte es dahin kommen, daß wenn wir und die bürgerliche Oppositionspartei uns in Bezug auf die Wahlmänner nicht verständigen, keine der beiden Parteien ihre Wahlmänner durch-bringt und wir so den Konserwativen zum Siege verhelfen. (Sehr richtig!) Dieser Abfälligkeit will ich durch meine Resolution vor-beugen. Erläutert sich die Mehrheit des Parteitags aber für das Amendement Quard, gut. Dann werde ich auch dafür stimmen. Unter allen Umständen aber hoffe ich, daß wenn das Amendement Quard keine Mehrheit findet, seine Anhänger für meine Resolution stimmen. Ich betrachte das als selbstverständlich. Hoffmann beantragt, in dem Schlußsatz meiner Resolution die Worte „in Preußen“ zu streichen. Damit würde also ausgesprochen, daß künftig der Partei-vorstand das Central-Wahlkomitee für die gesamten deutschen Staaten bildet, wo immer Landtagswahlen stattfinden.

Ich begreife nicht den Standpunkt Hoffmanns. Sie sind der Meinung, es solle Ihnen speziell, den Berlinern, hiermit der Partei-vorstand als die oberste Entscheidungsbefähigung auch in Landtagswahl-fragen übertragen werden. Das ist durchaus nicht der Fall. Die Sache liegt einfach so: wir haben in allen deutschen Staaten Landes-organisationen mit einem Landesvorstand; in Preußen aber haben wir nur Provinzialorganisationen, keinen gemeinsamen Landes-vorstand. Wäre ein solcher vorhanden, so würde er selbstverständlich das Central-Wahlkomitee für Preußen bilden. Ihr müßtet also einen preussischen Parteitag einberufen und dazugehen habt Ihr ja in Hamburg selbst gestimmt. Und hier seid Ihr als preussische Delegierte ja auch nicht autorisiert, einen solchen Landesvorstand zu wählen. Deshalb sind wir ganz einfach dazu gekommen, den Parteivorstand in Berlin zum Central-Wahlkomitee für Preußen zu machen, wäre er in Dresden oder München, dann wäre es niemand eingefallen, Euch das zumuten.

Nach ein paar Worte gegen Stadthagen. Er erklärte es für eine bedenkliche Sache, mit einer relativ kleinen Mehrheit einer starken Minderheit eine Pflicht aufzuerlegen, wie die zur Wahl-beteiligung, und verließ sich zu der Behauptung, ein solcher Beschluß werde nicht ausgeführt werden, weil ja sozusagen — er gebrauchte das Wort nicht, aber das war der Sinn — ein passiver Widerstand in die Masse kommen werde. Ich behaupte diese Worte Stadthagens außerordentlich. Sie stellen einem Teil unsrer Partei ein geradezu trauriges Zeugnis aus, — unbedeutend! Ich habe in langer Partei-thätigkeit alle Zeit die Erfahrung gemacht, daß, wenn an einem Ort Genossen noch so heftig opponiert haben gegen Beschlüsse einer Majorität: sobald es zur Entscheidung kam, Mann für Mann dafür eingetreten sind und den Kampf mit einem Eifer geführt haben, daß es der Partei zur Ehre gereichte. Ich habe die Ueberzeugung, ja die Sicherheit, daß, wenn die Mehrheit des Parteitags sich für die Be-teiligung entscheidet, kein preussischer Genosse, sei es wer es sei, auch nur einen Schritt hinter der Front zurückzubleiben; daß wenn die Fanfare zur Schlacht erklingt, Mann für Mann ins Feld rückt. (Stürmischer Beifall und Handklatschen.)

Hoffmann - Berlin 4 bemerkt persönlich: Bebel hat von einer Beleidigung eines Teils der Wähler durch mich gesprochen. Eine solche hat mir fern gelegen; ich habe dem Sinne nach nur gesagt: Wir haben eine Menge Leute, die nicht politisch reif sind, sondern nur dem Gefühl nach für uns stimmen. Und unter diesen richten wir durch die Beteiligung an den Landtagswahlen Verwirrung an.

Es folgen die

Abstimmungen.

Zunächst wird der Antrag 11 der Vorlage, der die Beteiligung an den Landtagswahlen zur Entscheidung der einzelnen Wahlkreise stellen will, mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Darauf wird das Amendement Quard angenommen und gleichfalls das Amendement Ledebour, wonach das Wort „Wahlkreise“ in Bebel's Resolution durch „Landtags-Wahlkreise“ ersetzt wird.

Nunmehr stellt Singer das Amendement Hoffmann zur Ab-stimmung, wonach Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien, insbesondere Abmachungen wegen gemeinsamer Aufstellung von Wahlmanns-kandidaten und Kandidaten für die Landtage, für nicht zulässig er-klärt, und wonach zweitens im Schlußsatz der Resolution Bebel die Worte „in Preußen“ gestrichen werden sollen.

Bebel: Durch den Beschluß, daß nur eigne Kandidaten auf-gestellt werden sollen, ist der eine Antrag erledigt.

Ed. Hoffmann - Berlin: Rein, das ist nur für die Wahlmanns-kandidaten der Fall, mein Antrag handelt aber auch von den Kandi-daten für die Landtage.

Singer bestätigt das.

Die Abstimmung über den Antrag Hoffmann ist eine nament-liche und ergibt seine Ablehnung mit 137 gegen 93 Stimmen.

Mit ja stimmten: Adler-Ael. Albrecht-Halle. Althaus-Hedderns-heim. Berger-Kotbus. Berger-Mexane. Bergmann-Rail. Brey-Hannover. Brünzel-Berlin. Deichmann-Bremen. Dräger-Dresden. Drechsler-Burg. Frau Dunder-Weitzig. Düwell-Essen. Eberhardt-Charlottenburg. Erdmann-Dortmund. Ernst-Berlin. Evers-Hildesheim. Forster-Solingen. Friedrich-Lübeck. Gumbel-Born. Gebauer-Rummelsburg. Gerstenberger - Niederbarnim. Gerlach-Bangleben. Gisel - Schwarzbürg. Gogowski-Kowitz. Göde-Königsberg (Mark). Frau Greifenberg - Augsburg. Grenz-Leipzig. Grühl - Teltow - Weeslow. Harris - Friedberg. Wüdingen. Wolf

Eine Entrechtung der dritten Wählerklasse

zu Gunsten des schon jetzt mit den drückendsten Vorrechten versehenen Besitzes hat ein Urteil zur Folge, das gestern vom Oberverwaltungsgericht gefällt worden ist. Bekanntlich schreiben Städte- und Gemeinde-Ordnung vor, daß die Hälfte aller Kommunalvertreter jeder Wählerklasse aus Hausbesitzern bestehen muß. Hausbesitzer im Sinne des Gesetzes waren bis jetzt auch solche Personen, denen nur ein bestimmter Anteil an einem Hause zu eigen gehört, wie denn ja in unserer Zeit, wo auch der Grundbesitz ein Geschäft wie jedes andre ist, das Eigentumsrecht mehrerer Personen an einem Hause etwas Selbstverständliches ist. Dieser Anschauung hat das Ober-Verwaltungsgericht, dem wir ja schon manches seltsame Urteil verdanken, nunmehr, wie der folgende Fall lehrt, ein Ende bereitet:

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Rixdorf am 15. März 1899 waren sämtliche 18 Mandate der dritten Abteilung der Sozialdemokratie zugefallen. In 7 der Bezirke, wo Hausbesitzer zu wählen waren, waren gewählt worden der Zeitungspediteur Ostermann, der Steinarbeiter Mißke, der Arzt Dr. Silberstein, der Kassenbeamte Courad, der Buchdruckerbesitzer Janitzewsky, der Klempner Jäger und der Schriftfeger Wuyli. Die Gültigkeit ihrer Wahl steht ein gewisser Gensch im Verwaltungsstreitverfahren an, nachdem die Stadtverordneten-Versammlung alle Mandate für gültig erklärt hatte. Gensch, oder richtiger sein Hintermann, der Stadtverordnete und Socialistenführer Volk, machte geltend, die genannten Stadtverordneten wären keine eigentlichen Hausbesitzer. Der Bezirksausschuß in Potsdam erhob Beweis. Unter anderem wurde folgendes festgestellt: Ostermann ist als Besitzer eines Anteils von einem Zweihundertstel an dem Rixdorfer Grundstück des Direktors Arendt in das Grundbuch eingetragen. Unter „dauernden Lasten und Einschränkungen“ ist dann an anderer Stelle vermerkt: Der Miteigentümer Ostermann darf ohne schriftliche Genehmigung seines Miteigentümers Arendt seinen Anteil weder veräußern noch belasten. Die andern 6 beteiligten Stadtverordneten sind ebenfalls des Grundbuchs Miteigentümer eines Hauses des Tischlermeisters Gebhardt, und zwar einer zu elf Hundertsteln und die übrigen zu je einem Sechstel und Siebentel. Bezüglich ihrer sind dauernde Lasten und Einschränkungen nicht eingetragen. Gebhardt wurde als Zeuge vernommen. Der Bezirksausschuß erklärte schließlich die Wahl Ostermanns für ungültig und die der andern Beteiligten für gültig. Das Gericht ging davon aus, daß ein grundbuchlich eingetragener Miteigentümer dann als Hausbesitzer im Sinne des § 16 anzusehen sei, wenn er aus eigener Macht durch sich selbst oder einen Dritten über seinen Eigentumsanteil verfügen könne und sei dieser auch noch so gering. Bei Ostermann wäre das wegen jener angeführten Beschränkung nicht der Fall, während durch die Beweisaufnahme nicht nachgewiesen sei, daß die andern Sechse nicht darüber verfügen könnten.

Das Oberverwaltungsgericht, bei dem beide Parteien Berufung eingelegt hatten, fällt gestern folgende bedeutungsvolle Entscheidung:

Unter Abänderung des Urteils des Bezirksausschusses werden die Wahlen aller sieben Beteiligten für ungültig erklärt. Für die Entscheidung sei ganz gleichgültig, ob die Kaufverträge nur simuliert wären oder nicht, in welcher Absicht sie geschlossen und ob sie in juristischer Beziehung bedenklich wären oder nicht. Selbst wenn man es hier mit einem wirklichen Miteigentum zu thun hätte, wäre den sieben beigeladenen Stadtverordneten die Eigenschaft als Hausbesitzer im Sinne des § 16 der Städte-Ordnung von 1868 abzuspargen. Wenn ein ideales Miteigentum an einem Haus vorhanden sei, dann sei jeder der Miteigentümer beteiligt an jedem Teil des betreffenden Hauses, allerdings beschränkt durch die Rechte der andern. Deshalb sei anzunehmen, daß die Städte-Ordnung für die sieben östlichen Provinzen unter Hausbesitzern solche Eigentümer meine, denen das ausschließliche Recht an ihrem Hause zustehe. Wäre es anders, dann würde die Städte-Ordnung Bestimmungen treffen darüber, wer von den Miteigentümern als Repräsentant des Hausbesitzers der Stadt gegenüber gelten solle. Bestimmungen, wie sie schon einige Städte-Ordnungen enthielten, so z. B. die Rheinische Städte-Ordnung. Eine solche Bestimmung fehle hier aber. Es sei nicht anzunehmen, daß die Städte-Ordnung alle Miteigentümer eines Hauses habe als Hausbesitzer in der städtischen Vertretung fungieren lassen wollen, konnte man doch Hunderte von Miteigentümern an einem Hause beteiligen. Nur wer das ausschließliche Recht am Hause habe, sei Hauseigentümer, kein andrer, und möge der Besitz an dem Hause auch nur in zwei Teile geteilt sein. Von nur zwei Miteigentümern eines Hauses sei einer wahlfähiger Hauseigentümer.

Die Bedeutung dieses Urteils und seiner Begründung liegt auf der Hand. Praktisch ist damit erreicht, daß den Wählern der dritten Klasse, also daß der Gesamtmasse der Bevölkerung abermals die Hälfte ihres sowieso schon spärlichen Wahlrechts zu Gunsten eines Teils der Grundbesitzer genommen wird. Denn an sehr vielen Orten wird derselbe Zustand bestehen wie in Rixdorf, nämlich der, daß die Mehrheit der dritten Wählerklasse unter den im Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts als Grundbesitzer angesehenen Personen keine geeigneten Vertreter ihrer Interessen findet und daher auf die Ausübung des ihr der Form nach zustehenden Wahlrechts verzichten muß.

Vielleicht wird die reaktionäre Presse ob der voranschreitenden Wirkung dieses Urteils jubeln, gerade so, wie sie jubelt hat, als am 1. März 1897 das Ober-Verwaltungsgericht in der vom Berliner Magistrat angeschnittenen Frage des niedrigsten Steuersatzes und der Anrechnung der Krankenkassensätze als Armenunterstützung zu Ungunsten einer liberalen Auffassung entschieden und wie sie weiter jubelte, als daselbe Gericht im gleichen Jahre einen Amtsvorsteher seines Amtes für unwürdig erklärte, weil er einen Platz für eine socialdemokratische Versammlung hergegeben hatte.

Ob aber das neueste Urteil bürgerlichen Kreisen auf jeden Fall befallen wird, mag fraglich erscheinen. Nach dem Spruch des Ober-Verwaltungsgerichts kann z. B. ein Mann, der gemeinsam mit seinem Compagnon völlig schuldenfreie Grundstücke im Werte von Millionen besitzt, nicht als Hausbesitzer in eine Stadtverordneten-Versammlung gewählt werden, während jemand, der vor Hypothekenschulden nicht aus noch ein weiß, aber nominell als alleiniger Besitzer eines Hauses gilt, von dem ihm tatsächlich kein einziger Stein gehört, munter die Rechte eines Hausbesitzer-Stadtverordneten ausüben darf.

Unsre Parteigenossen, die im vorliegenden Falle ja einzig von der Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts getroffen sind, werden ja gewiß mit Unmuth erwägen, wie sie trotz des Urteils die Rechte der Wählerschaft weiter wahren können. Mag dies gelingen oder nicht, die Wirkung des Urteils auf das Ansehen der Justiz in der Bevölkerung wird sich nicht aufheben lassen.

Lokales.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. Der von der Stadtverordneten-Versammlung genehmigte Antrag des Stadtverordneten Justizrat Cappel betreffend die Stufen und Höhe der Alterszulagen der Lehrer und Lehrerinnen lag gestern dem Kollegium zur Zustimmung vor. Es wurde beschloffen, die Angelegenheit zunächst der Personalkommission zur Vorberatung zu überweisen.

Nachdem der Oberpräsident dem von den Gemeindebehörden beschlossenen Ortsstatute wegen Anstellung der Gemeindebeamten die Zustimmung verweigert hat, hat das Magistratskollegium gestern beschloffen, beim Minister gegen die Verjaugung Besatzverträge einzulegen.

Für den städtischen Vieh- und Schlachthof sind zwei neue Polizeiverordnungen ausgearbeitet worden, welche die bisherigen zahlreichen Verordnungen ersetzen und zeitgemäß umgestalten. Der Magistrat hat denselben seine Zustimmung erteilt.

Renovierungen in der Gewerbe-Ordnung. Das kgl. Polizeipräsidium teilt mit: Mit dem 1. Oktober d. J. treten eine Anzahl von Abänderungen der Gewerbe-Ordnung in Kraft. Unter anderem ist von diesem Tage ab in Fabriken auf Kosten des Arbeitgebers für jeden minderjährigen Arbeiter ein Lohnzahlungsbuch einzurichten. In das Lohnzahlungsbuch ist bei jeder Lohnzahlung der Betrag des verdienten Lohns einzutragen; es ist bei der Lohnzahlung dem Minderjährigen oder seinem gesetzlichen Vertreter auszuhandigen und von dem Empfänger vor der nächsten Lohnzahlung zurückzugeben. Das Lohnzahlungsbuch muß den Namen des Arbeiters, Ort, Jahr und Tag seiner Geburt, Namen und letzten Wohnort seines Vaters oder Vormunds (seines gesetzlichen Vertreters) und die Unterschrift des Arbeiters enthalten. Die Ausstellung erfolgt durch das Polizeirevier, in dessen Bezirk die Fabrik belegen ist. Die Eintragungen in den Lohnzahlungsbüchern sind mit Tinte zu bewirken und von dem Arbeitgeber oder dem dazu bevollmächtigten Betriebsleiter zu unterzeichnen. Die Eintragungen dürfen nicht mit einem Vermerk versehen sein, das den Jahaber des Lohnzahlungsbuches gültig oder nicht gültig zu sein besagt. Die Eintragung eines Urteils über die Führung oder die Leistungen des Arbeiters und sonstige durch die Gewerbeordnung nicht vorgesehene Eintragungen oder Vermerke in oder an den Lohnzahlungsbüchern sind unzulässig. Für jedes Lohnzahlungsbuch sind 5 Pf. an das Polizeirevier zu entrichten, welches das Buch ausstellt. Ferner muß für jede offene Verkaufsstelle, in der in der Regel mindestens zwanzig Geschäfte und Beschäftigte beschäftigt werden, innerhalb vier Wochen vom 1. Oktober ab, oder nach der Eröffnung des Betriebs eine Arbeitsordnung erlassen werden, für welche die sonstigen Vorschriften über Arbeitsordnungen entsprechende Anwendung finden. Hiernach ist u. a. den in einem solchen Betriebe beschäftigten großjährigen Angestellten vor Erlass der Arbeitsordnung Gelegenheit zu geben, sich über den Inhalt zu äußern. Binnen drei Tagen nach Erlass ist die Arbeitsordnung unter Mitteilung der von den Angestellten etwa geäußerten Bedenken, wenn diese schriftlich oder zu Protokoll erfolgt sind, in zwei Ausfertigungen unter Beifügung der Erklärung, daß und in welcher Weise der Vorbericht der Anordnung der großjährigen Angestellten genügt ist, der zweiten Abteilung des Polizeipräsidiums einzureichen. Arbeitsordnungen, die bereits vor dem 1. Oktober 1899 erlassen worden sind, sind der Abteilung II des Polizeipräsidiums ebenfalls zur Prüfung in zwei Ausfertigungen einzureichen. Auf Abänderungen aller Arbeitsordnungen und auf solche Arbeitsordnungen, die erst seit dem 1. Oktober 1899 erlassen worden sind, findet die Bestimmung Anwendung, daß vor ihrer Einreichung die großjährigen Angestellten zu hören sind. Unterlassungen sind durch die Reichs-Gewerbe-Ordnung mit Geldstrafe bis zu 100 M., im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wochen bedroht.

Das Arbeiterinnenelend in der Konfektion. Eine Leserin schreibt uns: In dem am Dienstag veröffentlichten Artikel befaßten Sie sich wesentlich mit der Lage der Capes-Arbeiterinnen und der Arbeiterinnen auf Anaben- und Wurfmaschinen. Es ist daher wohl angebracht, auch auf die ungünstigen Verhältnisse in der Damenmantelbranche hinzuweisen. In dieser Branche bin ich jetzt 21 Jahre beschäftigt und vermag daher seit geraumer Zeit einigermaßen die Preisverhältnisse zu beurteilen. Während vor einigen Jahren für ein Jackett ohne Stepperei 1,75 bis 3 M. gezahlt wurden, giebt es jetzt nur 90 Pf. bis höchstens 1,00 M. für ein Jackett mit Stepperei. Vor zwei Jahren kamen die sogenannten Sackmäntel auf, die oft eine Länge von über einem Meter haben. Anfangs gab es dafür 2,75 M. bis 3,50 M. Arbeitslohn ohne Stepperei, jetzt werden für dieselben Sachen mit Stepperei nur noch 1,75 M. bis 2,75 M. gezahlt. Beschwört man sich beim Zwischenmeister über die Hungerlöhne, dann antwortet der Herr im Herausfordernden Ton, daß an so einem Mantel ja kaum Arbeit sei; aber das bishigen Stepperei rege eine ordentliche Arbeiterin sich gar nicht auf; auch könne er genug Arbeitskräfte bekommen, man reihe sich förmlich um solche Sachen. Um beurteilen zu können, wieviel an einem derartigen Mantel zu verdienen ist, muß man sich vorstellen, daß 6 bis 8 Knöpfe anzumachen sind, daß die Stepperei 1 1/2 Stunden Arbeitszeit erfordert und daß die Arbeiterin bei jedem Mantel, das Garn gar nicht gerechnet, für 20 Pf. Seide aus ihrer Tasche bezahlen muß.

Auch sonst fallen der elend entlohnten Arbeiterin noch allerhand Nebenabgaben zur Last. Vielfach ist es Mode, daß der Meister mit seinen Arbeiterinnen Kaffeelöcher geht. Diese herablassende Menschenfreundlichkeit ist recht profitabel für ihn, denn 14 Tage nach so einem Ausflug kassiert er die Lostosen durch Abzug von 25 Pf. für jeden Mantel wieder ein. Auch werden die Arbeiterinnen zu Geburtstagsgeschenken nicht allein für den Zwischenmeister, sondern auch für dessen Frau gepreßt. Mit Kleinigkeiten geht es dabei nicht ab; die Feisteuer jeder Einzelnen beträgt oft eine Mark; wenn man sich nicht fügt, weiß man, wessen man sich zu gewärtigen hat. Der Unbeteiligte stellt wohl die erstaunte Frage, warum die Konfektionsarbeiterinnen sich denn solche insame Ausbeutung gefallen lassen. Leider ist darauf nur eine wenig tröstliche Antwort zu geben. Verspricht man sich mit Lebensgefährten über das Geld, so kann man erwarten, daß diese oder jene der Kolleginnen sofort beim Chef oder beim Meister kassiert; von Solidaritätsbewußtsein ist unter den Konfektionsarbeiterinnen leider kaum eine Spur zu finden.

Die gestrige Sitzung des Ausschusses der Berliner Stadtverordneten-Versammlung für die Vorbereitung der Wahl eines unbesetzten Stadtrats (an Stelle des Herrn Raempff) ist resultatlos verlaufen, da sich die Ausschussmitglieder schon wieder einmal nicht auf einen bestimmten Kandidaten einigen konnten. Der Ausschuss wird deshalb noch einmal, wahrscheinlich sogar noch mehrmals zusammentreten.

Die „Volls-Ztg.“ meint zu dieser Frage: „Den Grundfäden der politischen Parität würde es, das muß einmal rückfallslos ausgesprochen werden, durchaus entsprechen, daß endlich ein Anfang damit gemacht würde, auch im Magistrat der stärksten politischen Partei Berlins eine angemessene Vertretung zu verschaffen. Unter den Socialdemokraten der Stadtverordneten-Versammlung und der Reichshauptstadt fehlt es nicht an tüchtigen, von Gemeinnut erfüllt, kommunalpolitisch vortrefflich unterrichteten Männern, die im Magistrat tüchtiger wirken würden, als mancher Natiliberale der unverbesserlich monarchistischen Spielart.“

Die „Volls-Ztg.“ scheint anzunehmen, daß es in Preußen zur Zeit möglich ist, die Grundzüge politischer Gerechtigkeit zur Geltung zu bringen. Dieser Idealismus ehrt das demokratische Blatt.

Zur Lage der Allgemeinen Volks-Krankenkasse G. S. 126 in Lign. Uns wird geschrieben: Die letzten Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidiums, betreffend die endgültige Schließung der Kasse, haben den ehemaligen Mitgliedern erge Ueberwachungen gebracht. Hiernach sollen die Mitglieder verpflichtet sein, noch bis zum Schluß dieses Jahres Beiträge zu zahlen. Die Liquidation der Kasse geschah statutwidrig am 17. März 1899 und ebenso die Wahl der Liquidatoren, die meist ehemalige Vorstandsmitglieder sind. Durch Gerichtskenntnis vom Juni 1900 sind nun die Liquidatoren sämtliche Vollziehungsrechte abgeprochen; auch sind sie in Person, nicht als Vertreter der Kasse, in die Kosten verurteilt worden. Neben die Gelder, welche bis zu dieser Zeit eingezogen wurden, ist eine Abrechnung bisher nicht erfolgt; trotzdem diese Gelder den etwa bestehenden Verpflichtungen wohl genügen dürften, soll eine weitere Befassung ehemaliger Mitglieder eintreten, die statutarisch Aussicht auf Erfolg nicht haben kann. An alle diejenigen, welche ehemals Mitglieder der Kasse waren — und dies sind in Berlin allein ca. 8000 — ergeht die dringende Aufforderung, zu einer Besprechung am Sonntag, den 23. d. M., vormittags 9 Uhr, Bismarckstr. 188 bei Rümmer zu erscheinen.

Die Bureaucratie im Angesicht des Todes. Ein Leser schreibt uns: Am 14. d. M. teilten Sie mit, daß ein Arbeiter von dem in der Charité erfolgten Ableben seiner Frau keine Nachricht empfangen habe. Dies veranlaßt mich, auf einen Uebelstand hinzuweisen. Die Charité verleiht die „Todesanzeigen“ als „Portopflichtige Dienstfache“ unkrantiert. Nun denke man sich eine Arbeiterfamilie; der Mann liegt in der Charité, die Frau ist auf Arbeit, und nun kommt der Briefträger, ohne Empfang des Sechlers darf er den Brief nicht zurücklassen; Nachbarn sind vielleicht nicht gewillt oder nicht in der Lage, das Porto zu entrichten, und so schleipt er dem die „Dienstfache“ zum Amt zurück. Hier erfolgt der Vermerk „Nicht angetroffen“ oder „Porto nicht erhalten“. Die Post giebt der Charité das Schreiben wieder und „fertig ist die Laube“. Die Charité hat ihre Schuldigkeit gethan. Ich sollte meinen, daß ein „königliches“ Institut doch wohl die Sechlermarke aufkleben könnte, denn dann wäre der Postbote in der Lage, die Benachrichtigung durch die Thürpalste zu klümmern. Das Porto würde gewiß erstattet werden, wenn man davon absehen will, daß es auch ganz gut aus den Verpflegungskosten getragen werden könnte. Wenn die Charité Angst hat, daß sie den Sechler nicht wieder erhält, könnte sie ihn ja bei der Aufnahme „vorsichtweise“ erheben.

Die königl. Bibliothek ist vom 24. bis 29. September d. J. geschlossen.

Der Engpaß in der Neuen Schönhauser Straße soll beseitigt werden. Die Straße hat an ihrem Anfang wie an ihrem Ende, an der Rosenthaler wie an der Münzstraße, eine genügende Breite, verengt sich aber nach der Mitte zu und ist an ihrer schmalsten Stelle nur 14 Meter breit. Diese Enge hat sich bei dem von Jahr zu Jahr zunehmenden Verkehr durch die Neue Schönhauserstraße immer mehr als unzureichend erwiesen, da die Straße gerade an dieser Stelle einen Knick hat, der die Ueberfahrt erschwert. Verkehrsstockungen und Zusammenstöße sind hier nicht Seltenes. Infolgedessen wird vor den Grundstücken Nr. 3-6 eine Verbreiterung auf rund 16 1/2 Meter geplant, wovon 10 Meter auf den Hofdamen kommen sollen. Die die neue Hauptlinie darstellenden Pläne liegen bis zum 17. Oktober in der städtischen Plankommission zur Einsicht aus.

Berlin's Temperatur. Aus 50jährigen Beobachtungen, die an einer im Innern Berlins gelegenen Station angestellt sind, hat der Berliner Gymnasiallehrer Professor Dr. Berlenz die Mitteltemperaturen für die einzelnen Monate, Jahreszeiten und das Jahr berechnet. Es ergaben sich folgende Durchschnittswerte (Celsius): für Januar 0,7, Februar 0,8, März 8,4, April 8,4, Mai 9,4, Juni 17,4, Juli 18,0, September 14,6, Oktober 9,4, November 3,8, Dezember 0,8. Die Mitteltemperaturen betragen im Winter 0,9, im Frühjahr 8,4, im Sommer 18,1, im Herbst 9,2. Als Durchschnittswert für das Jahr ergaben sich 9° Celsius. Die heißesten Tage in dem 50jährigen Zeitraum waren der 20. und der 21. Juli 1865 mit 29,9° und 29°, 16. August 1868 mit 28,9° und 24. August 1892 mit 28,2°, die kältesten der 22. Januar 1860 mit -19,1°, der 10. Februar 1855 mit -19,0°, 18. Januar 1863 mit -18,7°, 1. Januar 1871 mit 17,0°.

Das Provinzial-Schulkollegium hat das Gesuch der Repräsentanten der Berliner jüdischen Gemeinde um Einführung jüdischen Religionsunterrichts an der Elisabeth- und der Augustusstraße abschlägig beschieden, weil nur verhältnismäßig wenige Schülerinnen in Betracht kommen.

Ein neues Opfer der Großen Berliner. Kein Tag vergeht, daß nicht die Große Berliner ein Menschenleben zum Opfer fordert. Am Donnerstagabend wurde die Feuerwehrt gegen 7 Uhr nach der Swinemünderstraße gerufen. Dort war ein zwölfjähriger Knabe von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren worden. Alle Bemühungen des Publikums und des Personals der Straßenbahn, das wimmernde Kind aus seiner äblichen Lage zu befreien, waren vergeblich, weshalb man die Feuerwehrt benachrichtigte. Diese erschien sofort, konnte aber auch nicht mehr helfen; der Knabe war inzwischen gestorben. Die an der Unfallstätte verammelte Menschenmenge war über das Unglück sehr erregt, von einzelnen wurden laute Verwünschungen über die Straßenbahn laut.

Vorgestern ist ein Mann, der während des Streiks im Unmut die Fensterhebe eines Straßenbahnwagens zertrümmert, aber sonst keinen Schaden angerichtet hatte, auf den Strafantrag der Straßenbahndirektion hin mit vier Monaten Gefängnis bestraft worden.

Sollte es wirklich nicht möglich sein, die Direction für die Menschenleben haßbar zu machen, die unter ihrer Verwaltung vernichtet werden, gerade so wie ein Bauunternehmer verantwortlich gemacht wird, wenn auf seinem Bau durch seine Vernachlässigung ein Unglück geschieht?

Die Straßenbahndirektion im Gefängnis — das würde unsres Frachts die Anstrengung des Personals auf ein ertägliches Maß einschränken und damit, soweit die Sicherheit des Verkehrs in Betracht kommt, Wunder wirken.

Von spielenden Knaben wurde gestern Abend der 28 Jahre alte Tischler Gustav Winter aus der Schwedterstr. 49 angefaßt. In der Gegend des Nordbahnhofs in der Vernauerstraße trieb sich eine Rotte von zehn bis zwölf Jungen mit Teschins herum. Als nun Winter durch die Vernauerstraße ging, erhielt er eine Kugel in das rechte Bein, sodas er die Hilfe der Rettungswache 3 in der Kasaniallee in Anspruch nehmen mußte. Ein Schwamm, dem der Angeklopfene Mitteilung machte, verjagte den Täter festzunehmen, die Wengel aber ließen davon und entkamen, weil sie bereits einen Vorprung hatten.

Unter dem Verdacht des Kindesmords ist ein Dienstmädchen Marie Ledt verhaftet worden, das bei einem hohen Beamten in der Lindenstraße in Stellung war. Das Mädchen hatte heimlich geboren, bald darauf fand man das Kind tot in einem Eimer liegen. Die Mutter soll es mit Absicht hineingeworfen haben, um es zu töten. Sie wurde als Polizeigefangene nach der Charité gebracht.

Lebensgefährlich verbrannt sind gestern mittag 12 Uhr die 18jährigen Arbeiterinnen Klara Thielmann und Martha Albrecht.

Beide waren in der Pharmazeutischen Anstalt des Dr. Freund, Schwedterstraße 88, beschäftigt. In dem Arbeitsraume im vierten Stock des Quergebäudes waren ein Arbeiter und drei Arbeiterinnen anwesend, als der Arbeiter den Rand eines mit Kautschukmasse gefüllten Reifens mit einem Lappen zu reinigen suchte, der kurz vorher zum Aufwischen von Benzin benützt war. Die dabei entwickelten Benzindämpfe entzündeten sich nun an einer fast 1 1/2 Meter entfernten Gasflamme und legten im Nu den gefüllten Reifen und dadurch auch den ganzen Arbeitsraum in Brand. Dem Arbeiter und einer Arbeiterin, die sich in unmittelbarer Nähe der Ausgangstür befanden, gelang es, mit nur geringen Brandwunden das Freie zu gewinnen, den beiden oben genannten Brandwunden war der Rücken durch die Flammen abgebrannt. Herzzerrend waren die Hilferufe der Bedrängten, und nur die Versicherung, daß ihnen sofort Hilfe gebracht würde, hielt sie vom tödlichen Sprünge in die Tiefe zurück. Zwei Arbeiter der angrenzenden Metallfabrik von Hamann machten sich daran, mit Ausbietung aller Kräfte eine zum Brandherd führende verschlossene eiserne Türe zu sprengen, was ihnen auch gelang. Die schrecklich verbrannten Mädchen stürzten ihnen in die Arme; sie wurden von der inzwischen eingetroffenen Feuerwehr nach dem Lazarus-Krankenhaus geschafft. Der Brand konnte in kurzer Zeit abgelöscht werden.

Vom Unglück verfolgt. Die Witwe Trebut aus der Sorauerstraße 28 verlor im vergangenen Jahre ihren Mann durch einen Unfall. Trebut wurde von seinem eigenen Wagen überfahren und erlag seinen Verletzungen. Donnerstagnachmittag gab die Frau ihrem Schwager, dem 25jährigen Maler Franz Hoffmann aus der Memelerstraße 6, das letzte Geleit. Hoffmann fuhr am Dienstag vor 14 Tagen mit seinem Zweirad nach Friedland zu dem Meister, bei dem er beschäftigt war, sich unterwegs mit einem beladenen Dreiradwagen zusammen und mußte mit einer schweren Kopfverletzung in das Krankenhaus am Urban gebracht werden. Dort starb er. Nach seiner Beerdigung gingen Donnerstagsabend seine beiden Söhne, die 9 und 6 Jahre alten Söhne Adolf und Wilhelm der Witwe Trebut, nach dem Schießplatz, um dort auf einem der Sandhaufen, die beim Hochbahnbau aufgeschüttet sind, zu spielen. Vor dem Hause Schießstraße 2 hielt ein Schlächterwagen. Als die beiden Knaben um 8 1/2 Uhr in dessen Nähe den Fahrdamm überschritten, um nach Hause zu gehen, fiel mit dem Schlächterwagen eine Tagameterdrosche zusammen, deren Pferd an der Ecke der Köppler- und Staligerstraße durchgegangen war, während der Aufsitzer sich mit seinem Jagdgast in einer Gastwirtschaft befand, um Geld wechseln zu lassen. Der ältere Knabe kam noch unverletzt über den Damm, der jüngere aber fiel hin, geriet unter die Pferde und erlitt durch Zufälle schwere Verletzungen am Kopf und eine Verfrachtung des rechten Arms. Die Rettungswache am Wörliger Bahnhof leistete dem Verunglückten die erste Hilfe.

Ein Student als Mörder? In das Moabiter Untersuchungsgefängnis wurde gestern unter dem Verdachte eines Mordes der Student S. eingeliefert. Wie wir vor einiger Zeit meldeten, wurde ein Student S. in der Wohnung seines Studienkollegen H. mit einer von einer Revolverkugel herührenden Wunde in der linken Schläfe tot aufgefunden. Der Freund wurde damals zwar in Haft genommen, weil man annahm, daß er seinen Kommilitonen erschossen habe, aber wegen Mangels ausreichender Anhaltspunkte für die That vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt. Nach Wiedererlangung seiner Freiheit verließ S. die Reichshauptstadt. Die Staatsanwaltschaft erließ indessen einen neuen Haftbefehl hinter ihm, der nunmehr in Magdeburg zur Ausführung gebracht werden konnte. Die Untersuchung dürfte des weiteren über die dunkle Angelegenheit ergeben.

Der Zirkus Busch ist bereits mit einer Pantomime hervorgetreten. Ganz im Gegensatz zu früheren Wohnheiten steht die Handlung des Stücks durchaus im Dienst der heiteren Muse. „Der Berliner Landpartien“ heißt sein Titel, der insoweit nicht genau stimmt, als die zweite, bessere Hälfte auf dem Wasser spielt. Mannigfache Abenteuer erleben die Ausflügler in dem Biergarten sowohl als in der Bade-Anstalt des reizenden Ehepaars, dem das „Kaffe Dredel“ zu eigen gehört. Alle Augenblicke plumpst irgendwer ins Wasser, ein Spaß, der allerdings nicht auf jeden Fall als geistreich zu bezeichnen wäre, wenn sich hinter ihm nicht so etwas wie eine höhere Bedeutung vermuten ließe. Denn da an dem Hineinplumpsen nicht allein ein Chinese, sondern auch eine Anzahl Nöhne aus dem Kanthaischen Vorkriegskreis beteiligt ist, so vermuteten wir in der harmlos ausschauenden Wasserpantomime gleich irgend eine Anspielung auf Seegewalt und Weltpolitik. Unsere Vermutung wurde zu ziemlicher Gewissheit, als am Schluß gar eine Musikpaville als Verhüllung des Komikers der Mächte angeordnet kam, deren Harmonie selbst dann noch nichts von ihrer Standhaftigkeit einbüßte, als sie bereits völlig im Wasser geworden war. Selbstverständlich kommt in dem Schauspiel auch das schöne Geschlecht zu Wasser und zu Lande zur Geltung, so daß auch solche Zuschauer, die auf die politische Seite der Handlung weniger Wert legen, durchaus auf ihre Rechnung kommen.

Der Zirkus Schumann in der Karstraße wird heute u. a. mit einem Ausstattungsgestück „China“ eröffnet.

Feuerbericht. Freitag früh wurde Oefelingsstr. 1 Feuer gemeldet, doch trat die Wehr nicht in Tätigkeit. Später brannten Köpplerstr. 8 Möbel und Kleider. Feinliche Brände wurden Angenerstraße 15, Michaelkirchstr. 7 und Alexandrinenstr. 118a gemeldet. Packmaterial ging Anklamerstr. 22 in Flammen auf, während am Exerzierplatz bei der Schwedterstraße ein Posten Stroh eingestürzt wurde. Weitere Alarmierungen erfolgten nach Wilhelmstr. 61, Subenerstraße 60 und Alt-Moabit 114, doch war überall der Anlaß dazu unbedeutend. Uebershaupt sind größere Brände innerhalb acht Tagen nicht zu verzeichnen.

Aus den Nachbarorten.

Das neue Schöneberger Krankenhaus. mit dessen Bau im nächsten Jahre begonnen werden wird, soll nach einem von dem Magistrat gefassten Beschlusse zunächst für 300 Betten eingerichtet werden. Spätestens im Herbst 1901 soll mit dem Bau begonnen werden.

Das vor kurzem eröffnete neue Kreis-Krankenhaus in Groß-Lichterfeld hat sich ebenfalls der Berliner Rettungsgesellschaft als Hauptstütze angeschlossen.

Angelobte Anarchisten-Versammlung. Die „Berl. N. Nachr.“ schreiben: Da anarchische Versammlungen, die als solche angeündigt waren, in letzter Zeit stets dem polizeilichen Verbot verfielen, hatten Berliner Anarchisten eine allgemeine Arbeiter-Versammlung in Neu-Weichensee einberufen, um hier für ihre Ideen Propaganda zu machen. Die Behörde erhielt jedoch Kenntnis, daß es sich um eine anarchische Veranstaltung handle und löste demzufolge der überwachende General die im Stabliement „Zum Prälaten“ tagende Versammlung auf, noch ehe der Referent seine Ausführungen beginnen konnte.

Wir wissen nicht, ob diese Mittelung zutreffend ist; aber wenn sie stimmt, dann muß die Person, die für die Auflösung verantwortlich ist, der felsenfesten Ueberzeugung sein, daß — vielleicht dank der Socialdemokratie — für die Ausbreitung des Anarchismus in Deutschland jeglicher Boden fehlt. Denn andernfalls giebt es gar kein besseres Mittel, um den Anarchismus zu fördern, als solche Versammlungsausschreitungen.

Gerichts-Beilage.

Interessante Streiflichter auf den deutsch-russischen Schmuggelverkehr brachte eine Verhandlung, die gestern vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Aus der Untersuchungsprotokolle vorzulesen wurde der auf Ersuchen des Justizministeriums von den englischen Behörden aus Glasgow ausgelieferte Cigarettenarbeiter und russische Unterhändler Peisch Winkler, welcher der Untere und Unterschlagung angeklagt war. Der Angeklagte hat seit Jahren von dem hiesigen Uhrenwarenhändler Scheuer wertvolle goldene Uhren entnommen, die einem hohen russischen Eingangszoll unterliegen. Winkler schmuggelte die Uhren über die Grenze und verkaufte sie in

Rußland, was mit großem Gewinn geschehen kann, da dort goldene Uhren nicht angefertigt werden. Im September vorigen Jahres hatte der Angeklagte wieder von Scheuer Uhren zum Gesamtbetrage von 2800 M. entnommen. Er ließ nichts wieder von sich hören, bis Scheuer, der noch keine Zahlung erhalten hatte, ermittelte, daß Winkler nach Glasgow gegangen war, wo er in einer großen Cigarettenfabrik, die etwa 600 Arbeiter beschäftigt, angestellt war. Winkler hatte aber noch ein anderes Schmuggelgeschäft betrieben. In Warschau wird ein schwinghafter Handel mit alten Kleidungsstücken betrieben, die in Berlin ausgekauft, über die russische Grenze geschmuggelt, dort ausbeißert und dann weiterverkauft werden. Für einen solchen Warschauer Händler namens Fißel Futermann hatte Winkler hier im vorigen Herbst 50 alte Anzüge gekauft, mit der Aufgabe, sie über die Grenze zu schmuggeln. Er ließ sich auch in Warschau nicht wieder sehen, so daß auch Futermann geblödiert wurde. Der Angeklagte gab an, daß er bei seiner letzten Expedition von einem eigentümlichen Pech verfolgt worden sei. Natürlich müsse er Helfershelfer haben, da er nicht mit einer großen Anzahl Uhren und 50 Anzügen an den Zoll kommen dürfe. Er hatte sich zwei russische Juden angenommen, denen er den größten Teil der Uhren übergeben habe, um sie am Körper und in den Stiefeln versteckt, über die Grenze zu schmuggeln. Er selbst habe nur einige Uhren zum Werte von 800 M. für sich behalten. Auch zum Schmuggel der alten Kleider habe er Helfershelfer gebraucht. Es komme vor, daß misstrauische Beamte die Reisenden nötigen, ihre angelegten gebrauchten Anzüge anziehen lassen, um sich zu überzeugen, daß sie auch passen. Es sei Gebrauch, daß ein Schmuggler unterwegs unter den Mitreisenden seine Helfershelfer ausfuche, die je nach ihrer Größe geeignete Anzüge anvertraut erhalten, die sie beim Zollamt als ihr Eigentum angeben. Für jeden durchgeschmuggelten Anzug erhalte die Mittelperson 8,25 M., während die Steuer 30 M. betrage. Als er nun mit seinen Gehilfen und den durchgeschmuggelten Sachen glücklich über die Grenze gekommen sei und mit den Ersten abrechnen wollte, hätten diese ihn einfach ausgelacht und erklärt, daß es ihnen gar nicht einfallt, die Sachen herauszugeben. Wenn er sie anzeigen wolle, so könne er es ruhig thun, es würden dann nicht nur sämtliche Sachen beschlagnahmt, sondern er laufe außerdem noch Gefahr, nach Sibirien verbannt zu werden. Nun habe er nicht gewußt, was er anfangen und wie er sich seinen Auftraggebern gegenüber verantworten sollte. Er habe es vorgezogen, nach Glasgow zu fliehen. Staatsanwalt Liebenow wies darauf hin, daß selbst wenn die Angaben des Angeklagten wahr seien, er doch in betreff der Uhren, die er gestohlen für sich behalten, eine Unterschlagung begangen habe. Nun behauptete der Angeklagte aber, daß er die Uhren von Scheuer fest auf Kredit gekauft hatte, während der Zeuge Scheuer erklärte, daß er dem Angeklagten die Uhren nur in Kommission gegeben habe. Der Verteidiger Rechtsanwalt Werthauer, richtete an den Angeklagten die Frage, wer denn den Schaden zu tragen gehabt hätte, wenn die Uhren von der russischen Zollbehörde beschlagnahmt worden wären. Der Angeklagte erwiderte, daß eine Vereinbarung zwischen ihm und Scheuer getroffen worden sei, daß sie in diesem Falle den Schaden zu gleichen Teilen zu tragen hätten. Da Scheuer dies zugab, so gewann es den Anschein, als ob tatsächlich ein festes Kaufgeschäft vorgelegen habe. Der Staatsanwalt hielt democh die Anklage aufrecht und beantragte eine Gefängnisstrafe von anderthalb Jahren. Der Gerichtshof kam indessen zu einem krisprechenden Erkenntnis, da das Rechtsverhältnis, welches bei den Schmuggelgeschäften zwischen Scheuer und dem Angeklagten obwaltete, nicht aufzuklären sei.

Eine Anklage wegen Steuerhinterziehung, wissenschaftlich falscher Aufschuldigung und verurteilender Verleumdung führte gestern den Expedienten Paul Harischlamp vor die erste Strafkammer des Landgerichts I. Der schon wiederholt vorbestrafte Angeklagte verfuhr zu Zeit eine wegen Unterschlagung über ihn verhängte zweijährige Gefängnisstrafe. Er war als Expedient in der Fabrik für Leuchtungsanlagen von L. E. Weder angestellt und zu seinen Obliegenheiten gehörte auch die Abnahme und Verzollung der aus dem Auslande für die Fabrik ankommenden Fahencenwaren. Er war überführt worden, eine Reihe von Unterschlagungen begangen zu haben und der Prokurist Herr May Weder hatte die Strafanzeige gegen ihn erstattet, die zu der oben gedachten Verurteilung zu zwei Jahren Gefängnis führte. Um in letzter Stunde eine Strafangelegenheit von sich abzuwenden, führte er eine Fression aus, indem er in einem an den Prokuristen gerichteten Brief diesen daran erinnerte, daß er doch an die Zollhinterziehungen denken solle, die er in seinem Auftrag ausgeführt habe und die es bewirken würden, daß auch der Chef und sein Prokurist neben ihm auf der Anklagebank würden Platz nehmen müssen. Dieser Brief hatte nicht den erhofften Erfolg. Der Angeklagte erstattete darauf unter dem 18. August 1899 die Strafanzeige gegen May Weder bei der Staatsanwaltschaft. Er behauptete darin, daß in zwei von ihm namhaft gemachten Fällen, in denen es sich um die Verzollung von aus England kommenden Sendungen Fahencen handelte, auf der Zollabfertigungsstelle am Lehrter Bahnhof Steuerhinterziehungen stattgefunden haben. Er sei dabei das Werkzeug des Herrn Weder gewesen und habe von diesem den Auftrag erhalten gehabt, die Zollbeamten und Arbeiter mit Bier und Cigaretten zu spenden, um am Eingangszoll möglichst zu sparen. Er sei dieser Weisung auch nachgekommen und habe in den beiden Fällen Zollermäßigung in der Weise erzielt, daß die zu verzollenden Fahencenbecken sämtlich als einfarbige jollamtlich behandelte wurden, während fünf mehrfarbige, mit doppelt hoher Steuer belastete Becken darunter waren, die als einfarbige mit durchgehenden. Die Anzeige hat zu einer eingehenden Untersuchung durch die Steuerbehörde geführt. Dabei ist festgestellt, daß tatsächlich fünf mehrfarbige Becken als einfarbige durchgeschlupft waren. Was das möglich gewesen ist, hat sich nicht ermitteln lassen; die vernommenen Steueranfseher, unter deren Aufsicht auf dem Bahnhof die Auspackung der Waren vor sich geht, konnten sich auf den einzelnen Fall nicht mehr besinnen, bestritten entschieden jede Pflichtwidrigkeit und vermochten eine Erklärung der Thatsache nicht zu geben. Der Angeklagte hatte bei seiner Vernehmung vor der Steuerbehörde erklärt, daß er die Beamten nicht habe beleidigen wollen, diesen auch nichts vorzuwerfen habe, sondern nur habe sagen wollen, daß er den Arbeitern Bier und Cigaretten spendend habe, damit sie es beim Auspacken nicht so genau nähmen. Da von Herrn Weder nun mit Entschiedenheit bestritten wurde, jemals den Angeklagten zur Zollhinterziehung veranlaßt zu haben, so wurde gegen letzteren die obige Anklage erhoben. Man ging dabei von dem Gedanken aus, daß er es unternommen habe, den Steuerfiskus zu schädigen. Der Angeklagte verließ im gestrigen Termin bei der Beschuldigung des Herrn W. j. u., dieser wies auch hier die Aufschuldigung mit Entschiedenheit zurück und die umfangreiche Beweisnahme stützte die Behauptungen des Angeklagten nicht. Der Staatsanwalt beantragte, den letzteren der Steuerhinterziehung sowie der falschen Aufschuldigung und der Verleumdung für schuldig zu erklären und ihn zum vierfachen Betrage des hinterzogenen Zolls sowie zusätzlich zu 6 Monaten Gefängnis zu verurteilen. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung wegen der Zollhinterziehung, da der Angeklagte in die jollamtliche Behandlung aktiv nicht eingegriffen habe, ferner auf Freisprechung in betreff des Herrn Weder j. u., da sich der Angeklagte hier vielleicht in gutem Glauben befunden habe. Wegen der falschen Aufschuldigung in Bezug auf die Beamten wurde Harischlamp zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Einen tumultuarischen Austritt im Schalterraum des Postamts in der Deutstraße veranlaßte am Nachmittage des 4. April der Hausdiener Wilhelm Koberger. In den Spätnachmittagsstunden ist das genannte Postamt von Hausdienern der benachbarten Konfektionsfirmen überfüllt, welche eine Menge Palette aufgeben. An dem genannten Tage war der Postexpedient Frey damit beschäftigt, die Begleitadressen der Palette einzutragen, als der Angeklagte ihn um Verabfolgung einer Freimarke ersuchte. Der überbürdete Beamte wollte sich in seiner Arbeit nicht stören lassen und verweigerte deshalb die Marke, den

Angeklagten an einen anderen Schalter verweisend. Hierüber wurde Koberger ungehalten, er klopfte sich gegen die Sitze und rief: „Wenn der Beamte verrückt ist, mag er sich pensionieren lassen!“ Die übrigen wartenden Hausdiener wurden dadurch auch rebellisch, es entstand ein solcher Lärm, daß der Postvorsteher einen Schuttmann herbeirufen lassen mußte, der bald Ruhe stifte. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten wegen Beamtenebeleidigung zu einer Geldstrafe von 30 M.

Einen romantischen Hintergrund hatte eine Anklage wegen Kindesunterziehung und intellektueller Urkundenfälschung, welche gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Die Ehefrau des Monteurs R. hatte, während ihr Mann sich fast ein Jahr lang im Auslande befand, mit einem andern Mann ein Verhältnis angeknüpft, das nicht ohne Folgen blieb. Sie genah im März d. J. eines Kindes. Die ihr bekanntesten Arbeiter-Freunde waren kinderlos, es war ihr sehnsüchtiger Wunsch, ein Kind zu besitzen. Der Frau R. lag natürlich daran, den von ihr begangenen Fehltritt vor ihrem Ehemann geheim zu halten, sie ging deshalb mit Freunden auf den Vorstoß der Fischen Eheleute ein, ihr Kind an sie abzutreten. Die Fischen Eheleute meldeten bald darauf das Kind beim Standesamt als ihr eigenes an. Die Sache wurde entdeckt und die drei beteiligten Personen wurden zur Verantwortung gezogen. Frau R. wurde zu drei Monaten, der Ehemann F. zu zwei Wochen und die Ehefrau F. zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Vermischtes.

Neubauentsatz. In Pforzheim ist unter donnerstägigem Gefache vormittags kurz vor 10 Uhr ein Teil des in der Tunnelstraße gelegenen Neubaus des Fabrikanten Ruppenheim eingestürzt. Es wurden sieben zum Teil schwer verletzte Arbeiter und ein Bauführer aus den Trümmern hervorgezogen.

Die Pest in Glasgow. Von den unter ärztlicher Beobachtung stehenden pestverdächtigen Personen in Glasgow sind 15 aus der Beobachtungsstation entlassen worden. — Gestern ist ein neuer Todesfall und eine neue Erkrankung an Pest vorgekommen. Der Stand der Epidemie ist jetzt folgender: 24 ausgesprochene Pestfälle und 2 pestverdächtige Fälle; unter ärztlicher Beobachtung stehen 88 Personen.

Die letzte Andreboje. Wie aus Stockholm telegraphiert wird, wurde am Donnerstag die letzte in Norwegen gefundene Boje Andreés in der Akademie der Wissenschaften geöffnet. Die Boje ist äußerlich gut erhalten, der Dedel war festgeschraubt. Man fand auf dem Dedel spiralförmige Metalldrähte, die ursprünglich eine Leine, jetzt fehlende Flagge festhielten. Die Boje ist, trotzdem sie offenbar einem starken Drucke ausgelegt gewesen ist, fast unbeschädigt. Nach Abnahme des Dedels fand sich in einer Metallhülle das früher mitgeteilte Schreiben. Die Handschrift ist zweifellos diejenige Andreés. Die letzten noch der Unterfahrt zugesagten Worte rühren möglicherweise von Strindberg her. Die Boje wird ebenso wie die früher gefundenen im Nationalmuseum aufbewahrt werden.

Reines Grubenunglück bei Dux. Im Nelson-Schacht bei Dux ereignete sich ein Grubenunglück, wobei drei Arbeiter getötet wurden. Die Kohlenmassen im Schellen-Schacht gerieten in Brand. Was kommt es dort auch auf ein paar Menschenleben an! — Gestern abend gelang es, die 30 im Frisch-Glück-Schacht gefundenen Leichen herauszuschaffen. Von den Verletzten sind bisher 7 gestorben.

Die Ansichtskarten-Industrie. Der ersten internationalen Ansichtskarten-Ausstellung, die vor einigen Tagen in Paris eröffnet worden ist, widmet das „Journal des Débats“ einen interessanten Artikel. Dr. Hensbo, der die Ausstellung veranstaltete, hat nicht weniger als 150 000 Arten von Postkarten aus allen Ecken und Enden der Welt zusammengedruckt. Wegen Platzmangels kam die ganze Sammlung nicht auf einmal gezeigt werden; gegenwärtig sieht man nur die 35 000 Karten, die auf Europa Bezug haben; dieser „Teilausstellung“ sollen vier andere folgen, die je einem Erdteile entsprechen werden. Man kann sich aber schon jetzt einen Begriff von der außerordentlichen Entwicklung und von den Fortschritten der Ansichtskarten-Industrie machen, wenn man die Teilausstellung besucht. Eine ganz beschriebene Karte, die sich auf der Ausstellung befindet, wird von den meisten Besuchern kaum bemerkt und doch ist sie das wertvollste Stück der ganzen Sammlung, denn sie ist die älteste Ansichtskarte; sie wurde 1805 in Basel verkauft, aber sie hatte keinen Erfolg. Erst seit 20 Jahren findet das Publikum Beschäftigung an Ansichtskarten, aber diese Mode herrschte lange Zeit nur in der Schweiz und in Deutschland. In Deutschland besonders gelangte die neue Industrie zu großer Blüte. Fast in jeder größeren deutschen Stadt werden jetzt Ansichtskarten gedruckt und verbreitet; die besten Ansichtskarten werden in München, in Stuttgart, in Karlsruhe, in Hanau, besonders aber in Dresden hergestellt. Dresden liefert den Händlern in Deutschland, Italien, Frankreich, Egypten und Syrien (i) die meisten Ansichten von Landschaften, Denkmälern und Straßen, die man den Reisenden auf Postkarten verkauft. Deutschland stellt jährlich 84 Millionen Ansichtskarten her, die den Verlegern 1 680 000 M., den Händlern 6 160 000 Mark und dem Staat 6 Millionen Mark eintragen. Dann kommt die Schweiz mit 18 Millionen Karten, die dem Staat zwei Millionen Franken Nutzen bringen. Frankreich nimmt fast die letzte Stelle ein, hinter Oestreich, Italien, England, Rußland, Belgien, Holland und Schweden und nur vor Spanien. Es erzeugt nur 4 Millionen Karten; die Verleger verdienen dabei nur 120 000 Franken, die Händler 500 000 Franken und der Staat 800 000 Franken im Jahr. Die Postförmigkeit ist in Frankreich höher als in anderen Ländern — 10 Centimes für jede Karte im Inland, während man in anderen Ländern nur 5 Centimes (oder 5 Pfennig) zahlt. Unter den ausgestellten Karten findet man natürlich die verschiedensten Arten: Städtebilder (bei Tag und bei Nacht aufgenommen), die besonders in Dresden hergestellt werden, farbige Karten, auf welchen die „Ansichten“ von Schörkeln und Gewinden umrahmt werden (Schweizer Erzeugnis), „impressionistische“ Karten aus München, die bald die feinen Schattierungen der Alpenpflanzen, bald die Streifen einer Wadeseite wiedergeben. Stuttgart hat das Monopol der „Gemütlichkeit“. Paris wird von den deutschen Postkarten immer als das „Linden-Wädel“ bezeichnet. Monaco ist durch eine Anzahl weiblicher Gestalten verführerisch. Neben diesen sieht man die bekannten Karten mit Photographien von Familienmitgliedern, lehrreiche Karten, die die Meisterwerke der großen Museen Europas darstellen usw.

Eine Kirche mit Inhalt gestohlen. Fünfzig Bürger aus Whitteker, New-Jersey, sind wegen eines gelich seltenen Vergehens vor dem Gerichtshof von Belvedere gefordert worden: sie haben eine Kirche mit ihrem ganzen Inhalt gestohlen und fortgeschleppt! Ein Priester der griechischen Kirche hatte vor kurzem die Ermächtigung erhalten, in Whitteker eine Kirche zu bauen. Die Arbeiten hatten begonnen und waren, trotz des Einspruchs eines Teils der Bevölkerung, fast beendet. Als die Gegenpartei sah, daß jeder Widerspruch wirkungslos blieb, schritt sie zur entschlossenen That. In einer Nacht hoben fünfzig Männer das ganze Gebäude auf Rollen und zogen es auf ein andres Terrain. Alles, was in der Kirche war, brachten sie mit einem Male weg. Die Leichtigkeit des Transports erklärt sich dadurch, daß die Kirche ein Holzhaus war. Der griechische Priester, der natürlich höchst entsetzt war, hat Verhaftungsbefehle gegen die Uebeltäter erwirkt, und der Konstabler führte sie nun vor den Gerichtshof von Belvedere, den Hauptort des Districts. Die Richter sind angefaßt dieses ungewöhnlichen Diebstahls in größter Verlegenheit wegen des Strafmaßes.

12 000 Opfer des Wirbelsurms in Legas. Nach einem Telegramm aus Lussin meldet der Gouverneur von Legas in seinem Bericht über die Katastrophe in Galveston vom 18. September, daß die Zahl der Getöteten mit 12 000 nicht zu hoch gegriffen sei.

Hunderttausend Abonnenten!

Hunderttausend Abonnenten und doch kein „General-Anzeiger“! Hunderttausend Abonnenten erreicht zu haben, ist ein seltenes Ereignis in der Zeitungswelt. Ein wohl einzig dastehender Fall ist es aber, wenn ein Blatt, das sich nicht an alle Kreise der Bevölkerung wendet, das lebhaftig unter den Arbeitern eines Berufs verbreitet ist, diese Auflage erreicht hat. Wir glauben, daß bisher kein Gewerkschaftsblatt der ganzen Welt eine so hohe Auflage zu verzeichnen hatte; sicher ist, daß im deutschen Sprachgebiete diese Auflagehöhe von keinem Fachblatt der Arbeiter erreicht wurde. Deshalb bezeichnen es einen denkwürdigen Abschnitt in der Entwicklung der deutschen Gewerkschaften, daß nun ein Blatt die regelmäßige Auflage von 100 000 Exemplaren erreicht hat. Das obligatorische Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbands, die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“, startete nun wöchentlich im mehr als 100 000 Exemplaren in alle deutschen Lande, ein Sinnbild der größten deutschen Gewerkschafts-Organisation. Es ist eine unmögliche Aufgabe, im engeren Rahmen eines Zeitungsartikels die Geschichte der deutschen „Metallarbeiter-Zeitung“ auch nur zu skizzieren, doch einige Angaben über das Blatt, daß nun im 18. Jahrgang erscheint, sollen hier angeführt werden.

Als das Socialistengesetz den schwersten Druck auf die deutsche Arbeiterbewegung ausübte, im Mai 1888, wurde ein Aufruf um Unterstützung für das geplante Blatt verfaßt, am 15. September 1888 erschien die erste Nummer der Zeitung, die damals folgende Titel führte: „Deutscher Metallarbeiter-Zeitung, Fachblatt für die Metallarbeiter aller Branchen (gleiches Organ für die Interessen der allgemeinen Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter)“. Das Blatt erschien jedoch bloß zweimal im Monat und in einem Umfang von 4-6 Seiten. Die technischen Artikel überwogen in der Jugendzeit des Organs, in zweiter Reihe kamen Krankenlisten-Angelegenheiten und erst zuletzt gewerkschaftliche Beiträge. Die erste Nummer erhielt einen guten, aber vorläufig gehaltenen Artikel über: „Die Fachvereine der Arbeiter Deutschlands“, der als Programm aufstellte: „Kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne.“ Korrespondenzen aus Chemnitz, Glatz, Ludwigsfelde, Nürnberg und Wien finden sich in dieser Probenummer. Während gegenwärtig mehrere Spalten des Blatts mit der Angabe der Vertreterlokale des Verbands gefüllt sind und das Adressenverzeichnis des Deutschen Metallarbeiter-Verbands eine kleine Broschüre füllt, so genügt in der 1. Nummer 23 Zeilen diesem Zwecke. Die Hauptstütze der Zeitung bildete damals die allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter, die für alle Zahlstellen zu ein Exemplar abnominiert hatte.

Der Redakteur Karl Grillenberger und Joh. Scherm, der seit der ersten Nummer bis zum heutigen Tage das Blatt redigierte und als verantwortlicher Redakteur zeichnete, war ein geübter, die Abonnentenzahl wuchs stetig, so daß das Blatt vom 1. Januar 1884 ab ohne Preiserhöhung dreimal im Monat erscheinen konnte.

Seit Weihnachten 1884 war die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ auch das Organ der damals gegründeten gewerkschaftlichen

„Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands“. In der Nummer vom 20. Juni 1885 konnte die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß das Blatt künftig wöchentlich erscheinen würde. Immer mehr traten nun die technischen Artikel in den Hintergrund, dagegen wurden die gewerkschaftlichen Aufgaben offener und energischer betont. Einen schweren Schlag erlitt die junge Metallarbeiter-Bewegung durch das am 19. August 1886 erlassene Verbot der Vereinigung der Metallarbeiter auf Grund des Socialistengesetzes. Die Organisation der Metallarbeiter mußte sich nun auf lokale Fachvereine beschränken, desto wichtiger wurde für die gewerkschaftliche Bewegung in diesem Berufe das Fachorgan als verbindendes Glied. In der Nummer vom 3. Oktober 1885 wurde zuerst ein klares Programm für das Blatt formuliert. Es heißt da u. a.:

„Was das Volk bewegt, wie es duldet und schafft, welche Wege es beschreiten muß, um zum Ziele zu gelangen, das alles muß größerer Kreisen, immer breiteren Schichten, in verständlicher Weise zugänglich gemacht werden.“

Die Lohnkämpfe und Ausschlässe, die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit sollen im Fachblatt gemeldet und geschildert werden. Der Hilferuf der kämpfenden Arbeiterkameraden findet einen tausendfachen Wiederhall durch die Macht des gedruckten Wortes, durch die Presse.

Die Entwicklung der Industrie muß genau verfolgt, die Lage der Arbeiter in dem wechselvollen Spiel des Wirtschaftslebens mit photographischer Treue festgehalten werden.

Die Lohnstatistik, die Darstellung der Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter, was man mit einem Worte Arbeitsstatistik nennt, ist übersichtlich und fortlaufend zu behandeln.

Artikel, die über allgemeine volkswirtschaftliche Fragen unterrichten, dürfen ebenso wenig fehlen, wie präzise Berichte über die Entwicklung der Socialgesetzgebung.

Alles für die Arbeiter, alles durch die Arbeiter, das ist die Lösung.“

Mit Eifer hat sich das Blatt stets diesen großen Aufgaben gewidmet und unterstützt durch Mitarbeiter wie Grillenberger, Frohne, Nepper, Segig, Schoenlank, Calver und viele andre, bildend auf die Arbeiter eingewirkt. Aber große Opfer erforderte auch das Blatt, mit Wähe wurde es viele Jahre über Wasser gehalten, vor allem in der Zeit, wo das Damoclesschwert des Socialistengesetzes nach jeder Nummer auf das Blatt herunterzufallen drohte. Gering war die Zahl der organisierten Metallarbeiter in Deutschland, so im Oktober 1886 kaum 8000, noch geringer die Zahl der Abonnenten des Blatts. Die Entwicklung des Blatts wurde vielfach gehemmt durch die Gründung von Sprechorganen für die einzelnen Branchen der Metallindustrie, während die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ stets die Vereinigung aller Metallarbeiter vertrat und aller Metallarbeiter-Organ zu sein bestrebt war.

Eine wertvolle Anerkennung, die aber vorerst bloß moralische Bedeutung hatte, erhielt das Streben der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ auf dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiter-Kongress zu

Weimar (27. bis 30. Dezember 1888); derselbe nahm einstimmig die folgende Resolution an:

„Der Kongress erklärt die in Nürnberg erscheinende „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ als Zentralorgan für alle deutschen Metallarbeiter und macht es allen Berufsangehörigen zur Pflicht, für die weitestehende Verbreitung des Blatts zu wirken.“

Diese Resolution wurde auf dem Ende Mai 1890 zu Weimar abgehaltenen Allgemeinen deutschen Metallarbeiter-Kongress erneuert, nachdem festgestellt worden war, daß die Auflage des Blatts die Höhe von 18 000 Exemplaren erreicht habe.

Die finanziellen Schwierigkeiten, unter denen das Blatt in den unsicheren Zeiten des Socialistengesetzes gelitten hatte, waren nun behoben. Auf dem Kongress zu Frankfurt a. M. (anfangs Juni 1891) konnte schon von Heberichs die „Metallarbeiter-Zeitung“ berichtet werden; das Blatt wurde nun auch für alle Mitglieder des dort gegründeten Deutschen Metallarbeiter-Verbands obligatorisch gemacht. Dem Verband kostete die „Metallarbeiter-Zeitung“ in den Jahren 1891/92 87 654,65 M., im Jahre 1898 37 276,70 M., 1894 38 878,38 M., 1895 41 623,88 M., 1896 40 928,99 M., 1897 58 634,43 M., 1898 73 654,05 M. und 1899 72 647,55 M. Mit dem Mitgliederstande wuchs in gleichem Verhältnis die Auflage der „Metallarbeiter-Zeitung“, seitdem das Blatt obligatorisch für die Angehörigen des Deutschen Metallarbeiter-Verbands war. Ende Februar 1893 zählte der Verband in 318 Verwaltungskreisen 27 000, Ende 1894 33 406, Ende 1895 33 189, Ende 1896 40 001, Ende 1897 59 890, Ende 1898 75 431 und Ende 1899 85 013 Mitglieder.

Seit Jahresfrist gehört der Redaktion neben dem ersten Redakteur J. Scherm A. Rudolph an, zahlreiche Mitarbeiter unterstützen die Redaktion; ein großes Expeditionspersonal ist zur Verladung der Piefenanlage erforderlich. Das Blatt wird seit seinem Bestehen in derselben Druckerei (Wörlein u. Co., jetzt Sydow u. Co.) hergestellt. Eine Doppel-Notationsmaschine bewältigt den Druck der Piefenanlage. Technische und Krantentassen-Artikel sind völlig in den Hintergrund getreten, sind doch die gewerkschaftlichen Aufgaben eines so großen Verbands allein im Rahmen des Wochenblatts sehr schwer zu erledigen; eine Erweiterung des Umfangs und ein häufigeres Erscheinen der Zeitung wurde deshalb schon mehrfach angeregt.

Die große Auflage der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ ist ein erfreuliches Zeichen für die gedehliche Entwicklung unserer Gewerkschaften, aber es ist doch nicht mehr als ein erfreulicher Anfang; noch stehen Hunderttausende Metallarbeiter unorganisiert wehrlos der Macht des Kapitals gegenüber, noch befinden sich Zehntausende Metallarbeiter in Branchenorganisationen, in kirchlich-wirtschaftlichen Gewerkschaften, in „christlichen“ Arbeitervereinen, in lokalen Fachvereinen.

Wahr als 17 Jahre hat es gewährt, bis die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ eine Auflage von 100 000 Exemplaren erreichte, mögen nur wenige Jahre vergehen, bis sie als obligatorisches Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbands eine regelmäßige Auflage von 1/4 Million erreicht.

Dies unser Wunsch an ihrem Festtag, dem bald ähnliche in allen deutschen Gewerkschaftsorganisationen folgen mögen. —

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 22. Sept. Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Die Tochter des Grafen. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fiebermaus. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Der Probediener. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Ueber unsre Kraft. Anfang 7 1/2 Uhr. Nachm. 3 Uhr: Biola. Leistung. La seconda moglie. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Komische. Der weiße Hirsch. Anfang 7 1/2 Uhr. Weisen. Der Troubadour. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Die goldne Eva. Anfang 8 Uhr. Secessionsbühne. Komödie der Liebe. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Der griechische Sklave. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Der Liebes Schlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr. Quisen. Donna Diana. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Augenring. Anfang 7 1/2 Uhr. Carl Weiss. Müller und Schütze auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr. Belle Alliance. Ein toller Einfall. Anfang 7 1/2 Uhr. Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Mandarin von Tsing-ling-ling. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Semis auf Erden. Anfang 8 Uhr. Palais. Spezialitäten-Vorstellung. Buffonischen. Anf. 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Urenia. Invalide. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Strummare. Landwehr. 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Schiller-Theater (Wollner-Theater).

Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum erstenmale: Die goldne Eva. Aufspiel in 3 Akten von Franz v. Schönthan und Franz Koppel-Gesfeld. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Faust. 1. Teil, erster Abend. Sonntag, abends 8 Uhr: Die goldne Eva. Montag, abends 8 Uhr: Die goldne Eva.

Thalia-Theater Dresdenstrasse 72/73.

Deute und folgende Tage: Der Liebes Schlüssel. Anfang präcise 7 1/2 Uhr.

Palast-Theater früher Feen-Palast, Burgstr. 22.

Direktion: Winkler u. Fröbel. Das Bielen-September-Programm! Neu! Puffschnecken! Neu! Große Halle mit Orchester u. C. Braune. Sinf. Kammerorchester: Dir. R. Winkler. Nini Blüow, Chansonnett, F. D. Garry-Truppe, Grand-Orchester-Ventolinisten, Moll Verch, Cicentrio-Chansonnette, The Bernards, Nieren-Pulver, Mr. Bobbi mit seiner großartigen Fundamente; Außerdem nur erstklassige Künstler und Spezialitäten. Anfang 7 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr. Entrée 50 Pf. Num. Pl. 1 Wl.

Metropol-Theater. Täglich um 9 Uhr.

Der größte Opernserfolg d. Saison: Eduard Steinberger als Graf Der Mandarin von Tsing-ling-ling, sowie das vollständig neue Septembers-Spezialitäten-Programm. Bianca & Desroche. Charmeroy Rudloff. Anf. 7 1/2 Uhr. Rauchen überaus geschätzt.

Gossmanns Konzertgart. Kreuzbergstr. 48. an d. Ringbühne.

Jeden Sonntag: Garten-Freikonz. und Gr. Ball. Jeden Montag u. Freitag: Norddeutsche Sänger. Anfang 8 Uhr: Nachher: Kränechen. Tägl. Versammlungen u. Festlichkeit.

W. Noacks Theater. Brunnenstraße 16.

Deute, Sonnabend, d. 22. September: Wegen Unbilligkeit keine Vorstellung. Sonntag: Grosse Extra-Vorstellung.

GRANIA * * * Taubenstr. 48/49.

Im Theater abends 8 Uhr: Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum. Nur noch kurze Zeit!

Marokkaner (11 Mädchen, 8 Männer, 3 Kinder). Vorstellung stündlich. Von 7 bis 10 1/2 Uhr: Théâtre varié.

CASTANS PANOPTICUM Friedrichstr. 165.

Neu! Die schöne Neu! Schlangen-Cleopatra Bändigerin mit ihren 14 Riesen-, Python- und Ascalap-Schlangen!! Sensationell in Berlin in solcher Vollendung noch nie gesehene Reptilien-Druckerei! Die russische Konzertkapelle. Der deutsche Seesoldat und die Boxer. Feldmarschall Graf Walderssee etc.

Carl Weiss-Theater Gr. Frankfurterstr. 132.

Novität. Müller und Schütze auf der Pariser Weltausstellung. Aufstellungsgesellschaft mit Bezug in fünf Bildern von Carl Weiss u. J. Dill. Musik von H. Richter. Anf. 8 Uhr. Nachher folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

Sanssouci Kottbuserstrasse.

Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Nordd. Sänger. Fausts Nachlass. Anfang Sonntag 7 Uhr. Entrée 50 Pf. Anfang Wochentags 8 Uhr. Entrée 30 Pf. Nach jeder Solire: Tanzkränzchen. Montag und Donnerstag: Tanz frei. In der andern Tage sind die Säle für Hochzeiten, Festlichkeiten u. Versammlungen, ebenso f. Vereins-Vorstellungen und Matineen (Gossmanns Nordd. Sänger) bestens empfohlen.

Apollo-Theater. Um 9 1/2 Uhr:

Venus auf Erden. Luisa Nedlon, Spink und Spink, Adele Moraw, Mr. Vandy, Fanny Morton, Erna Berthold, Robert Steidl, Theres Amaranth, The three Avelos, Der Kosmograph etc. etc. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Cirkus Alb. Schumann. II. Saison.

Sonnabend, den 22. September cr., abends präcise 7 1/2 Uhr: Eröffnungs-Vorstellung mit vollständigem neuem Programm für Berlin. Zum Schluss zum erstenmale: CHINA.

Bilder aus der Gegenwart in 3 Abteilungen von August Siems. In Szene gesetzt und mit neuen Wasser-effekten versehen vom Director Alb. Schumann. Musik von August Siems und Klaus Brantel. 1. Vorstellung: Die Unjeren in Kiantichou. 2. Abteilung: Der Anstand d. Boxer-Arien. 3. Abteilung: Die Verbündeten vor Taku-Peking. Preise der Plätze, sowie alles übrige wie bekannt. Billet-Vorverkauf im Invaliden-damm und an der Circusstraße von 10 Uhr morgens ab. Sonntag, den 23. d. M., abends 7 1/2 Uhr: Zweite große Vorstellung und zum zweitenmale: China.

Cirkus Busch Heute, Sonnabend, den 22. Sept., abends 7 1/2 Uhr:

Grands Solros High-Life. Berliner Landpartien. Mit über 100. Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Europäische Kavallerien. Akrobaten zur Verbe. Herzogliches Programm.

Victoria-Brauerei. Lützowstr. 111/112.

Im Garten oder Saal Täglich: Norddeutsche Sänger (Häbrmann, Borch, Walbe.) Anfang: Sonntag 7, Wochentags 8 Uhr. Entrée 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familien-Billets 3 Stck 1 M. Fond nur in der Woche gültig. Sonntag und Donnerstag: Tanzkränzchen.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel Karlstrasse.

Wochentags 7 Uhr. Ruz erstklassige Spezialitäten. J. H. Hatt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger.

Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entrée 50 Pfennig. Vorverkauf 40 Pf.

Deutsche Konzerthallen Spandauer Brücke.

Täglich 4 ausländische Kapellen 4 Gr. Theater-Vorstellung.

Treptow. Kohlwein's Keglerschläschen. Köpenicker Landstr. 27, 3 Minuten vom Bahnhof.

Wohlfühliger Garten. — Saal zu Festlichkeiten. — Kaffeehaus. — Bier neue Kegelmahnen. — Korinthen-Theater und andere Wohlbelustigungen. Lagerbier Glas 10 Pf., große Maß 20 Pf. 50112*

Wo? beim alten Freund. in der schönen Auenstadt für Auszüge und Landpartien? Auf der Insel Fichtelswerder.

„Pferdebucht“ bei Köpenick. 20 Minuten von der Bahn. Sonntag, den 7. und Montag, 8. Oktober: Erstes grosses Schlachtfest und Wurstessen. Es ladet ergebenst ein Wilhelm Bräsewitz.

Unsre Lager in Herren-Stoffen u. Schneiderei-Bedarfs-Artikeln befinden sich jetzt Spandauerstr. 33/35, parterre u. I. Etage. Max Friedländer jr. Brenner & Co. Specialität: Kammgarne, Cheviots.

Aug. Stein Gold- und Silberwaren Uhren

Berlin 50., 177 Oranienstrasse 177. Ecke Adalbertstr. Einsegnungs-Schmucks mit Opalen, Türkisen, Perlen etc. Hochzeits-Geschenke in Alfonso vom billigsten bis feinsten Genre. [5322L*

Oscar Arnold Hüte, Mützen u. Pelzwaren Engros — Export nur Dresdenerstr. 116, (kein Laden).

Dieser moderne Hut in verschiedenen Farben mit Atlasfutter kostet 2 Mk. Einzelverkauf zu ordentlich billigen Preisen bei riesiger Auswahl in allen modernsten Sorten! Sehr vorthellhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen i. M. Plomben 1,50 Mk. Tägl. wöchentlich. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprecht. 9-7.

A. Jandorf & Co

C. Spittelmarkt 16/17. SW. Leipzigerstr. 64. SW. Belle-Alliancestrasse 12.

Damen-Confection.

| | | | |
|---|-----------|---|-----------|
| Damen-Jaquet aus gutem Eskimo, 2reihig, anschliessend | 9,75 Mk. | Sack-Paletot aus gutem Eskimo, ca. 90 cm. lang, mit reicher Seidensoutache-Handverschürung | 17,75 Mk. |
| Damen-Jaquet do. do. mit Seidenfutter | 12,50 Mk. | Sack-Paletot aus gutem Homespun. Besonders preiswerth | 16,50 Mk. |
| Damen-Jaquet aus gutem Eskimo, halbanschliessend, schwarz und mode, elegant gesteppt mit Handverschürung | 9,25 Mk. | Gelegenheitskauf! Golf-Capes, aus guten □ Stoffen | 5,50 Mk. |
| Homespun-Jaquet , neuestes Façon, elegant abgearbeitet | 9,25 Mk. | Morgenröcke aus Veloutine, schöne Muster. Eigene Confection. | 2,75 Mk. |
| Ein Posten seidener Blousen in mod. Farben Stück | 5,50 Mk. | Matinee aus Veloutine, schöne Muster. Eigene Confection. | 1,95 Mk. |

| | |
|---|----------------------------|
| Tischlampe mit Metallfuss | 0,95, 1,05, 1,95, 2,10 Mk. |
| Küchenlampe | 28 Pf., 35 Pf., 48 Pf. |
| Wandlampe als Corridor-Lampe | 48 Pf. |
| Nachtlampe | 23 Pf., 33 Pf. |
| Apparate für Gasglühlicht | 46 Pf. |
| Cylinder für Gasglühlicht | 8 Pf. |
| Glühströmpfe, gute Qualität | 20 Pf. |
| Ampeln fürs Schlafzimmer | 1,85 Mk. |
| Console mit Beschlag | 28 Pf. |
| Japanische Decorationsfächer in schönem Farbensortiment | 23 Pf. |
| Glasrahmen zum Aufstellen, Visit | 7 Pf. |
| Glasrahmen zum Aufstellen, Kabinet | 18 Pf. |
| Japanische Stecknadelschalen | 4 Pf., 5 Pf. |
| Japanische Gläseruntersätze Stück 5 Pf., Dtzd. | 55 Pf. |
| Metallconsole | 85 Pf. |
| Wanduhr, gut gehend | Stück 1,23 Mk. |
| Likörservice, Metallständer, 1 Flasche, 6 Gläser | 85 Pf. |
| Obstmesserständer mit 6 guten Obstmessern | 85 Pf. |
| Metall-Wandteller mit reizenden Bildern | 25 Pf. |
| Leder-Portemonnaie mit Bügel | 40 Pf. |
| Leder-Sportportemonnaie | 38 Pf. |
| Damen-Portemonnaie, ganz aus Leder | 85 Pf. |
| Taschen-Necessaire, elegante Ausführung | 28 Pf. |
| Markttaschen aus gutem Wachstuch mit umgehenden Riemen, drei Grössen | 42 Pf., 73 Pf., 92 Pf. |
| Photographie-Album mit Celluloid-Deckel | 85 Pf. |
| Photographie-Album in Leder- oder Plüsch-Einband | 2,35 Mk. |
| Buchstabenbrochen aus Silber | Stück 45 Pf. |
| Mosaikbrochen, reizende Muster | 42 Pf. |
| Gemischte Thee-Cakes, vorzüglich im Geschmack, 1/4 Pfd. | 14 Pf. |
| Wandbild, gerahmt, schöne Sujets | Stück 83 Pf. |
| Strickscheiden für Schulkinder | 8 Pf. |
| Matrosen-Mützen mit bedrucktem Band | 35 Pf. |
| Prinz Heinrich-Mützen mit Schild | 65 Pf. |
| Eine grosse Partie einzelner Zahnbürsten zum Aussuchen | Stück 15 Pf. |
| Zahnstocher, 10 Bund | 18 Pf. |

| | |
|--|-------------------------|
| Eau de Cologne Double | Flasche 25 Pf., 43 Pf. |
| Zimmerparfüm, Kiefernadelduft | Flasche 45 Pf. |
| Bay-Rum | Flasche 38 Pf., 70 Pf. |
| Mundwasser Eucalyptus | Flasche 40 Pf., 65 Pf. |
| Lilienmilch | Flasche 65 Pf. |
| Reispuder, gute Qualität | 1 Carton 30 Pf. |
| Schminko, gute Qualität | 1 Carton 30 Pf. |
| Haushaltseife | 3 Stück zusammen 23 Pf. |
| Blumenseife, 6 verschiedene Gerüche im Carton | Carton 60 Pf. |
| Lysol, Desinfectionsmittel | Flasche 35 Pf., 70 Pf. |
| Lanolincrème im Carton | 6 Pf., 14 Pf. |
| Decorirte Renaissance-Kerzen in schönem Farbensortiment | 10 Pf. |

Schürzen.

| | |
|---|--------------|
| Hausschürze, gestreift Cretonne mit einfarbigem Besatz, weiss bekurbelt | 65 Pf. |
| Damen-Achselschürze, blau, mode, roth, mit schottischem Besatz und Stiekerleinsatz | 80 Pf. |
| Damen-Achselschürze, gestreift Cretonne, mit einfarbigem Besatz, reich bekurbelt | 85 Pf. |
| Damen-Achselschürze, einfarbiger Satin, reich bekurbelt | 1,20 Mk. |
| Damen-Achselschürze, einfarbiger Satin, mit farbigem Paspel, reich bekurbelt | 1,25 Mk. |
| Tändelschürze, crème, mode, blau, roth, mit türkischem Besatz | Stück 48 Pf. |

| | |
|--|------------------------|
| Herrenschleifen, neueste Dessins und Farbenstellungen | 35 Pf., 45 Pf. |
| Herren-Regattes, neueste Dessins und Farbenstellungen | 35 Pf., 45 Pf. |
| Herren-Plastrons, allerneueste Form, modernste Farben | Stück 75 Pf. |
| Gummi-Hosenträger für Herren | 45 Pf., 70 Pf. |
| Herren-Hüte, schwarz, weich | 1,95 Mk. |
| Herren-Hüte, farbig, weich | 2,25 Mk. |
| Herren-Hüte, schwarz, steif | 2,25 Mk. |
| Herren-Hüte, prima Haarfilz | 3,75 Mk. |
| Spazierstöcke mit schönen Krücken | 45 Pf., 75 Pf., 95 Pf. |

| | |
|---|----------|
| Herrenkragen, neueste Formen, Leinen 4fach, 1/2 Dutzend | 1,75 Mk. |
| Herrenmanschetten, neueste Form, Leinen 4fach, 1/2 Dutzend | 2,70 Mk. |

Wir machen ergebenst darauf aufmerksam, dass jeder in unseren Waarenhäusern gekaufte Gegenstand bereitwilligst und zu jeder Zeit umgetauscht werden kann.